

Landtag Rheinland-Pfalz
13. Wahlperiode

Plenarprotokoll 13/116

116. Sitzung

Mittwoch, den 13. September 2000

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

**„Auswirkungen der geplanten Flughafenerweiterung in
Frankfurt/Main auf die Menschen in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6131 -**

8707

**„Unterrichtssituation an den rheinland-pfälzischen Schulen“
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6132 -**

8723

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

*Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 98 der Geschäfts-
ordnung des Landtags statt.*

**...tes Rechtsbereinigungsgesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6061 -
Zweite Beratung**

8733

**dazu: Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
- Drucksache 13/6199 -**

8733

**Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6061 - wird in
zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig
angenommen.**

8737

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes
zum Flurbereinigungsgesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6039 -
Zweite Beratung** 8738

**dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft
und Weinbau
- Drucksache 13/6200 -** 8738

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6039 - wird in
zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig
angenommen.* 8739

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6062 -
Zweite Beratung** 8739

**dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung,
Wissenschaft und Weiterbildung
- Drucksache 13/6201 -** 8739

*In Artikel 1 Nr. 6 und Artikel 2 wird jeweils das Datum des In-Kraft-Tretens
auf den „1. Januar 2001“ festgelegt.* 8743

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6062 - wird in
zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung unter Berücksichtigung
des Datums des In-Kraft-Tretens jeweils einstimmig angenommen.* 8743

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5500 -
Zweite Beratung** 8744

**dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses
- Drucksache 13/6202 -** 8744

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6205 -** 8744

*Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/6205 - wird
mit Mehrheit abgelehnt.* 8756

*Die Beschlussempfehlung - Drucksache 13/6202 - wird mit Mehrheit
angenommen.* 8756

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/5500 - wird
unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung
- Drucksache 13/6202 - in zweiter Beratung und in der Schluss-
abstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen.* 8756

**Landesgesetz über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen (SoAnG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6119 -
Erste Beratung**

8756

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6119 - wird an den Ausschuss für Kultur, Jugend und Familie - federführend -, an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung und an den Rechtsausschuss überwiesen.

8760

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Florian Gerster, Frau Dr. Rose Götte, Frau Klaudia Martini, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Karl August Geimer, Margot Nienkämper sowie Franz Schwarz.

Rednerverzeichnis:

Präsident Grimm	8707, 8708, 8709, 8711, 8712, 8715, 8716, 8717, 8718 8719, 8720, 8721, 8722, 8723, 8724, 8726, 8727, 8728 8730, 8731, 8732, 8733, 8734, 8735, 8736, 8737, 8738 8739, 8740
Vizepräsident Schuler	8740, 8741, 8742, 8743, 8744, 8747, 8749, 8752, 8754 8756, 8757, 8758, 8759, 8760
Augustin (F.D.P.)	8738, 8739
Baumann (SPD)	8741
Berg (CDU)	8733
Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8758
Bischel (CDU)	8723
Böhr (CDU)	8720
Brede-Hoffmann (SPD)	8724, 8731
Creutzmann (F.D.P.)	8752
Dahm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8739, 8741
Frey, Dr. (F.D.P.)	8736
Grützmaker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8735
Hammer, K. (SPD)	8708
Hartloff (SPD)	8758
Jahns (SPD)	8738
Keller (CDU)	8730
Kiltz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8707, 8715, 8719, 8722, 8738
Kohnle-Gros (CDU)	8744, 8757
Kuhn (F.D.P.)	8711, 8717, 8727, 8732, 8742
Lelle (CDU)	8723, 8740
Mertes, J. (SPD)	8716, 8720
Pahler (F.D.P.)	8759
Pörksen (SPD)	8747
Rüddel (CDU)	8733
Schneider, Chr. (CDU)	8738
Schreiner (CDU)	8709, 8716
Stretz (SPD)	8734
Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8726, 8732, 8749
Weiner (CDU)	8744
Beck, Ministerpräsident	8718
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	8712, 8721
Mertin, Minister der Justiz	8737
Götte, Dr., Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen	8756, 8760
Zöllner, Prof. Dr., Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung	8728, 8742
Zuber, Minister des Innern und für Sport	8754
Eymael, Staatssekretär	8739

**116. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 13. September 2000**

Die Sitzung wird um 14.00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 116. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu Schriftführern berufe ich die Abgeordneten Michael Hörter und Jochen Hartloff. Herr Hörter führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Franz Schwarz, Karl August Geimer und Frau Margot Nienkämper.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Gestatten Sie mir einige Hinweise dazu:

Die Beschlussempfehlungen zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 7 - Drucksachen 13/6199 bis 13/6202 - wurden am Dienstag, dem 12. September, in die Fächer verteilt. Mit der Feststellung der Tagesordnung ist gleichzeitig die Frist zwischen der Verteilung der Beschlussempfehlungen und der zweiten Beratung abzukürzen.

Staatsminister Mertin muss wegen eines Empfangs einer Delegation des Bundesverfassungsgerichts die Plenarsitzung am Donnerstag gegen 16.00 Uhr verlassen. Er hat daher gebeten, den Tagesordnungspunkt 19 vorher zu behandeln. Die Fraktionen haben zu erkennen gegeben, dass sie damit einverstanden sind. Wir werden dies so organisieren.

Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung hat zu zwei Anträgen Empfehlungen beschlossen, die somit zur abschließenden Beratung im Plenum anstehen. Es handelt sich um die folgenden Anträge:

**Lernen mit Kopf, Herz und Bildschirm - E-Mail
für alle Schülerinnen und Schüler
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/5529 -**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung
- Drucksache 13/6179 -**

**Multimedia an rheinland-pfälzischen Schulen
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/5600 -**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung
- Drucksache 13/6180 -**

Die beiden Anträge stehen im Zusammenhang mit den Tagesordnungspunkten 20 und 21. Es wird vorgeschlagen, mit der Feststellung der Tagesordnung zu beschließen, dass die beiden Anträge zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen werden und zusammen mit den Tagesordnungspunkten 20 und 21 behandelt werden.

Gibt es weitere Anmerkungen oder Anträge zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Ich sehe auch keinen Widerspruch zu den Hinweisen, die ich vorgetragen habe. Dann stelle ich die Tagesordnung so fest.

Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

**a) „Auswirkungen der geplanten Flughafenerweiterung
in Frankfurt/Main auf die Menschen in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6131 -**

**b) „Unterrichtssituation an den rheinland-pfälzischen
Schulen“
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6132 -**

Zu dem ersten Thema erteile ich für die antragstellende Fraktion der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Beck, Herr Verkehrsminister Bauckhage, werte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen und der CDU, Sie haben ein Problem!

(Zurufe aus dem Hause: Sie! -
Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

- Ein großes Problem!

Sie wollen den Ausbau des Frankfurter Flughafens im Nachbarland Hessen, und Sie wissen, dass dies nicht ohne größere Belastung für die Bevölkerung auch in Rheinland-Pfalz zu realisieren ist. Meine Damen und Herren der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, nun sitzen Sie diesmal in schöner Eintracht mit der CDU zwischen allen Stühlen.

Für die Stadt Mainz und das Bündnis, das gegen die Nord-West-Variante geschmiedet werden sollte und sich nun aus guten Gründen gegen den Ausbau insgesamt ausgesprochen hat, sind Sie eine Landesregierung, die die Betroffenen im Stich lässt. Werte Kolleginnen und Kollegen, für die Hessen sind Sie der arme Nachbar, der das abbekommt, was man in Frankfurt und Umgebung nicht so recht haben will, nämlich

vor allen Dingen den Nachtfluglärm. Das soll jetzt die Chance sein, um den Hahn so richtig zum Fliegen zu bringen.

Herr Kuhn, Herr Bauckhage,

(Kuhn, F.D.P.: Ja!)

Ihr Parteikollege Jörg Uwe Hahn hat es im Hessischen Landtag in einer Plenardebatte richtig schön auf den Punkt gebracht. Ich habe mir erzählen lassen, dass er Folgendes gesagt hat:

(Kuhn, F.D.P.: Erzählen lassen! Vorsicht! -
Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

„Den Rheinland-Pfälzern habe ich gesagt, sie sollen den Mund halten. Sie sollen die Chancen für den Hahn nutzen, die sich aus dem Nachtflugverbot ableiten lassen. Ich glaube, Sie haben es begriffen.“

Das hat er im Landtag gesagt.

(Kuhn, F.D.P.: Wer hat Ihnen das erzählt?
Nennen Sie doch einmal die Quelle!)

Das ist die Gutsherrenart der hessischen F.D.P., Herr Kollege. Die rheinland-pfälzische Variante davon bekommen gerade die Hunsrücker zu spüren.

Sie, wertere Vertreter der Landesregierung, versuchen, die zusätzlichen Belastungen, die ohne Zweifel kommen werden, zuzuleistern, indem Sie für ein Nachtflugverbot auf dem Rhein-Main-Flughafen eintreten. Die Nachtruhe hat oberste Priorität, das sehen wir auch so. Aber ob die Nachtruhe kommt, ist doch noch lange nicht ausgemacht. FAG-Chef Bender hat ein generelles Nachtflugverbot bereits ausgeschlossen. Auch die versprochenen Nachtruheverbesserungen nach dem Bau der Startbahn West waren ganz schnell wieder aufgeweicht.

Meine Damen und Herren, gibt es einen vernünftigen Grund, weshalb die betroffene Bevölkerung darauf vertrauen sollte, dass die FAG und die politischen Entscheider am Ende halten werden, was sie halbherzig oder vollmundig - je nachdem, welcher Couleur und wo der Wohnsitz ist - versprechen? - Meinen Sie, die Menschen können sich darauf verlassen, dass so etwas gehalten wird? - Wir meinen nicht.

Schon nach dem Bau der Startbahn West wurde gesagt, das ist die letzte. Wir brauchen keine weitere Bahn mehr. Der Frankfurter Flughafen hat nun keine Kapazitätsprobleme mehr. Alle, die es wissen wollen, wissen, wenn nun eine zusätzliche Bahn realisiert wird, würde spätestens in 20 Jahren die nächste Bahn mit Flächenverbrauch zur Diskussion gestellt werden. Deswegen muss aus unserer Sicht jetzt eine Zukunftsentscheidung für den Rhein-Main-Flughafen und die Region getroffen werden.

Unsere Antwort ist ganz eindeutig. Meine Damen und Herren, es gibt Grenzen des Wachstums von Flughäfen, nämlich dort, wo die Belastung der Bevölkerung und der Umwelt unerträglich wird. Dann kippt der Standortvorteil Drehkreuz Flughafen in sein Gegenteil. Herr Kollege Kuhn, das müssen Sie sich auch einmal klar machen.

(Kramer, CDU: Aber Sie fliegen
doch auch, oder?)

Dann wird niemand mehr hier wohnen, arbeiten und leben wollen. Die, die es sich als Erstes leisten können, wegzuziehen, sind die so genannten Leistungsträger, Ihr Wunschklientel, die dann das Rhein-Main-Gebiet verlassen werden.

(Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir fordern die Landesregierung auf: Stellen Sie sich auf die Seite derjenigen, die nun das Bündnis gegen den Ausbau geschmiedet haben! Lassen Sie Gesundheitsgefährdungen untersuchen. Lassen Sie untersuchen, welche Wertminderung auf die Bevölkerung zukommt, wenn die Lärm- und die Umweltbelastung noch größer werden. Stehen Sie auf und setzen Sie sich auf den Stuhl, der zu den Ausbaugegnern passt, und unterstützen Sie den Protest.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich gratuliere dem Kollegen Licht ganz herzlich zu seinem heutigen 48. Geburtstag. Alles Gute!

(Beifall im Hause)

Es spricht nun Herr Abgeordneter Klaus Hammer.

Abg. Hammer, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kiltz, haben Sie kein Problem? - Ich meine, die Häme, die Sie versucht haben, über CDU, SPD und F.D.P. auszuschütten, ist wohl wenig angebracht.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was habe ich gemacht? Häme?)

Es geht um die Menschen in der Region, und darüber sollte man nicht so reden, wie Sie es getan haben.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist es eine Frage der Verlässlichkeit in der Politik. Aber ist die Verlässlichkeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die,

dass Sie sich um die Menschen und deren Sorgen um Brot und Arbeit nicht kümmern?

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir wissen um die Bedeutung des Frankfurter Flughafens für die wirtschaftliche Entwicklung des Rhein-Main-Raumes.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Er hat die Häme schon vorausgesehen!)

Wir wissen um die Belastungen der Menschen in der Vergangenheit und der Gegenwart. Ich wohne in Mainz in einem Stadtteil, der zunehmend auch von Fluglärm belastigt ist. In der Stadt gilt dies insgesamt. Wir kümmern uns um die Sorgen der Menschen hier. Ich bin froh darüber, für meine Fraktion im Landtag feststellen zu dürfen, dass es im Mainzer Stadtrat gelungen ist, auf der Grundlage einer Erarbeitung meiner Fraktion im Februar und zuletzt am 23. August 2000 zunächst gegen den Widerstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - aber dann ist die Einsicht bei Ihnen eingekehrt - eine einstimmige Resolution zu verabschieden, die qualitative und quantitative Forderungen erhebt.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nur gegen die Nord-West-Bahn!)

Wir wissen, dass knapp 3 000 Menschen in Mainz - in der Region Rheinhessen sind es noch ein paar mehr - auf dem Flughafen Frankfurt in Brot und Arbeit stehen. Wir wissen auch, dass die Variante, die die hessische Landesregierung vorgesehen hat, die größtmögliche Lärmbelastigung für die Menschen in Mainz und in der Region Rheinhessen verursacht. Deshalb ist es richtig, dass wir uns als Landtag von Rheinland-Pfalz mit dieser Frage beschäftigen, auch aktuell.

Wir stellen sicherlich gemeinsam fest, dass die hessische Landesregierung durch eine Abkehr von dem Mediationsverfahren durch den Ministerpräsidenten das Vertrauen der Bevölkerung in die Verlässlichkeit der Politik erheblich beschädigt hat. Dazu passt auch aus unserer Sicht, dass der Ministerpräsident des Nachbarlands Hessen der gegebenen Zusage zu bilateralen Gesprächen zwischen den Kabinetten von Rheinland-Pfalz und Hessen bisher ausgewichen ist. Es wird gerade aktuell versucht, nachdem sich Herr Koch bei Ministerpräsident Beck für das Nichtzustandekommen entschuldigt hat, kurzfristig einen Termin zwischen den beiden Ministerpräsidenten in den nächsten zwei Wochen zu vereinbaren.

(Schreiner, CDU: Das ist das Letzte!)

In diesem Zusammenhang ist aus unserer Sicht eine zentrale Forderung zu artikulieren. Sie, Frau Kiltz, meinen, dass das strikte Einhalten des Nachtflugverbots in der Vergangenheit

- Landebahn West, Sie haben das angetippt - nicht voll erfüllt sei. Das ist richtig.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Aufgeweicht!)

Aber wir fordern als erste zentrale Forderung, dass ein strenges Nachtflugverbot für den Rhein-Main-Flughafen in der Zeit von 23.00 Uhr abends bis 5.00 Uhr morgens einzuführen ist.

Wir fordern auch, dass eine breite Beteiligung der betroffenen rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften am regionalen Dialogforum erfolgt. Dazu genügt es nicht, den Anstoß, den die Mainzer Politik am letzten Freitag unternommen hat, durchzuführen. Diese Form der Allianz mit hessischen Gemeinden muss erweitert werden. Sie wird auch tatkräftig durch die rheinland-pfälzische Landesregierung unterstützt.

Ich denke, dass Einigkeit in diesem Hause herrscht, dass von der Umsetzung der von der Mediationsgruppe geforderten verbindlichen Programme zur Lärminderung und Lärmvermeidung mit entsprechenden Maßnahmen auch die Kommunen, sprich die Menschen, die in den rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften leben, profitieren müssen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass die Chance genutzt werden muss, in integrierten Verkehrskonzeptionen Verkehrsanbindungen in Rheinland-Pfalz zu berücksichtigen und dadurch Entlastungen auf dem Frankfurter Flughafen zu erreichen. Darin sehen wir auch eine Chance, dass der Flughafen Hahn profitiert. Dazu ist in der Vergangenheit nicht zuletzt durch meinen Fraktionsvorsitzenden, der regional von Hahn besonders betroffen ist, in diesem Hause schon einiges gesagt worden.

(Beifall der SPD -

Mertes, SPD: Ich bin überhaupt nicht betroffen!)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, Gäste im Landtag begrüßen zu können. Ich begrüße Jungsozialistinnen und Jungsozialisten aus Grünstadt-Land sowie Bürgerinnen und Bürger aus der Verbandsgemeinde Westhofen. Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Schreiner das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Welche Auswirkungen hat der Ausbau des Frankfurter Flughafens für die Menschen in Rheinland-Pfalz? Das kann ich Ihnen sagen.

Wenn die Landesregierung nicht jetzt endlich aktiv wird, trägt Rheinland-Pfalz die Lasten, und die Profite haben andere.

(Beifall der CDU)

Dabei müsste es das Ziel der Politik von Rheinland-Pfalz sein, dass wir nicht nur die Lasten tragen, sondern auch die Chancen nutzen, die durch die Entwicklung des Rhein-Main-Flughafens entstehen. Derzeit ist es laut in Rheinhessen, nicht jeden Tag, aber bei schönem Wetter. Auf der Tagesordnung der Landesregierung stand das bisher nicht. Das ist heute schon so. Jetzt kommt der Ausbau dazu.

Ich möchte etwas zur Geschichte sagen.

(Pörksen, SPD: Dafür sind Sie genau der Richtige!)

Die FAG tritt an die Landesregierung heran und sagt: Wir brauchen eine neue Startbahn. - Herr Eichel, SPD, gründet eine Mediatorengruppe. Was sagt die SPD-geführte Landesregierung in Rheinland-Pfalz? Still ruht der See. Die Mediatoren tagen und kommen zu einem einstimmigen Beschluss, in dem unter anderem steht, dass sie für den Ausbau sind. Was tut die rheinland-pfälzische Landesregierung? Nichts. Die CDU fordert Sie auf, sprechen Sie doch einmal mit Ihren hessischen Kollegen, auch wenn es schwer fällt. Setzen Sie sich in einer gemeinsamen Kabinettsitzung zusammen. Nichts passiert. Jetzt, nachdem sich die hessische Landesregierung auf eine Variante festgelegt hat, lese ich in der Zeitung: „Die SPD-geführte Landesregierung in Rheinland-Pfalz ist überrascht.“ So, dann bin ich aber auch überrascht.

(Heiterkeit und Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich weiß nicht, welche Informationen Sie haben. Ich bin nicht überrascht. Seitdem die Mediatoren entschieden haben, dass sie einen Ausbau wollen, wusste ich, dass es zu einem Ausbau kommen wird. Seitdem Herr Koch angekündigt hat, die hessische Landesregierung würde sich bis zur Sommerpause festlegen, wusste ich, dass sich die hessische Landesregierung bis zur Sommerpause festlegen wird. Mich hat das nicht überrascht. Ich weiß nicht, ob Sie das wussten.

Ich wusste, dass es drei Varianten gibt. Es gibt die Variante Nord-Ost, die im Wesentlichen das Mainzer Stadtgebiet belastet, dann die Variante Nord-West, die darüber hinaus noch den Bereich Klein-Winternheim und Nieder-Olm belastet. Dann gibt es noch die Variante Süd, die dann mehr Boden-heim, Laubenheim und Ebersheim belastet. Das sind drei Varianten. Aber es gibt immer nur eine Antwort. Kurt Beck ist überrascht.

(Beifall der CDU)

Derweil ist es immer noch laut über Rheinhessen. Die Mediatoren haben uns einen Weg aufgezeigt und eine Chance, wie

wir das ändern können, nämlich durch das Nachtflugverbot für den Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt.

Nun kommen wir zu dem, was wir als Rheinland-Pfälzer tun können. Wir müssen unsere Hausaufgaben machen. Wir kommen jetzt zum Ausbau des Flughafens Hahn. Herr Hammer hat schon Recht. Ziel ist es, dass wir dort einen Charterflughafen für die Sommerflieger haben und einen Frachtflughafen vor allem für den Nachtpoststern, der zurzeit noch über den Frankfurter Flughafen abgewickelt wird. Das ist eine Chance für die Region Hunsrück. Das ist eine Entlastung für die Menschen im Rhein-Main-Gebiet.

Die Frage ist nur, wann die Landesregierung ihre Hausaufgaben macht. Das Land ist Gesellschafter beim Flughafen Hahn. Wann kommen die Investitionen für den Nachtpoststern? Das könnte doch schon längst geschehen.

(Mertes, SPD: So viel dummes Zeug! Dümmer, am dümmsten!)

Wann kommt der Taxiway? Wann kommt die autobahnähnliche Anbindung des Flughafens Hahn? Ich habe mit Freude gelesen, dass Herr Kuhn nun seinen Parteifreund, den Wirtschaftsminister, auffordert, dass es jetzt bitte schön zu einem vierspurigen Ausbau der B 50 kommen soll.

(Beifall der CDU)

Wann kommen die Investitionen in die Schienenverbindung, damit die heute schon 400 000 Passagiere auf dem Hahn ohne Stau dort hinkommen können?

(Mertes, SPD: Falsche Zahlen!)

- 350 000, Tendenz steigend.

(Mertes, SPD: Auch falsch!)

Herr Ministerpräsident, Herausreden hilft nicht. Sie tun dazu wenig. Eines ist klar: Nur die Entwicklung des Hahn ist auch eine Möglichkeit, dass wir hier im Rhein-Main-Gebiet das Nachtflugverbot durchsetzen können. Wir werden nachher von Ihnen eine mittlere Regierungserklärung hören. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns nicht nur sagen, wogegen Sie sind, sondern auch, wofür Sie sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe noch nicht die Hoffnung aufgegeben, dass Sie sich vielleicht doch noch mit der hessischen Landesregierung an einen Tisch setzen und dort für die Interessen der Rheinland-Pfälzer kämpfen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz zwei Probleme, die wir lösen können, nämlich die Arbeitsplätze im Hunsrück auf der einen Seite und die Problematik des immer stärker werdenden Nachtflugs im Rhein-Main-Gebiet auf der anderen Seite. Der

Lösungsansatz ist in beiden Fällen der Ausbau des Flughafens Hahn. Wenn Sie jetzt nicht aktiv werden, dann bleibt uns in Rheinland-Pfalz wirklich am Ende nur der Lärm.

(Beifall der CDU -
Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Frau Kiltz, gestatten Sie mir zum Schluss noch eine kleine Bemerkung, weil ich noch 30 Sekunden Redezeit habe.

Nicht nur Armin Clauss ist für den Ausbau, nicht nur Hans Eichel ist für den Ausbau des Frankfurter Flughafens, auch Herr Trittin als Bundesumweltminister hat im Bundeskabinett dem Ausbau zugestimmt.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der Vielflieger Joschka Fischer hat im Bundeskabinett zugestimmt, dass der Frankfurter Flughafen mit erster Priorität ausgebaut werden muss.

(Glocke des Präsidenten)

Gestern noch im Wald, gestern noch an die Bäume gekettet, heute schon für den Ausbau, Ihr Parteifreund, Frau Kiltz.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU -
Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Werner Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst hätte ich gern Frau Kiltz geantwortet. Das, was sie gesagt hat, ist so leicht durchschaubar, deswegen lassen wir es lieber.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Interessanter ist das, was Herr Kollege Schreiner versucht hat, vorzubringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat ein Kunststück versucht. Das ist danebengegangen. Er hat versucht, Ursache und Wirkung umzukehren.

(Mertes, SPD: So ist es!)

Was ich gehört habe, ist schon ein bisschen hart, nämlich der Landesregierung mangelnde Aktivität vorzuwerfen. Das Gesetz des Handelns liegt bei der hessischen Landesregierung.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hat ausdrücklich zugesichert, die Landesregierung Rheinland-Pfalz mit einzubeziehen. Das hat sie nicht getan. Wir bedauern das sehr. Wir können nur hoffen, dass die Initiative von Hessen ausgeht und, wie angekündigt, ein Gespräch in kürzester Zeit stattfindet. Darauf hoffen wir. Das muss sein. Ich muss radikal zurückweisen, dass wir in Rheinland-Pfalz diejenigen gewesen sind, die dieses Problem verursacht haben. Das ist falsch.

Lieber Herr Kollege Schreiner, ich mache eine zweite Korrektur. Die Aufforderung, die B 50 zum Teil in das Investitionsprogramm aufzunehmen, ist mit Herrn Minister Bauckhage selbstverständlich abgestimmt. Darauf können Sie sich verlassen.

(Schreiner, CDU: Umso besser! -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Können wir einfach die Presse-
erklärung bekommen? -
Weitere Zurufe von dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch ganz klar. Die Fraktion und der Wirtschaftsminister sind der Überzeugung, dass bei der bestehenden rasanten Weiterentwicklung auch der Ausbau zügiger stattfindet, als dies möglicherweise vor ein oder zwei Jahren hätte geschehen können. Diese Entwicklung wollten Sie torpedieren. Sie hätten nie geglaubt, dass es zu einer solch rasanten Entwicklung kommt. Wir passen uns an die neue Situation an.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einige Worte zu der Situation sagen, die wir in Rheinland-Pfalz nach der einseitigen Festlegung der Landesregierung in Hessen haben. Die F.D.P.-Landtagsfraktion wird sich entschieden dafür einsetzen, dass im anstehenden Raumordnungsverfahren alle drei nach dem Mediationsverfahren verbliebenen Ausbauvarianten ohne Vorabfestlegung geprüft werden. Dies haben wir auch unseren Parteifreunden, unseren Fraktionskollegen in Wiesbaden deutlich gemacht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was sagen sie dazu?)

Sie haben die gemeinsame Presseerklärung gelesen, nehme ich an. Aus ihr geht dieses auch hervor.

Es kann und darf natürlich nicht angehen - darin besteht Konsens in diesem Hause -, dass der Hauptnutzen des Ausbaus in

Frankfurt bleibt, die große Lärmbelästigung aber die Menschen in Mainz sowie im rheinhessischen Umland zu ertragen haben. Es muss für alle Bürger die verträglichste Lösung gefunden werden.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es gibt keine verträgliche Lösung!)

Es geht auch darum, dass wir in Zukunft die Chancen der Großregion Rhein-Main mit Ihrem rheinland-pfälzischen Anteil neu sehen. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir in einem Schwarzer-Peter-Spiel die vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Chancen vergeben. Das sollte Ziel unserer gemeinsamen Politik sein, auch gemeinsamer Politik mit Hessen, diese Großregion als Ganzes zu sehen und zu einem fairen Interessenausgleich zu kommen. Wenn es an uns liegen sollte, sind wir gern bereit, uns mit einzubringen.

Für uns besteht überhaupt kein Zweifel, dass ein Ausbau des Frankfurter Flughafens für die Rhein-Main-Region, natürlich auch - Frau Kiltz vergisst das gern - einschließlich für die Stadt Mainz und für die Region Rheinhessen, von zentraler Bedeutung ist. Das wollen Sie nicht. Sie wollen keinen Ausbau. Sie wollen die Arbeitsplätze. Wie Sie das zusammenbekommen, müssen Sie mir einmal erklären.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das kommt gleich!)

Meine Damen und Herren, ich sage noch einige Worte zum Hahn. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir eine fast schon sich selbst beschleunigende Entwicklung haben. Dass der Hahn heute bereits eine so herausragende Rolle spielt - das sollte man an dieser Stelle noch einmal betonen -, ist insbesondere den beiden F.D.P.-Wirtschaftsministern Rainer Brüderle und Hans-Artur Bauckhage zu verdanken. Damit der Hahn weiter abheben kann, wird sich die F.D.P.-Fraktion insbesondere für die Verbesserung der Infrastruktur einsetzen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss.

Über die B 50 hinaus brauchen wir natürlich einen Ausbau des Eisenbahnnetzes. Das ist ganz klar. Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen: Es ist bemerkenswert, dass inzwischen die FAG die Schätzung von Transportmöglichkeiten, von Transportvolumen hin zum Hahn erheblich nach oben korrigiert hat, von zwei Millionen auf fast zehn Millionen. Wir können nur hoffen, dass diese Transrapidstrecke in die Machbarkeitsstudie von Bundesverkehrsminister Klimmt aufgenommen wird.

Danke.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt
bei der SPD -
Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Verkehrsminister Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal fällt es leicht, sich mit Ihnen, Frau Kiltz, auseinander zu setzen, weil dahinter der Politikentwurf steht, Mobilität einzuschränken.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Quatsch!)

Bei der wirklich bemerkenswert substanziellen Rede von Herrn Schreiner wird das alles ein bisschen schwieriger.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Bei Ihnen heißt --)

Es ist deshalb schwierig, weil Herr Schreiner alles und nichts will. Das muss ich einmal sagen.

Jetzt wollen wir erst einmal ein Stück über Umgangsformen und Stil reden.

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion in Hessen - nicht die Landesregierung - fasst einen Beschluss zugunsten einer bestimmten Ausbauvariante.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD -
Schweitzer, SPD: So ist es!)

Das kann ich alles verstehen. So viel zum Thema Vermischung von Staat und Partei.

(Licht, CDU: Herr Kuhn fordert
Sie auf, --
Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann ich noch gut verstehen. Herr Schreiner, wenn man dann wie Sie beklagt, man wäre nicht früh genug eingebunden, dann hätten Sie sich bei Ihren Parteifreunden, die sicherlich derzeit zugegebenermaßen nicht auf der Sonnenseite der Politik stehen, ein Stück bemühen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Es war ein Beschluss der CDU-Landtagsfraktion, für diese Ausbauvariante zu stimmen, bevor die Landesregierung etwas beschlossen hat. Ich sehe Herrn Koch noch im Fernsehen, als er sagte, wir dürfen unsere Meinung sagen, das ist jetzt die Meinung der Landesregierung. Das ist die eine Seite.

Die zweite Seite der Medaille ist Folgendes: Wie geht man miteinander um?

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Jedermann weiß, dass richtigerweise der Rhein-Main-Raum und Mainz tangiert werden. Wie geht man miteinander um? Wenn man schon mit Ihnen als Parteifreund so umgeht, dann sollte man zumindest mit dem Nachbarn reden, bevor man so etwas verkündet und sich so eindeutig festlegt.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was machen Ihre Parteifreunde?)

- Frau Grützmacher, ich habe gerade meine Partei ---

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das sind keine Freunde,
das sind Feinde!)

- Wir reden gerade über den Ausbau des Flughafens, verstehen Sie?

Ich sage Ihnen auch noch etwas dazu. Nachdem die Entscheidungen in dem Prozedere so gefallen waren, wie sie gefallen sind, habe ich meinen Kollegen Hahn eingeladen und darüber gesprochen. Vorher hat mir keiner etwas gesagt, jetzt beschließt die CDU-Fraktion. Bevor die Landesregierung es beschlossen hat, hat die CDU-Fraktion beschlossen. Das ist eine Seite.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Regierung kann es auch ---)

Herr Schreiner, jetzt haben wir noch ein Problem. Wenn man immer so bemerkenswert substantielle Reden hält, sollte man sich zumindest einmal erkundigen, wer eigentlich Anteilseigner in Frankfurt ist und wer Anteilseigner am Hahn ist.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich verstehe Sie so schlecht!)

Wer ist Gesellschafter am Hahn? Ich kann Ihnen sagen, das Land hat nur eine Sperrminorität.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

- Herr Schreiner, wissen Sie, wenn wir beide über Gesellschaftsrecht reden, dann wird es lustig. Man muss also immer wissen, was man tut, und nicht so tun, als ob man von jetzt auf gleich gegen die Meinung des Mehrheitsgesellschafters die Verkehre von Frankfurt auf den Hahn verlagern könnte. Das muss man allerdings wissen.

(Mertes, SPD: Und der Kundschaft!)

- Das kommt noch hinzu, die Kundschaft muss es erst auch einmal wollen. Herr Mertes, das ist völlig klar. Das ist sozusagen

gen Eulen nach Athen getragen. Das werden Sie dem nicht erklären können. Das ist eine schwierige Frage. Es ist die zweite schwierige Frage, wie man miteinander umgeht, um in der Ecke zu bleiben. So wäre es eigentlich vom Stil und von den Umgangsformen her normal gewesen, man hätte, bevor die Landesregierung beschließt, mit der anderen Landesregierung und deren Bevölkerungsteilen, die sehr stark betroffen sind, gesprochen.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

- Nun haben Sie Gespräche mit Herrn Koch geführt, oder Herr Böhr hat sie geführt. Davon gehe ich aus.

(Böhr, CDU: So ist es!)

Natürlich. Gut.

(Schreiner, CDU: Wir waren jetzt
erst wieder auf dem Hahn!)

Das ist sehr nett, dass Sie das zugeben. Hat er Ihnen noch gesagt, für welche Variante er sich entscheiden würde? Hat er Ihnen das vorher gesagt?

(Böhr, CDU: So ist es!)

- Das ist noch schöner. Das ist alles wunderbar. Nur, ich habe Sie damals nicht gehört. Ich höre Sie erst jetzt etwas sagen, nachdem wir unsere Positionen abgesteckt haben. Es rächt sich natürlicherweise, dass im Mediationsverfahren die Landesregierung von Rheinland-Pfalz keine Rolle gespielt hat. Wir bleiben dabei, einmal unterstützen wir den Beschluss des hessischen Landtags zum Nachtflugverbot. Das ist keine Frage. Zum Zweiten bleiben wir dabei, dass alle --

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Kiltz, ich sage nachher noch etwas zu Ihnen.

- - drei Varianten ergebnisoffen geprüft werden, und zwar auch auf die Belastung der rheinland-pfälzischen und rheinhessischen Bevölkerung.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Landesentwicklungsplan!)

Das ist völlig klar. An der Ecke sind wir jetzt. Es gibt demnächst ein Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten Koch, dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und mir in der Sache. Schade ist nur, dass sich die CDU-Landtagsfraktion in der Sache vorher schon festgelegt hat.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ist das nicht ein bisschen spät?)

Ist es nicht schade, dass sich die hessische Landesregierung vorher nach „Gutsherrenart“ festgelegt hat: Wir beschließen jetzt als Fraktion, dann hat die Landesregierung sich gefälligst daran zu halten? - So geht man dort miteinander um.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Regieren eigentlich Ihre Kollegen mit,
oder machen die nichts da drüben?)

- Frau Thomas, ich bestreite das doch alles nicht

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das muss man doch einmal fragen!)

- damit wir wissen, worüber wir reden -, sondern wir reden noch ein paar Minuten über die Möglichkeiten des Hahn. Wir reden auch noch ein paar Minuten über die Ausbaumöglichkeiten am Hahn und auch über die Straßennmöglichkeiten am Hahn.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Aktuelle Stunde ist noch nicht
drangekommen, Herr Bauckhage!)

- Herr Dr. Braun, dass Sie das stört, ist mir klar. Die Erfolgsstory am Hahn stört Sie deshalb, weil Sie innerlich genau das, was Sie jetzt denken, nicht sagen wollen; denn Sie wollen keine positive Entwicklung auf dem Hahn. Das stört Sie. Das passt nicht in Ihr Bild der Vorurteile. Es gibt keine Bundesstraße, die so zügig ausgebaut wird wie diese.

(Beifall bei F.D.P. und SPD -
Mertes, SPD: So ist das!)

Die Landesregierung hat alles darangesetzt, um dies so schnell wie möglich zu machen. Wir sind auf gutem Weg und werden das kontinuierlich und so schnell wie möglich fortsetzen. Das ist keine Frage.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
5 % Auslastung!)

- Frau Kiltz, es ist völlig klar, dass Sie das nicht wollen. Ihr Politikentwurf ist die Einschränkung der Mobilität. Der Politikentwurf von Herrn Schreiner ist nicht erkennbar.

(Zurufe der Abg. Frau Thomas und Frau
Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er will nämlich alles und glaubt noch, er könnte andere Leute zwingen, auf dem Hahn das zu tun. Ich meine, es ist eigentlich sehr schön, dass der Hahn jetzt eine bestimmte Rolle spielt. Natürlich müssen die Verkehrsverbindungen verbessert werden. Natürlich muss dann - das merken Sie sich einmal gut - einmal der Kunde Post - der kann auch sonst etwas machen - und auch der Mehrheitsgesellschafter die Nachtflugverkehre im Cargobereich von Frankfurt zum Hahn verlegen. Ich bin übrigens sehr zuversichtlich. Es gibt auch Ver-

handlungen. Nur, wenn Sie meinen, man könnte das von jetzt auf gleich drehen, dann sagt Ihnen die Post: Danke. -

(Schreiner, CDU: Ich will nicht, dass Sie
nur zuversichtlich sind, sondern
auch etwas tun!)

- Mir von Ihnen Untätigkeit vorwerfen zu lassen, das belegt eigentlich, dass Ihr Geschwätz wirklich Geschwätz ist. Aber gut, das nur am Rande.

(Dr. Weiland, CDU: Ha! Ha! Ha!
Sie haben keinen Grund
zur Arroganz!)

- Das ist so.

(Kramer, CDU: Das ist eines
Ministers nicht würdig! -
Dr. Weiland, CDU: Immer schön
den Ball flach halten!)

- Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Er hat lange gesprochen und nichts gesagt. Er hat einen Eiertanz vollführt. Darauf muss man einmal antworten dürfen. Ich habe etwas gesagt, Herr Kollege Böhr. Es bleibt dabei, wir werden in der Lage sein, den Hahn auch auf der Basis weiter auszubauen.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Habe ich etwas Falsches gesagt?)

- Nein, Sie haben einen Politikentwurf öffentlich gemacht, der die Einschränkung der Mobilität zum Inhalt hat.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Erhaltung der Lebensqualität
ist die andere Seite!)

Herr Schreiner hat wilde Vorwürfe erhoben, die nicht haltbar sind. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und Herrn Schreiner. Auf dieser Basis müssen wir uns jetzt unterhalten. Auf dieser Basis müssen wir auch die Verhandlungen mit der hessischen Landesregierung führen. Es gibt übrigens unmittelbar nach dem Beschluss der CDU-Landtagsfraktion einen einstimmigen Kabinettsbeschluss in diesem Hause, in dem wir eindeutig unsere Positionen dargelegt haben, übrigens auch vor dem Hintergrund der Entwicklung des Rhein-Main-Raums; denn wir müssen wissen, die Passagierverkehre werden bis zum Jahr 2015 um 110 % ansteigen. Darauf muss man adäquate Antworten geben können. Die Antworten müssen auch so sein, dass auch in Frankfurt wie auf dem Hahn entsprechend geflogen werden kann.

Vor diesem Hintergrund müssen wir jetzt diskutieren. Es macht keinen Sinn, dass man hier in einer Art und Weise auftritt und so tut, man könnte die Bevölkerung schützen, indem man andere belastet. Wir müssen eine klare Linie haben. Wir müssen klar im jetzigen Raumordnungsverfahren alle Positio-

nen auf den Tisch legen. Wir müssen bei allen Positionen genau abwägen, wie wir den Flughafen in Frankfurt vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung ausbauen können. Dazu ist es einfach notwendig, dass man stilvoll miteinander umgeht.

(Kramer, CDU: Ja!)

Man hätte erwarten können, dass die hessische Landesregierung dieses getan hätte. Sie hat es nicht getan. Wir werden es jetzt nachholen und werden danach wissen, woran wir sind.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Schreiner wird sich dafür einsetzen!)

Es muss uns gelingen, alle Verfahren und alle Variationen ergebnisoffen zu prüfen, und zwar alle Kriterien, insbesondere die Kriterien der Lärmbelästigung, aber auch das Kriterium, dass der Flughafen in Frankfurt ausgebaut werden muss. Vor dem Hintergrund müssen wir das tun. Es nützt nichts, wenn wir uns gegenseitig Vorwürfe machen. Es hilft auch wenig, wenn man meint, man könnte den einen gegen den anderen ausspielen. Es hilft auch wenig, wenn man meint, man könnte glauben, der Hahn könnte insgesamt die Verkehre kompensieren. Das wird auch nicht gehen. Dazu braucht man dann mehr.

Wir haben jetzt ein Gutachten über die Bahnverbindungen in Auftrag gegeben. Das ist nicht so leicht. Ich kann Ihnen sagen, was das kosten wird. Es ist auch die Frage, wer das bezahlt. Natürlich, wenn man das in fairer Partnerschaft will, müssen auch dabei die FAG und die FHG entsprechend beteiligt werden. Das ist nicht Sache des Landes Rheinland-Pfalz allein. Dann wäre es eine schöne Angelegenheit. Wir entlasten die und zahlen dann noch die Zugverkehre. So kann es nicht sein.

Vor diesem Hintergrund müssen wir jetzt in aller Ruhe die Gespräche abwarten. Ich kann Ihnen versichern, wir werden die rheinhessische Bevölkerung dabei im Blickpunkt des Interesses haben.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Präsident Grimm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kollege Hammer, klären Sie mich doch einmal auf.

(Pörksen, SPD: Viel zu spät!)

Haben Sie jetzt einen Streit oder einen Disput mit Herrn Beutel oder nicht? Ich lese in der Zeitung, dass Herr Beutel einen neuen Namen für die Allianz gegen Nord-West sucht, um - ich zitiere - deutlich zu machen, dass das Bündnis jeden Ausbau des Flughafens ablehne. Haben Sie jetzt einen Dissens mit ihm oder nicht? Vielleicht beantworten Sie das nachher noch.

Sie sagen: Wir sind für ein striktes Nachtflugverbot -, und wissen gleichzeitig, dass sich im hessischen Landtag der Fraktionsvorsitzende der SPD - wie heißt er gleich noch einmal? -

(Lais, SPD: Armin Clauss!)

wirklich einen abringt, um das Nachtflugverbot in den Landesentwicklungsplan zu bekommen, und die CDU und die F.D.P. lehnen das ab. Sie sagen: Nein, das kommt höchstens in die Präambel. - Mit solchen Präambelaussagen haben wir schon unsere Erfahrungen während der Startbahndebatte gemacht. Darauf ist überhaupt kein Verlass. Das habe ich eben schon erläutert.

Herr Schreiner, Sie haben gesagt, beim Flughafen Hahn hätte die Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht: Reichen Ihnen 100 Millionen DM an Steuergeldern nicht als Hausaufgaben? Wollen Sie noch einmal 100 Millionen DM hinlegen?

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Das müssten Sie schon etwas näher erläutern, weil ich das nicht nachvollziehen kann.

Zum Flughafenkonzept der Bundesregierung, das Sie so süffisant angesprochen haben, komme ich nachher noch einmal.

Herr Kuhn, es gibt keine verträgliche Lösung.

(Kuhn, F.D.P.: Das ist Ihr Problem!)

- Es gibt keine. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Wenn Sie davon reden, dass es ein unerwartetes Wachstum des Flugverkehrs gegeben hätte, kann ich nur lachen. Wir haben keine Kerosinbesteuerung. Wir haben auch andere Maßnahmen nicht, die faire Wettbewerbsbedingungen zwischen Verkehrsträgern erlauben würden.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das nennt man Marktwirtschaft!)

Es gibt politische Rahmenbedingungen, die geradezu einladen, dass der Flugverkehr wächst. Da müssen wir herangehen.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

- Herr Billen, Sie können sich zu Wort melden.

Herr Bauckhage, wenn Sie mir unterstellen, ich würde ein Mobilitätsbehinderungskonzept vertreten, kann ich eigentlich nur lachen. Wer macht denn Mobilitätsbehinderung durch immer mehr Setzen auf Kfz-Verkehr? - Ich stehe im Pendolino nicht im Stau. Ich stehe nur zwischen vielen Gepäckstücken, weil der Pendolino falsch konzipiert ist, aber nicht im Stau. Wenn Sie es vielleicht einmal hinbekämen, den Pendolino gangbar zu machen, dann wäre ich noch ein bisschen fixer als die Autos auf der B 41.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

- Herr Minister, das ist ein bisschen daneben. Das verbitte ich mir für die Zukunft.

(Glocke des Präsidenten)

Ist meine Redezeit zu Ende?

(Kramer, CDU: Ja!)

Dann war das wirklich ein gutes Schlusswort.

Herr Bauckhage, zu den Arbeitsplatzargumenten komme ich noch einmal, wenn Sie noch einmal reden und ich wieder Redezeit habe. Dann erläutere ich unsere Haltung zu den Arbeitsplätzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schreiner das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Ich habe Ihnen und der Landesregierung mangelnde Aktivität vorgeworfen. Herr Kuhn, zweifellos ist dies ein Sakrileg, weil Sie sagen, - ich darf Sie zitieren - das Gesetz des Handelns läge in Hessen. Ich habe noch nicht erkannt, dass es der rheinland-pfälzischen Landesregierung verwehrt wäre, im Interesse ihrer Bürger Initiativen zu ergreifen. Das habe ich wirklich noch nicht gehört.

(Beifall der CDU)

Jahrelang schweigen, und jetzt plötzlich sprechen Sie schöne Worte. Das sei Ihnen unbenommen.

(Zuruf des Abg. Hammer, SPD)

Die Frage ist bloß, warum haben Sie so lange gewartet? Hätten Sie nicht schon längst im Vorfeld aktiv werden müssen?

- Ich sage es noch einmal: Wir haben Sie im Frühjahr aufgefordert, eine gemeinsame Kabinettsitzung durchzuführen, auch wenn es schwer fällt. Aber passiert ist gar nichts.

Wir hatten Kontakt mit unseren hessischen Kollegen. Das Ergebnis liegt Ihnen unter anderem vor, und zwar der Parlamentsantrag, den wir zur Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet vorgelegt haben.

Wir hatten Kontakt mit dem Hahn. Wir waren erst letzte Woche dort.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich darf auch für die Kollegen vor Ort sprechen. Man bekommt Tränen in die Augen, und zwar Tränen der Freude, weil es ein so hervorragendes Potenzial ist, was man dort oben alles machen könnte. Aber gleichzeitig bekommt man Tränen in die Augen, weil man über irgendwelche kleinen Landsträßchen - sehr pittoresk - einen Flughafen anfahren soll, auf dem bald 400 000 Passagiere abgefertigt werden.

Wenn Sie sagen, wir müssen aktiv sein, dann sage ich, sehr gut, umso besser, wenn Sie sich abstimmen und für die B 50 kämpfen, umso besser, wenn Sie auch Aussagen treffen, die dazu führen können, dass der Schienenverkehr und die Schienenanbindung des Hahn verbessert werden.

Herr Bauckhage, aber wenn Sie in freudiger Erwartung dieser Bauprojekte sind und sich, was andere Dinge anbelangt, hinter Sperrminoritäten verschanzen, und zwar in Bezug auf die Gesellschaftsstruktur der Gesellschaft auf dem Hahn, dann möchte ich Sie bitten, dass Sie sich im Vorfeld, wenn es darum geht, die Straßen und den Schienenanschluss auf den Weg zu bringen, anlesen, wie die Sperrminoritäten dort sind, und ob es nicht das Land ist, das in erster Linie anfangen muss, aktiv zu werden.

(Glocke des Präsidenten)

Ich sage es noch einmal: Wenn die Landesregierung jetzt aktiv wird, dann ist es eine gute Entwicklung für Rheinland-Pfalz. Andernfalls bleibt uns in Rheinland-Pfalz nur der Lärm.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Mertes das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir können auf der einen Seite nicht von den Segnungen der Industrie- und

Dienstleistungsgesellschaft leben und profitieren und zur gleichen Zeit immer nur ihre Belastungen beklagen.

Daraus ergibt sich für uns, dass wir selbstverständlich für einen prinzipiellen Ausbau des Flughafens Frankfurt sind.

Wir müssen aber die berechtigten Einwände um Gesundheit und „Verlärmung“ heute ernster nehmen als vielleicht vor zwanzig Jahren, weil sich das einfach zu stark ausgeweitet hat.

Aber genau das findet nicht statt. Anstatt sich darauf zu verlassen, dass die Mediation mit drei Varianten die Grundlage der Prüfung wird, hat der hessische Ministerpräsident einseitig an einem Sonntag - ich habe es mir bewusst angeschaut und musste auf „Lassie“ verzichten - im Fernsehen Folgendes gemacht: Er hat an der Karte gezeigt, wie das mit seiner Variante aussieht, und dann rutschte seine Hand herunter über die hessischen Orte und in Flörsheim kam auf einmal eine Terra incognita. Dahinter war nur noch die Wüste Gobi oder der Atlantik - ich weiß es nicht -, vielleicht sogar Rheinland-Pfalz. Er ging aber nicht weiter.

Meine Damen und Herren, Herr Schreiner, wir machen den Hessen den Vorwurf, dass sie es gemacht haben, ohne mit uns zu reden.

(Beifall der SPD)

Warum hat der hessische Ministerpräsident diese Variante einseitig hervorgehoben, ohne die Prüfung aller drei Varianten einschließlich der Bedingungen der Mediatoren mit hinzunehmen? Hierfür gibt es viele Gründe. Der Mann steht auf sehr schwankendem Grund und hat viele Gründe, irgendwie mit anderen Dingen aufzufallen. Aber dass Sie ihm dabei helfen und sagen, wir hätten nicht das getan, was wir hätten tun können, dazu muss ich sagen: Wahrscheinlich waren Sie zum allerersten Mal auf dem Hahn - Glückwunsch. -

Wenn Sie das eine pittoreske Landstraße nennen, was wir die B 50 nennen, dann sage ich Ihnen Folgendes: Herr Schreiner, es gibt keinen einzigen Quadratmeter, der im Baurecht ist, der nicht ausbaut ist oder wird. Das ist die Realität. Darüber müssen Sie einmal diskutieren.

(Beifall bei der SPD -
Unruhe -
Glocke des Präsidenten)

Sie werden sehen, schneller als zu den Zeiten, als andere regiert haben.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

- Ja, das ist mir klar. Wir hätten die B 50 schon längst dreispurig, wenn nicht die Leute, die früher regiert haben, gesagt hätten: Wo führt das denn hin? - Wir werden den Hahn anschließen.

Dann zur Eisenbahn.

Präsident Grimm:

Herr Kollege.

(Zurufe von der CDU)

Abg. Mertes, SPD:

Ja.

Zur Eisenbahn kann ich nur sagen, wir machen uns die Arbeit, das vorher ordentlich zu prüfen. Wir können keine 100 Millionen DM für etwas einsetzen, was wir noch nicht einmal ordentlich geprüft haben.

Herr Schreiner, wenn Sie Mainz so verteidigen, dann kann man nur sagen: Solche Freunde sind schlimmer als Feinde.

(Beifall der SPD -
Bischel, CDU: Aber Leute, die an
Gedächtnisverlust leiden, sind
auch nicht besser!)

Präsident Grimm:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Werner Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Sehr geehrte Frau Kiltz, der Begriff „verträgliche Lösung“ so, wie Sie ihn definiert haben, enttarnt Ihr Denken. Was will Frau Kiltz? Was versteht sie unter verträglichen Lösungen? - Sie will keine Belastung, sie will gleichzeitig Arbeitsplätze und Mobilität. Sie will alles. Alles will sie, und das ist keine verträgliche Lösung.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wenn man es schlau anpackt,
geht das sogar!)

Eine verträgliche Lösung ist immer ein Kompromiss. Wenn Sie einen begrenzenden Faktor einbeziehen und sagen, es darf nicht die geringste Belastung auftauchen, dann ist doch klar, dass sie nicht politikfähig sind. Das ist doch Ihr Problem und nicht nur in diesem Landtag.

Meine Damen und Herren, auf das, was mich etwas irritiert hat, muss ich noch einmal zu sprechen kommen, und zwar betrifft das den Vorwurf an die rheinland-pfälzische Politik, nicht versucht zu haben, in das Mediationsverfahren hineinzukommen. Wahrscheinlich irre ich mich. Aber ich habe die

vielen Versuche, Aufforderungen und Appelle immer noch im Gedächtnis, die rheinland-pfälzischen Positionen mit in dieses Mediationsverfahren aufzunehmen.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn dies nicht stattfindet - ich sage dies noch einmal -, dann endet auch unsere machtpolitische Position zunächst einmal. Wenn ich dann aber höre, dass Herr Kollege Böhr vorab schon über diese Variante, die hier für Aufregung sorgt, und zwar zu Recht für Aufregung sorgt, informiert war, dann frage ich, hat er bei seinem Kollegen Koch Einfluss genommen und ihm einmal klar gemacht, dass er hier ein Schwarzer-Peter-Spiel anfängt? Hat er ihm das klar gemacht? - Da liegen die Versäumnisse.

(Zurufe von der CDU)

Es kann doch nicht wahr sein, so etwas hinzunehmen, oder Herr Koch hat nicht auf den Kollegen gehört. Das ist doch das Problem.

(Bischel, CDU: Haben Sie mit
Frau Wagner verhandelt? -
Glocke des Präsidenten)

Sie können doch der Landesregierung keinen Vorwurf machen, wenn Sie als Vorsitzender der CDU-Fraktion nicht in der Lage sind, Herrn Koch von der Unsinnigkeit seines Verhaltens abzubringen.

(Glocke des Präsidenten)

- Überzeugt.

(Beifall der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich füge dem einige Bemerkungen hinzu, was Herr Kollege Bauckhage für die Landesregierung deutlich gemacht hat.

1. Wir haben nie daran gezweifelt - ich hoffe, diesbezüglich besteht grundsätzlich Einigkeit, aber die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN scheine ich ausnehmen zu müssen -, dass der Frankfurter Flughafen auch für Rheinland-Pfalz von erheblicher Bedeutung ist. Deshalb sind wir daran interessiert und haben unseren Beitrag dazu geleistet, dass dieser Flughafen im Reigen der internationalen Flughäfen in Europa seine Spitzenstellung behaupten kann. Dies ist für viele Men-

schen, die unmittelbar dort arbeiten, und für den Wirtschaftsstandort Rhein-Main von großer Bedeutung.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

2. Ich rufe noch einmal in Erinnerung, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung es nicht bei Lippenbekenntnissen hinsichtlich dieser Grundorientierung belassen hat, sondern in einem sehr intensiven Verhandlungsprozess dazu beigetragen hat, dass wir wenige Tage vor Weihnachten 1999 einen Vertrag unterschreiben konnten, der beinhaltet, dass in den kommenden Jahren sukzessive die bisherige amerikanische Militäranutzung vom Frankfurter Flughafen nach Spangdahlem und Ramstein verlagert wird. Dies ist alles in allem betrachtet auch in unserem Interesse, weil sehr hohe Investitionen damit verbunden sind, weil die Arbeitsplätze in Ramstein und Spangdahlem gesichert werden und weil wir um die Bedeutung der Standorte wissen, aber auch, weil wir wissen, dass sowohl auf dem Boden als auch in der Luft für den Frankfurter Flughafen neue Perspektiven eröffnet worden sind.

3. Wir haben den Flughafen Hahn gegen den erbitterten Widerstand der GRÜNEN, bei hässlicher Begleitung der CDU-Fraktion und bei einer Art und Weise der Debatte, dass man manchmal meinte, jemand habe die Hoffnung, es würde scheitern, so ertüchtigt, dass er in der Tat in der Lage ist, eine Ergänzungsfunktion für den Frankfurter Flughafen wahrzunehmen;

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

dies im Wesentlichen durch die dort geltende Nachtfluggenehmigung. Bezüglich der Erschließungen auf dem Boden ist das Notwendige gesagt worden.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der hessischen Landesregierung mache ich noch einmal deutlich - ich sage das noch einmal, weil ich das schon öfter gesagt habe, aber was man nicht hören will, scheint auch nicht gehört zu werden -, dass ich vor geraumer Zeit, das gilt auch für die Ebene der Verkehrsminister, mit Herrn Kollegen Koch Übereinstimmung darüber erzielt habe, dass wir die Grundintention bezüglich des Frankfurter Flughafens miteinander kooperativ vorantreiben wollen. Dies ist nicht erfolgt. Auf einer Parteiveranstaltung ist eine Entscheidung getroffen worden. Das will ich nicht kritisieren, ist in diesem Zusammenhang aber ungewöhnlich.

Ich betrachte diesen Vorgang als erledigt, zumal sich Herr Kollege Koch am vorigen Freitag bei mir für diese Vorgehensweise entschuldigt hat. Das sollte akzeptiert werden, und ich akzeptiere diese Entschuldigung.

Für die kommende Woche haben wir einen Termin vereinbart. Herr Kollege Bauckhage und ich werden in Hessen mit den Vertretern der hessischen Landesregierung die Positionen besprechen und - wie ich hoffe - ein einvernehmliches

Vorgehen vereinbaren. Ob wir am Ende der Prozesse zu einer einvernehmlichen Haltung finden, hängt davon ab, wie die Abwägung der Interessen vorgenommen wird und wie sie am Ende dieser Prozesse aussehen. Es ist ganz selbstverständlich, dass wir dabei eng mit den rheinhessischen Kommunen - ich gehe davon aus, dass das auch für die hessischen Kommunen gilt - zusammenarbeiten werden. Das ist in der Form mit dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt besprochen worden. Diese Zusammenarbeit muss natürlich auch mit sich bringen, dass die Interessen der Bevölkerung nicht unzumutbar belastet, sondern berücksichtigt werden.

Im Übrigen haben wir nie einen Zweifel daran zugelassen, dass eine Grundvoraussetzung, um dieses Ziel zu erreichen, ist,

- a) dass alle infrage kommenden Varianten untersucht werden - Herr Kollege Bauckhage hat dies deutlich gemacht - und
- b) dass die Fragen der Lärmbelastung insbesondere dadurch von vornherein in eine überhaupt handhabbare Größenordnung gebracht werden, dass ein klares und eindeutiges Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen Grundvoraussetzung für weitere Verhandlungen ist, weil die Ziele ansonsten auf keinen Fall zusammenzuführen sind.

(Schreiner, CDU: Dann sind wir uns doch alle einig!)

- Lieber Herr Schreiner, auf die Art und Weise, wie Sie geredet haben, kann ich leider wirklich nicht ernsthaft mit Ihnen diskutieren.

(Beifall der SPD)

Das war mir wirklich zu oberflächlich. Das geht so nicht.

(Heiterkeit des Abg. Schreiner, CDU -
Schreiner, CDU: Das tut mir leid!)

- Sie können reden wie Sie wollen, aber ich kann auch reagieren, wie ich will. Eine solche Frage debattiere ich nicht auf einem solchen Niveau. Das muss klar sein.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir haben die große Chance, dass wir in dieser Frage mit einer geschlossenen Haltung auf rheinland-pfälzischer Seite für die Menschen in diesem Raum, und zwar in jeder Hinsicht, sowohl in der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Hinsicht als auch im Hinblick auf die Lebensqualität, ein vernünftiges Ergebnis erzielen können. Deshalb habe ich gehofft, dass die Debatte so geführt wird, wie sie unter den Verantwortlichen geführt wird, nämlich sehr sachbezogen und sehr nüchtern, aber auch im Bewusstsein der Verantwortung gegenüber den hier wohnenden Menschen. So werden wir dies weiter betreiben.

Natürlich kann alles zum Schlachtfeld der ironischen oder parteipolitischen Auseinandersetzung gemacht werden. Ich bin aber der Meinung, dass das nicht sein sollte. Es ist eine hoch sensible und hoch verantwortlich zu handhabende Materie.

Ich sage ganz offen: Ich möchte nicht ohne weiteres in der Haut derjenigen stecken, die das auf hessischer Seite zu behandeln haben. Deshalb gehe ich mit meinen Gesprächspartnern so um, wissend um die Sensibilität dieser Frage. Das bedeutet aber auf keinen Fall, dass wir rheinland-pfälzische Interessen auch nur für einen Augenblick zurückstellen. Wir haben mehr zu bieten als nur Proteste. Wir haben richtige Hilfe bereits geboten und werden sie weiter anbieten. Das ist eine Grundlage für eine einvernehmliche, vernünftige und verantwortliche Regelung. Dabei bleibt es.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, den Fraktionen stehen noch jeweils zwei Minuten Redezeit zur Verfügung.

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich bin froh, dass ich die Gelegenheit habe, noch einmal etwas zum Thema „Arbeitsplätze“ zu sagen.

(Mertes, SPD: Das glaube ich!)

Meine Damen und Herren, wir wischen dieses Argument nicht weg. Auch wir wissen, dass 60 000 direkte und 80 000 indirekte Arbeitsplätze die Existenzen von vielen Familien im Rhein-Main-Gebiet bedeuten.

Das Mediationsverfahren hatte aber unter anderem zum Ergebnis, dass diese Arbeitsplätze nicht nur gehalten, sondern ihre Zahl noch gesteigert werden könnte, wenn die bestehende Infrastruktur am Frankfurter Flughafen effektiver genutzt würde, auch in Kooperation mit dem Flughafen Hahn. Diesbezüglich haben wir andere Vorstellungen als Sie.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

- Mit Hahn.

Ich sage Ihnen, wie unredlich die Flughafen Frankfurt/Main AG rechnet. Sie spricht von 39 000 Arbeitsplätzen, die ohne den Ausbau verloren gingen. Bei einer Weiterentwicklung bei ungebremster Nachfrage und weiter bestehenden politischen Rahmenbedingungen würden 57 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Das rechnet die Flughafen Frank-

furt/Main AG einfach zusammen und behauptet, es ginge um 100 000 Arbeitsplätze. Das ist eine unredliche Rechnung.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass es Gutachten gibt, die die Arbeitsplatzeffekte in der behaupteten Höhe auch kritisch beleuchten und zu anderen Zahlen kommen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Überaus kritisch!)

Ich bin der Meinung, dass man sich das zu Gemüte führen muss, anstatt sich immer sofort platt auf den Boden zu legen, wenn das Wort „Arbeitsplatz“ fällt. Es muss auch einmal dahinter geschaut und abgewägt werden, weil auf der anderen Seite die unerträgliche Steigerung der Lärmbelastung, die zunehmende Umweltverschmutzung, die Gefährdung der Gesundheit und Unmengen von Hektarn Bannwald stehen.

(Glocke des Präsidenten)

Es muss auch eine Abwägung erfolgen. Es kann nicht immer alles gemacht werden, wenn nur das Wort „Arbeitsplatz“ fällt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böhr das Wort.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Frankfurter Flughafen soll ausgebaut werden - diese Information ist nicht neu -, und Rheinland-Pfalz ist davon betroffen. Rheinland-Pfalz ist in positiver Hinsicht betroffen. Dazu ist bereits Vieles zutreffend gesagt worden. Ich vermute, dass wir die positiven Folgen im Moment eher noch unterschätzen als überschätzen. Rheinland-Pfalz ist aber leider auch in negativer Hinsicht betroffen.

Was macht die Landesregierung? Die Landesregierung wartet darauf, dass sie zu einem Gespräch eingeladen wird. Herr Ministerpräsident, ich muss ganz ehrlich sagen, dass mich diese Schüchternheit überrascht.

(Beifall der CDU)

Ich kenne weder den Terminkalender Ihres Kollegen Koch noch kenne ich Ihren Terminkalender, aber bei der existenziellen Betroffenheit in dieser Frage kann man sich nicht damit herausreden, dass man sagt: Wir warten seit Monaten auf eine Einladung zu einem Gespräch.

(Beifall der CDU -
Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will einmal ganz offen meine Vermutung sagen, wobei ich gern zugebe, dass es sich um eine Vermutung handelt: Sie waren voller Hoffnung, dass es zu dieser Entscheidung im Sommer dieses Jahres gar nicht erst kommen wird. Deshalb haben Sie in dieser Frage gar keinen Druck gemacht. Dann ist aber die Entscheidung gefallen, und jetzt stehen wir da, wo wir stehen.

Noch eine zweite Bemerkung in diesem Zusammenhang: Völlig unstrittig kann die Position für unser Land Rheinland-Pfalz, wenn wir auf der einen Seite die Lasten, die leider auf uns zukommen - - Herr Kollege Mertes und Herr Kollege Kuhn, es ist übrigens völlig gleich, welche Variante ausgewählt wird. Sie können nur wählen, ob die Stadt Mainz mehr oder die umliegenden Gemeinden mehr betroffen sind. Darin besteht die Qual der Wahl. Eine Variante, von der Rheinland-Pfalz überhaupt nicht betroffen ist, müssen Sie zuerst noch erfinden.

(Kuhn, F.D.P.: Das hat auch
keiner behauptet!)

Deshalb kann unsere Verhandlungsposition unstrittig nur die sein, dass wir ein Verhandlungsergebnis ansteuern wollen, mit dem wir die Lasten für unser Land reduzieren und die Nutzen für unser Land maximieren.

(Beifall der CDU)

Dazu gehört, dass man keine potemkinschen Dörfer aufbaut; denn mit Blick auf eine Vielzahl von Fragen ist es nicht so, dass die Hessen sich verweigern würden, unserem Nutzen und unseren Erwartungen entgegenzukommen - im Gegenteil. Man kann jeden Tag in der Zeitung lesen, dass dem die Hessen gar nicht im Wege stehen. Deshalb ist es zwei Sekunden vor zwölf, dass sie sich an den Verhandlungstisch setzen und die Interessen unseres Landes wahrnehmen.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile noch einmal Herrn Abgeordneten Mertes das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der hessische Ministerpräsident geht entgegen allen Vereinbarungen vor und erklärt einseitig eine Variante zu seiner bevorzugten Variante. Das ist der Punkt. Für diesen Sonntagnachmittag war der Frieden zwischen zwei Ländern unwichtig geworden, um zu zeigen, wer Herr in Frankfurt ist.

(Beifall der SPD)

Sie haben sich das gar nicht angesehen. Ich sage: Der Ministerpräsident von Hessen hat die Rheinland-Pfälzer überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. - Ich sehe ihn auf der Karte mit der Hand heruntermarschieren. Da gab es keinen Rhein und kein Rheinland-Pfalz. Da gab es nur eins: Wie kann ich in meinem hessischen Wahlkreis dafür sorgen, dass die Belastung bei mir gering und bei anderen anders ausfällt? - Das war der Bruch eines Konsenses zwischen zwei Ländern um diesen Flughafen.

(Beifall der SPD)

Natürlich hat Herr Kollege Böhr Recht, wenn er sagt, dass wir bei einem Ausbau so oder so in bestimmte Belastungen hineinkommen. Das bestreitet niemand. Der Punkt ist aber, was den Ministerpräsidenten von Hessen bewegt hat, nachdem die Mediatoren, die teuer bezahlt wurden und lange gearbeitet haben, einen Vorschlag unterbreitet haben, selbst einen Vorschlag zu unterbreiten. Dafür reichen die mir verbleibenden 42 Sekunden nicht mehr aus. Ich sage Ihnen aber eins: Er musste einen wichtigen innenpolitischen Grund haben, dies zu diesem Zeitpunkt sowohl zu Lasten der Rheinland-Pfälzer als auch der Glaubwürdigkeit von solchen Untersuchungen in der Zukunft zu machen. In Zukunft wird uns keiner mehr glauben, wenn wir Mediatoren einstellen. Es wird gesagt: Am Ende bestimmt irgendein politisch Verantwortlicher, welche Variante allein geprüft wird, koste es, was es wolle.

(Beifall der SPD und des
Abg. Heinz, F.D.P.)

Wenn die Hessen jetzt schon wieder sagen, das mit der Nachtruhe sei rechtlich eigentlich gar nicht zu machen,

(Glocke des Präsidenten)

ist das ein weiterer Punkt in Richtung auf die Aufkündigung der Mediatoren.

Man fragt sich wirklich, auf was in Hessen noch Verlass ist. Unter der Landesregierung, die dort drüben regiert, ist die Antwort relativ leicht.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Verkehrsminister Bauckhage das Wort.

**Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den entscheidenden Punkt hat Herr Kollege Mertes gerade noch einmal genannt: Es gab ein Mediationsverfahren, das unterschiedliche Varianten zum Ergebnis hatte. - Auf dieser Ge-

schäftsgrundlage hätte man miteinander reden können. Die Geschäftsgrundlage ist dann einseitig vom Landesvorsitzenden der hessischen CDU, der gleichzeitig Ministerpräsident ist, verlassen worden.

Meine Damen und Herren, es ist manchmal schwierig, wenn man bestimmte Dinge nicht zur Kenntnis nehmen will, die einfach Tatsache sind. Wenn wir sinnvollerweise und richtigerweise die Interessen der rheinhessischen Bevölkerung vertreten wollen, müssen wir darauf achten, dass man insgesamt eine einheitliche Linie findet. Wenn man das will, muss man miteinander reden. Bei einer einheitlichen Linie hätte man übrigens auch erwarten können, dass derjenige, der vorher wusste, dass eine bestimmte Variante favorisiert wird, das zumindest einmal angesprochen hätte.

Man muss sehen, dass das Land Rheinland-Pfalz mit Spangdahlem damals vertraglich eine Entlastung des Frankfurter Flughafens herbeigeführt hat. Dann kann man davon ausgehen, dass bei weiteren Schritten, die insgesamt den rheinhessischen Raum belasten, die aber gleichzeitig auch, wie Herr Kollege Böhr das bereits erwähnt hat, eine große Chance beinhalten - - - Machen wir uns nichts vor. Es geht nicht nur um ein paar Arbeitsplätze. Es geht um hoch qualifizierte und sehr sichere Arbeitsplätze, wenn man das Drehkreuz von Europa in Frankfurt halten kann.

Wir benötigen meiner Meinung nach ein Mehr-Säulen-Konzept, das wie folgt aussehen muss:

1. Alle von der Mediatorengruppe auf den Tisch gelegten Varianten müssen ergebnisoffen in das Raumordnungsverfahren gehen.
2. Es muss gleichzeitig überlegt werden, wie wir den Punkt-zu-Punkt-Verkehr auf dem Hahn weiter ausbauen können. Herr Kollege Schreiner, man muss sich im Gesellschaftsrecht auskennen. Wenn ich gegen einen Mehrheitsgesellschafter Geschäfte tätigen will, die er an anderer Stelle tätigt, wird er diesen nicht zustimmen, auch wenn Sie noch so viele Minderheitenrechte haben. Sie können nur bestimmte Dinge verhindern.

Ein weiteres Konzept besteht darin, dass wir den zügigen weiteren Ausbau der B 50 benötigen. Joachim Mertes hat völlig Recht. Alle Schritte, die nur möglich waren, hat die rheinland-pfälzische Landesregierung in dieser Hinsicht unternommen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

- Herr Bracht, das ist auch eine Frage der Farbenlehre in Berlin. Ich hätte mir gewünscht, dass wir damals schon, als wir noch mitregierten - lassen Sie uns doch ehrlich miteinander umgehen -, mehr Mittel bekommen hätten und ein

schnelleres Verfahren gehabt hätten. Die Verfahren sind jetzt schnell, und es wird auf jedem Meter gebaut, für den wir Planrecht haben.

(Mertes, SPD: So ist das!)

Herr Schreiner, Sie müssen wissen, dass wir aber zunächst einmal das Planrecht haben müssen. Es wird etwas schwierig sein, ohne Baurecht zu bauen. Dann bekommen Sie gar nichts mehr gebaut. Auch das muss man wissen.

(Schreiner, CDU: Danke, dass Sie mir das erklärt haben! Das wusste ich schon!
Ich wollte nur, dass die Landesregierung das Baurecht schafft!)

- Sagen Sie einmal, in welcher Welt leben Sie eigentlich? Einer sagt, wir hätten Baurecht, und Sie sagen, wir sollen Baurecht schaffen.

Darüber hinaus benötigen wir auch eine Zugverbindung. Richtigerweise lassen wir dazu ein Gutachten erstellen, das schließlich mit Kosten verbunden ist. Glauben Sie nicht, Herr Mehdorn würde sagen: Jawohl, da haben Sie gerade einmal einen Zug.

Darüber hinaus haben wir richtigerweise auch die Frage der Transrapidbahn ins Gespräch gebracht. Auch sie wird geprüft.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Bis zur Landtagswahl!
Danach ist sie weg!)

- Frau Thomas, man kann auch Mobilität einschränken wollen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Man kann auch Mobilität vorspiegeln!)

Mit dem Mehr-Säulen-Konzept und der Überlegung, wie wir anderen Frachtverkehr auf den Hahn bekommen, ist der richtige Weg gegangen worden. Diesen Weg können wir gemeinsam gehen. Nur dadurch werden Sie der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz einen Dienst erweisen. Sie werden der Bevölkerung in Rheinhessen auch in Wahlkampfzeiten keinen Dienst erweisen, indem Sie versuchen, populistische Parolen herauszugeben, die nichts nutzen. Sie nutzen gar nichts, da Sie damit das Problem nicht lösen werden. Wir brauchen dazu die hessische Landesregierung.

Es hat niemand so schnell gehandelt wie wir, weil außer Herrn Böhr niemand wissen konnte, dass Herr Koch so weit vorpreschen und sich auf eine Variante festlegen wird. Das war der Punkt, durch den die gute nachbarliche Zusammenarbeit verletzt worden ist. Vor der Frage stehen wir jetzt.

Wir müssen jetzt überlegen, wie die rheinland-pfälzischen Interessen in zweierlei Hinsicht befriedigt werden können:

1. Wie kann man den Lärm reduzieren? Das kann man unter Umständen auch anders machen.
2. Wie erhalten wir das Nachtflugverbot?
3. Was können wir tun, damit die wirtschaftliche Entwicklung des Rhein-Main-Flughafens weiter positiv bleibt?

Vor diesen Fragen stehen wir. Diese werden wir gemeinsam lösen müssen. Es wäre gut, Sie würden das ohne Populismus mitmachen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Jeder Fraktion stehen noch eineinhalb Minuten Redezeit zur Verfügung.

Frau Kiltz, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kollege Mertes, noch so viel berechtigtes Schimpfen auf die hessische CDU kann nicht davon ablenken, dass Sie ein innerparteiliches Problem haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Beutel hat doch eine andere Auffassung als Sie, oder lese ich die Zeitung falsch.

Herr Hammer, wir müssen einmal eine Tasse Kaffee miteinander trinken. Sie müssen mir das erklären. Ich habe das immer noch nicht begriffen.

(Zuruf des Abg. Hammer, SPD)

- Dann Tee.

Herr Bauckhage, Sie haben von vier Säulen gesprochen und gesagt, alle Mediationsvarianten müssten geprüft werden. Dazu gehört auch die Optimierung ohne Ausbau. Sie haben vom Punkt-zu-Punkt-Verkehr auf den Hahn gesprochen. Wenn dieser tagsüber besteht, ist nichts dagegen einzuwenden. Ich darf Sie belehren, dass die Bundesregierung in der Diskussion über das Flughafenkonzept gesagt hat: Wir müssen die Kurzstreckenflüge auf die Schiene bekommen. - Für Frankfurt ist nachgewiesen, dass 40 % aller Flüge, die dort abgehen, unter 500 Kilometer liegen. Hier kann man doch jede Menge Entlastung schaffen, indem man auf die Schiene verlagert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen als dritte Säule: B 50 neu. - Dazu haben wir unsere Meinung schon öfter gesagt. Ich wiederhole das nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Minister, ich kann Ihnen nur sagen: Schauen Sie, dass das mit dem Zug hinkommt, und lassen Sie den Transrapid endlich in die Ecke fallen, wo er hin gehört, und beerdigen Sie das nicht erst am 26. März 2001.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bischel das Wort.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Eines beweist diese Debatte: Die Landesregierung und die SPD sind völlig überrascht worden, dass sich das Parlament erlaubt, dieses wichtige Thema anzusprechen. Es hat eindeutig bewiesen, dass die Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat.

(Beifall der CDU)

Die SPD betätigt sich als Nebelwerfer und versucht, den Schleier über das Versagen der Landesregierung zu legen. Der Herr Ministerpräsident meint, es sei unerlaubt, in diesem Parlament Kritik an dem Versagen der Landesregierung zu üben. Er versucht, einen jungen Abgeordneten in einer Art und Weise anzugehen, die an sich einem Ministerpräsidenten nicht zusteht.

(Beifall der CDU)

Herr Staatsminister Bauckhage, ich habe wenig gehört, dass Sie Ihre Aufgaben im Bereich der Landespolitik exakt und genau wahrgenommen haben. Sie haben nicht gesagt, was wir in unserem Bereich alles tun können. In der Landespolitik gibt es unheimlich viel zu tun. Jeder lobt die Chancen des Ausbaus des Flughafens. Hier sind wir uns völlig einig. Jeder ist dafür, dass die Belastungen für Rheinland-Pfalz möglichst klein gehalten werden müssen. Jawohl, hier sind wir uns einig.

Wir sind uns aber in Ihrem Verhalten und in der Beschimpfung der hessischen Landesregierung und der hessischen CDU, um von Ihren Problemen abzulenken, die Sie innerparteilich haben, nicht einig.

(Glocke des Präsidenten)

Besinnen Sie sich auf Ihren Auftrag, für die Interessen des Landes und der Bürger unseres Landes einzutreten. Sie haben wirklich genug zu tun. Lassen Sie die anderen Dinge beiseite.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe das zweite Thema der Aktuellen Stunde auf:

„Unterrichtssituation an den rheinland-pfälzischen Schulen“

auf Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 13/6132 -

Ich erteile Herrn Abgeordneten Erhard Lelle das Wort.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema „Unterrichtssituation“ ist schon in der letzten Sitzung angesprochen worden. Herr Minister Zöllner hat in dem Zusammenhang die Zahlen vorgelegt. Er hat den Eindruck erwecken wollen, als sei alles halb so schlimm und als hätten wir die beste Unterrichtssituation seit Jahren. In Trier hat er sich sogar dazu verstiegen, zu sagen, wir hätten 100 %, was dann allerdings den Zwischenruf provozierte: Die Erde ist eine Scheibe.

Meine Damen und Herren, die Koalition war tief enttäuscht, als der Kollege Keller von Chaostagen zum Schuljahresanfang sprach.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Wir haben einmal die Presseberichte gesammelt und auch die Schnellerhebung der Lehrerverbände ausgewertet. Siehe da: Seppel Keller, du bist bestätigt!

(Beifall der CDU)

Ich darf Ihnen zwei Beispiele nennen. Realschule: Mehrere junge Lehrer haben abgesagt. Weitere Fachkräfte sind abgezogen worden - Konsequenzen: Es wurden weniger Klassen mit jeweils mehr Schülern gebildet, um Personal zu sparen. Die Stunden für die Arbeitsgemeinschaften wurden drastisch von 44 auf vier gekürzt.

Anderes Beispiel: Schüler des Leistungskurses Sozialkunde, Jahrgangsstufe 12, haben seit Schuljahresbeginn keinen Unterricht in diesem Fach. Es bestehen Engpässe. Zwei Lehrer sind nach Hessen abgewandert, um dort eine volle Planstelle anzutreten. Die eingesetzte Ersatzkraft hat ebenfalls nach drei Tagen Rheinland-Pfalz den Rücken gekehrt.

Meine Damen und Herren, ich habe eine ganze Liste. Ich könnte meine Zeit damit verbringen, diese vorzulesen. Frau Brede-Hoffmann wird mit Gewissheit nachher wieder sagen, dass das alles Einzelfälle sind.

Ich glaube, es sind keine Einzelfälle. Das ist die Situation, die wir heute haben. Manchen von Ihnen, die schon ein bisschen länger dabei sind als ich, klingen noch die Tiraden der SPD zur Zeit der Opposition in den Ohren, Herr Schweitzer. Sie sollten einmal in den Spiegel schauen und sich selbst ernst nehmen.

Meine Damen und Herren, dann müsste die SPD-Fraktion ihrem Minister und ihrer Landesregierung heute die rote Karte zeigen.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, Sie tragen die politische Verantwortung für diese Chaostage. In unserer Zeit gab es bei Minister Göller nie solche Zustände, und zwar weder in Bezug auf die Unterrichtsausfälle --

(Zurufe von der SPD)

- Schauen Sie sich die Zahlen einmal an.

- - noch in Bezug auf die Stellenbesetzungen zum Schuljahresanfang.

Ich hatte in der vergangenen Sitzung schon auf die Sonderfaktoren der ADD hingewiesen: lange Verfahrenswege und unzureichende Sach- und Personalausstattung. - Diese Reform war besonders für den Schulbereich ein Verhängnis.

Inzwischen gibt es einen weit wichtigeren Aspekt, der offensichtlich für diese Chaostage verantwortlich ist, nämlich die Besetzung mit Dreiviertelverträgen. Diese Landesregierung treibt die Lehrer aus dem Land.

(Beifall der CDU)

Das ist inzwischen ein Stück aus dem Tollhaus. Ein CDU-Antrag auf volle Planstellen wird abgelehnt. Dann kommt die F.D.P. mit 15 %. Die Landesregierung macht Ausnahmen. Die GEW spricht inzwischen von Ausnahmedschungel. Dann wird der Boden immer heißer.

Herr Kuhn, die F.D.P. fordert mit Macht volle Planstellen, aber nur in Presseerklärungen.

Herr Minister Zöllner, auch die GEW hat sich gewandelt und hat heute eine andere Sichtweise. Sie spricht sich für volle Planstellen aus. Ich denke, der Lehrerstellenmarkt ist bei uns leer gefegt. Es ist endlich angesagt, dass Sie tätig werden. Ansonsten werden die Nachwuchsprobleme noch wesentlich gravierender, als sie waren.

Meine Damen und Herren, am Sonntagabend in der Sendung „Sabine Christiansen“ hat mancher von uns aufmerksam zugehört, was Frau Petra Gerster sagte. Sie hat erklärt - Herr Präsident, ich zitiere -: Ich habe mich beim Kultusminister in Rheinland-Pfalz erkundigt. Der sagte mir: Ja, es fehlen tausend Lehrer, und wir können diese tausend Lehrer leider nicht bezahlen.

Meine Damen und Herren, hört, hört! Hier im Parlament würde ich mir von Ihnen, Herr Minister, diese Offenheit auch wünschen.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Unserem Haushaltsvorschlag, jährlich 20 Millionen DM mehr für die Unterrichtsversorgung einzusetzen, nicht zu folgen, stellt sich im Nachhinein als verhängnisvoller Fehler dieser Koalition und dieser Landesregierung heraus.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, weitere Gäste im Landtag begrüßen zu können, und zwar Bürgermeister und ihre Partnerinnen aus der Verbandsgemeinde Rennerod und die Arbeitsgemeinschaft 60 Plus aus Puderbach. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Brede-Hoffmann das Wort

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir jetzt alle vier Wochen diese Debatte führen, schlage ich vor, dass wir Zeit einsparen und immer Protokolle zum Lesen verteilen.

(Kramer, CDU: Das passt Ihnen nicht, gell?)

Herr Lelle, es war heute nicht ein einziger neuer Satz von Ihnen zu hören. Ich möchte wirklich wissen, wie aktuell für Sie eine Aktuelle Stunde ist, um das, was Sie vor vier Wochen vortragen haben, heute noch einmal vortragen zu können.

(Zuruf der Abg. Kramer und Lelle, CDU - Dr. Weiland, CDU: Für die Menschen in diesem Land ist das sehr aktuell, Frau Kollegin!)

Für mich ist die Steigerung der Aktualität wirklich nur noch verteiltes Papier zum Lesen. Wenn Sie keine anderen wesentlichen Themen für Aktuelle Stunden haben, verstehe ich Sie wirklich nicht mehr.

(Lelle, CDU: Reden Sie einmal mit den Eltern! -

Licht, CDU: Sprechen Sie einmal mit den Eltern dieser Einzelfälle!)

Meine Damen und Herren, wir haben im Land Rheinland-Pfalz fast 2 000 Schulen. Ich bestätige Ihre Vermutung, was ich dann sagen würde. Herr Lelle hat zwei Einzelfälle vorgelesen und hatte eine weitere Liste mit Einzelfällen dabei.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Keiner von uns, der je ans Rednerpult getreten ist, hat die Behauptung aufgestellt, es habe noch nie solche Probleme, wie Sie sie geschildert haben, gegeben, es habe noch nie Lehrerinnen und Lehrer gegeben, die in ein anderes Bundesland gehen, oder Lehrerinnen und Lehrer, die ihre Stelle nicht antreten, oder es habe niemals Stellen gegeben, die aufgrund von Lehrerinnen- und Lehrermangel nicht besetzt werden konnten. Ich werde das auch heute nicht behaupten.

Selbstverständlich sind auch mir Einzelfälle bekannt geworden, bei denen ich das Ministerium angesprochen habe. Ich glaube, jetzt kommt der wesentliche Punkt. In all diesen Einzelfällen sind Lösungen gefunden worden, zum Teil auch sehr ungewöhnliche und phantasievolle Lösungen.

(Beifall der SPD -
Frau Kohnle-Gros, CDU: Ah ja!)

Es wurden Lösungen gefunden, bei denen man sagen muss, Hut ab, das wäre uns auch nicht gleich eingefallen.

So werden beispielsweise in Mainz Studierende mit ihrem Professor, der sie dabei betreut, Unterricht in Physik erteilen, der momentan nicht erteilt werden kann. An dieser Schule ist größte Zufriedenheit ob dieser Lösung ausgebrochen. Ich kann nur sagen, das finde ich Klasse. Das wäre mir im ersten Moment nicht eingefallen.

Herr Lelle, Sie wissen ganz genau, ebenso wie Ihre und auch meine Kolleginnen und Kollegen, wenn in einem Einzelfall so etwas bekannt geworden ist und das Ministerium sich darum gekümmert hat, wurde eine Lösung gefunden.

Um Ihr Thema der Dreiviertelverträge von der letzten Plenardebatte aufzugreifen, bei den Dreiviertelverträgen wurden Aufstockungen vorgenommen, sofern für diese Fächer keine Lehrerinnen und Lehrer gefunden werden konnten.

(Dr. Altherr, CDU: Wie viele denn? -
Zuruf von der CDU: Aha! -
Weitere Zurufe von der CDU)

Es wurden vielfältige andere Möglichkeiten von Vertretungen gefunden. Von Chaos kann wirklich keine Rede sein, wenn Sie Einzelfälle darstellen, die geschildert wurden, aber fast 2 000 Schulen im Land diese Probleme nicht mehr haben.

Sie haben soeben auf die Realschulen verwiesen. Auch Sie haben in dieser Woche sicherlich genau wie ich die Veröffentlichung des Realschullehrerverbands in Händen gehalten. Da-

rin stand eine große Überschrift: „Unterrichtsversorgung verbessert“. Ich dachte, oho, ob Herr Lelle vielleicht das Wort Realschullehrer nun nicht mehr in den Mund nimmt? - Entweder Sie haben es nicht gelesen oder nicht verstehen wollen, Herr Lelle. In diesem Jahr sind 600 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer in dem System Schule eingestellt worden, 600 mehr als im letzten Jahr.

(Beifall der SPD -
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Das letzte Mal habe ich es betont, und ich wiederhole mich jetzt leider: In diesem Jahr sind nur 3 000 Schülerinnen und Schüler mehr in die Schule gekommen, 600 mehr Lehrerinnen, 3 000 mehr Schülerinnen und Schüler.

(Zurufe der Abg. Keller und
Dr. Altherr, CDU)

Sie alle haben einmal Mathematik gehabt und wissen, dass rein numerisch dadurch schon die Unterrichtsversorgung besser werden wird.

(Keller, CDU: Die Stellen werden
doch gar nicht besetzt!)

Aber bevor das Ministerium wie in jedem Jahr die Zahlen Mitte, Ende Oktober vorlegt, wollen Sie dieses Thema sehr oft diskutieren,

(Keller, CDU: Wann? Weihnachten! -
Zurufe von der CDU: Weihnachten!)

in der Befürchtung, dass Sie dann, wenn die Zahlen vorliegen, feststellen müssten, oho, die Unterrichtsversorgung ist besser geworden. Wie gut, dass wir vorher ohne Zahlen diskutiert haben; denn noch immer diskutieren wir ohne die tatsächlichen Erhebungen der Schule.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

- Herr Lelle, Sie sagen, mit den Dreiviertelverträgen treibt die Landesregierung die Lehrerinnen und Lehrer aus dem Land.

(Lelle, CDU: So ist es! -
Keller, CDU: Ja, natürlich!
Es ist leider so!)

Herr Lelle, wir haben im Ministerium nachgefragt. Wir haben uns über die der Bewerbungssituation in diesem Jahr erkundigt. 28 % aller Bewerbungen von Lehrerinnen und Lehrern im Schuldienst im Lande Rheinland-Pfalz sind von rheinland-pfälzischen Studienabsolventen. 72 % sind von Studienabsolventen aus anderen Bundesländern. Haben Sie das Gefühl, dass jemand vertrieben oder angelockt wird? 28 % zu 72 %!

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

37 % derjenigen, die angenommen worden sind, sind aber aus unserem Bundesland. Haben Sie das Gefühl, dass wir unsere Studierenden vertrieben haben?

(Glocke des Präsidenten -
Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Frau Brede-Hoffmann, Sie haben doch selbst zahlreiche Beispiele für die Aktualität des Themas genannt.

(Kramer, CDU: So ist es!)

Ich weiß überhaupt nicht, woran Sie sich stören.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU)

Sie haben konkrete Beispiele und sogar noch einmal aktuelle Zahlen aus der Veröffentlichung des Verbandes der Real-
schullehrer genannt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich möchte eine andere Veröffentlichung heranziehen. Herr Zöllner wird im „Trierischen Volksfreund“ vom 1. September 2000 bei einer Diskussionsveranstaltung zitiert. Die Überschrift lautet: „Wir brauchen noch mehr Lehrer“.

Wenn ein Bildungsminister dies nach Schuljahresbeginn feststellt und einräumen muss, dass wir offensichtlich nicht genügend Lehrer haben, was Sie versuchen, uns immer wieder weiszumachen,

(Pörksen, SPD: Ist das Chaos,
oder was?)

so ist dies ein Grund mehr für eine Aktuelle Stunde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir diese Entwicklung beobachten, verlässt Herrn Zöllner auch die demonstrative Gelassenheit, die er in den vergangenen Jahren der Legislaturperiode gezeigt hat, wenn es um die Mängelverwaltung der Unterrichtsversorgung ging. In diesem Vorwahlschuljahr gibt es nämlich eine Menge an hektischem und blindem Aktionismus, der den Schulen und den dortigen Akteuren mindestens ebenso schadet wie der fehlende Unterricht.

Meine Damen und Herren, Sie haben es trotz großer Ankündigungen nicht geschafft, die zusätzlichen Stellen, die Sie mit großem Aufwand angekündigt hatten, tatsächlich rechtzeitig zu besetzen. Das ist das eine. Die Quittung ist, dass in den Schulen und um die Schulen die Atmosphäre ziemlich aufgeheizt ist.

Meine Damen und Herren, Frau Brede-Hoffmann, die Eltern sind sauer über das, was zu Beginn des Schuljahres an Chaos produziert wurde.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

Sie sind nach wie vor sauer darüber, dass trotz vollmundiger Ankündigungen vor einem Monat die Aufstockung der zu besetzenden Stellen vor Ort nicht mit den Erfahrungen vor Ort übereinstimmen. Was erleben die Eltern, die Lehrer und die Schülerinnen und Schüler vor Ort? Sie erleben, dass weiterhin Unterricht ausfällt, dass Versprechungen nicht eingehalten werden

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wir haben
die Zahlen doch noch gar nicht!)

und dass das Missmanagement auch weiterhin fortgesetzt wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Die Zahlen werden im Oktober vorgelegt. Ich weiß, Sie hoffen immer darauf, dass das später noch einmal diskutiert wird.

Nach meinen Informationen haben noch in der vergangenen Woche junge Lehrkräfte aus Rheinland-Pfalz im letzten Moment ihre Stellen in unseren Schulen verlassen, um über den Rhein nach Baden-Württemberg zu gehen.

(Lelle, CDU: Genauso ist es!)

Sie sagen zu Recht, man muss die Gesamtbilanz betrachten. Was die Dreiviertelstellen anbelangt, teile ich durchaus nicht die Position, die Herr Kuhn letzte Woche wieder in die Öffentlichkeit posaunt hat. Man muss die Gesamtbilanz anschauen. Das haben wir vor einem Jahr schon gesagt, als die CDU dieses Thema angeschnitten hat. Aber man muss auch sehen, was Sie tatsächlich in diesem Land schaffen und was der Bildungsminister auf KMK-Ebene schafft, um diesen Mechanismus zu unterbrechen.

Herr Zöllner, wir erleben momentan viele Diskussionsveranstaltungen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Was wollen Sie
denn jetzt eigentlich? -

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Maulen!
Schlagbäume! Maulen wollen Sie!)

Wenn die Situation und die Stimmung an den Schulen Sie noch nicht in die Verzweiflung treibt, dann dürfte es wohl Ihr Koalitionspartner tun.

(Creutzmann, F.D.P.: Was?)

- Ja, Herr Creutzmann.

Die F.D.P. hat nichts Eiligeres zu tun, als sich aus der Verantwortung für die Unterrichtssituation zu stehlen und sich abzuseilen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die F.D.P. fällt dem Bildungsminister öffentlich in den Rücken. Sie können aus dem Abgeordnetenhaus fleißig Presseerklärungen geben.

(Lelle, CDU: Jawohl!)

Ich bin einmal gespannt, wie dies in den konkreten Situationen aussieht, Herr Kuhn.

Sie sind doch entscheidend mit verantwortlich für den unerhörten Unterrichtsausfall und für das Chaos in den vergangenen Monaten und Jahren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU)

Sie wagen es, am Montag zu sagen, im nächsten Schuljahr, nach der Landtagswahl, schaffen wir eine optimale Unterrichtsversorgung an unseren Schulen. Herr Kuhn, das ist nicht nur Feigheit vor dem Feind in dieser Situation, sondern das ist eine ungeheuerliche Verachtung der Interessen von Schülern und Schülerinnen, die jetzt ihren Unterricht haben wollen und jetzt Qualität fordern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie tatsächlich Handlungsbedarf sehen würden, dann hätten Sie nur bei den Doppelhaushaltsberatungen unseren Haushaltsanträgen zustimmen müssen. Darin haben wir nämlich 1 000 Stellen beantragt und gegenfinanziert und waren weit über dem, was Sie vorgegeben haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Schweitzer, SPD: Wie haben Sie die
denn gegenfinanziert?
Sagen Sie das einmal!)

Meine Damen und Herren, ich könnte noch mehr Einzelbeispiele anführen, wie Frau Brede-Hoffmann sagt, das erspare ich mir.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bleibe dabei, diese Landesregierung ist nicht in der Lage, die grundlegende Unterrichtsversorgung an unseren Schulen zu organisieren. Sie sind auch nicht in der Lage, die benötigten weitreichenden Reformen im Bildungswesen in Rheinland-Pfalz auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie
glauben sich irgendwann
noch selbst!)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir führen diese Diskussion nun alle vier Wochen.

(Keller, CDU: Das wird so
weitergehen!)

Ich bin einmal auf die verbale Eskalation gespannt. Inzwischen sagt Herr Böhr, Lehrer sind verzweifelt. Herr Lelle spricht vom Tollhaus. Ich bin einmal gespannt, welche Begriffe Ihnen in vier Wochen einfallen werden.

(Kramer, CDU: Neue!)

Es ist kaum noch zu steigern.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole an dieser Stelle, der Unterrichtsausfall in Rheinland-Pfalz - das ist auch meine Prognose - wird im kommenden Schuljahr weiter reduziert werden.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Ist schon reduziert!)

Es wird festgestellt, dass er reduziert ist. Da gehe ich jede Wette mit Ihnen ein. An den Hinweisen aus den Realschulen ist dies schon deutlich geworden.

Wenn wir als F.D.P.-Fraktion sagen, dass wir auf diesem Weg der weiteren Reduzierung - wenn es geht, beschleunigt - in den nächsten Jahren voranschreiten, dann fallen wir dem Bildungsminister nicht in den Rücken.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Bildungsminister ist mit Sicherheit hocherfreut, wenn die Fraktionen in den nächsten Jahren diesen Weg weitergehen, möglicherweise noch schneller, die Unterrichtsversorgung noch weiter zu verbessern.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Genau, er sieht hocherfreut aus!)

Er wird von uns dann das Geld verlangen, das ist ganz klar. Er wird dies aber mit Sicherheit auch unterstützen.

(Creutzmann, F.D.P.: Er wird das Geld bekommen! -

Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ersieht sehr erfreut aus, schauen Sie einmal hin!)

Der Weg ist doch begonnen worden. Auch in diesem Jahr werden Sie feststellen, dass sich die Unterrichtsversorgung verbessern wird.

(Dr. Gölter, CDU: Das ist schlimm, man kann Ihnen nie böse sein!)

- Mir geht es auch so. Das verbindet uns, das ist doch klar.

(Dr. Gölter, CDU: So, wie Sie das sagen, so lieb!)

Ich möchte noch ein Wort zu den Dreiviertelstellen sagen. Meine Damen und Herren, das ist wirklich eine fundamentale Position auch der F.D.P.-Landtagsfraktion. Wir sind der Meinung, dass sich der Lehrerarbeitsmarkt, rascher als sich dies manche vorgestellt haben, gewandelt hat. Das ist oft schwer. Wir haben dies auch schon vor längerer Zeit an dieser Stelle gesagt.

Das Bildungsministerium hat reagiert und im berufsbildenden Schulwesen radikal auf ganze Stellen umgestellt, weil der Bedarf vorhanden war. Das Bildungsministerium hat reagiert und flexibel über das voraussehbare Maß hinaus weitere ganze Stellen dort geschaffen, wo der Unterrichtsbedarf es erfordert hat. Das findet unsere volle Unterstützung. Ich sage aber an dieser Stelle, wir sind der festen Überzeugung, dass es grundsätzlich richtig ist, den schnellstmöglichen Abbau der Dreiviertelstellen zu vollziehen. Darin unterscheiden wir uns auch von den GRÜNEN. Das ist für uns auch eine Grundsatzfrage. Ich mache auch keinen Hehl daraus. Es wird uns auch in diesem Zusammenhang gelingen, den Unterrichtsausfall in der Zukunft weiter zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zu dem sagen, was das letzte Mal schon zu dem so genannten Chaos und dem Verhalten von Lehrern und Lehrerinnen, die mehrere Verträge abgeschlossen haben, angedeutet wurde. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal anmahnen, dass man sich im Rahmen der Kultusministerkonferenz mit diesem Problem auseinander setzt. Es ist wirklich unanständig - das gibt es auch nirgendwo in der Gesellschaft -, dass man einen Vertrag abschließt und letztendlich nicht dazu steht. Mehrere Verträge abzuschließen, ist nicht in Ordnung. An dieses Problem muss man herangehen. Das wird auch ein Stück Verlässlichkeit bei der Unterrichtsplanung bringen. Das geht so einfach nicht weiter. Ich meine auch, dass ein Lehrer Vorbild sein soll. Wenn er auf diese Art und Weise zum Beginn seines Berufslebens verfährt, dann sollte man dies nicht tolerieren. Wir

brauchen auch ein Stück mehr Planungssicherheit in der Zukunft, gerade weil wir auch einer Mangelsituation entgegensteuern.

Es wird immer mehr Lehramtskandidaten geben, die sich das Bundesland auswählen können. Gerade aus diesem Grund muss man an dieses Problem heran. Das heißt also, es soll in der Zukunft mehr Verlässlichkeit bei der Einstellung von Lehrern geben. Nach unserer Einschätzung sollen die Dreiviertelstellen so schnell wie möglich abgeschafft werden. So soll man den Weg weitergehen, was die Unterrichtsversorgung angeht. Dann sind wir im Ländervergleich ganz vorn.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Bildungsminister Professor Dr. Zöllner das Wort.

Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es könnte einen Bildungsminister freuen, wenn sein Ressort von allen Fraktionen eine solch große Aufmerksamkeit erfährt.

(Dr. Gölter, CDU: So ist es!)

Er müsste sich aber möglicherweise schon etwas ärgern, wenn er sich des Eindrucks nicht erwehren könnte, dass die Schulen zu einem vorgezogenen Wahlkampf missbraucht werden.

(Beifall der SPD und F.D.P. -

Zurufe von der CDU: Oje! -

Dr. Gölter, CDU: Herr Schweitzer war viel schlimmer!)

- Fühlen Sie sich getroffen, Herr Dr. Gölter?

(Dr. Gölter, CDU: Nein!)

Ich habe nur eine allgemeine Feststellung gemacht.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Die CDU hat einen Antrag gestellt, zur Unterrichtsversorgung eine Aktuelle Stunde durchzuführen, obwohl wir im letzten Plenum dieses Thema ausführlichst erörtert haben

(Bischel, CDU: In vier Wochen ist es noch schlimmer geworden!)

und obwohl die CDU weiß, dass objektive und verifizierbare Daten zur Unterrichtsversorgung durch die amtliche Statistik überhaupt noch nicht vorliegen können.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Die brauchen wir gar nicht! Wir haben doch das Leben!)

Ich stelle die Frage: Fürchtet sie sich vor diesen Tatsachen, die das Ergebnis der Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz objektiv darstellen werden, und dem Ergebnis, dass wir dreimal so viel zusätzliche Stellen eingerichtet haben, wie zum Beispiel Hessen in diesem Schuljahr, und 25 % mehr neue Stellen als Baden-Württemberg geschaffen haben?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe keinen Zweifel daran gelassen - auch nicht in der letzten Sitzung an dieser Stelle, Herr Lelle -, dass es selbstverständlich im Einzelfall Probleme gegeben hat und immer wieder geben wird. Ich weiß das möglicherweise sogar noch besser als Sie und kenne noch mehr Fälle, weil ich die Schulaufsicht ganz offensiv und aktiv angewiesen habe, jedem Einzelfall nachzugehen, wenn es sein muss mit unkonventionellen Ansätzen, um diese Probleme zu beseitigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Brede-Hoffmann hat schon gesagt, wir haben in Rheinland-Pfalz 1 700 Schulen. Die weit überwiegende Zahl dieser Schulen hat nicht nur keine Probleme, sondern offensichtlich hat sie den Eindruck, dass die Unterrichtsversorgung gut und zufriedenstellend ist.

Ich bin auch gerne bereit, dem Chaos-Schöpfer in diesem Hause in Bezug auf die Schulsituation im Einzelfall im Sinne der Recherche und der Nachfrage hinterherzugehen, ob wirklich etwas daran wahr ist.

Dann schauen wir uns einmal an, wie das geschilderte Chaos in Wirklichkeit aussieht, zum Beispiel an dem Beispiel in Ludwigshafen, was Sie interessieren wird, wenn Presseberichte erscheinen, dass möglicherweise Probleme in der Unterrichtsversorgung bestehen. Kein Zweifel, es gibt an der einen oder anderen Schule Probleme, kein Zweifel aber auch, in den Artikeln steht sehr wohl, dass in den meisten Schulen aktiv gesagt wird, dass keine Probleme vorhanden sind. Die nackten Tatsachen sprechen auch ihre eigene Sprache.

(Mertes, SPD: Das ist immer so!)

In der Stadt Ludwigshafen waren 55 Stellen zu besetzen. An dem Stichtag, den ich durch eine telefonische Abfrage festgelegt habe, nachdem vorher entsprechende Artikel erschienen sind, also dem 21. August 2000, war von den 55 zu besetzenden Stellen eine Stelle an einer Hauptschule nicht besetzt. Alle anderen waren besetzt.

(Dr. Schiffmann, SPD: Hört! Hört!)

Weil man mir so oft vorwirft, dass ich mit Zahlenspielerien arbeite, werde ich nicht der Versuchung unterliegen, mehr Zahlen zu nennen, sondern die Sache mehr von dem Ergebnis her, das sichtbar ist, beleuchten, wie es mit der Unterrichtsversorgung aussieht.

Ich habe mir angeschaut, welche zusätzlichen - ich betone zusätzlichen - freiwilligen Arbeitsgemeinschaften in der Stadt Ludwigshafen bei den einzelnen Schulen angeboten werden. Es ist so, dass von den 23 Grundschulen 19 zusätzliche freiwillige Arbeitsgemeinschaften anbieten, von den Hauptschulen alle zusätzlichen freiwilligen Arbeitsgemeinschaften anbieten, und zwar acht freiwillige Arbeitsgemeinschaften im Durchschnitt pro Schule. Im Bereich der Realschule bieten alle Arbeitsgemeinschaften an. Im Durchschnitt 15 zusätzliche freiwillige Arbeitsgemeinschaften pro Schule. Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Bereich der Gymnasien werden von allen Gymnasien zusätzliche freiwillige Arbeitsgemeinschaften angeboten, und zwar sage und schreibe 15 pro Schule.

Ich habe ein anderes Schulverständnis als es möglicherweise bei einigen von Ihnen vorliegt. Wenn Sie es als Chaos bezeichnen, wenn Schulen die Möglichkeiten haben, noch solche große Zahlen von zusätzlichen attraktiven Angeboten zu machen, dann ist das für mich kein Chaos, sondern das Gegenteil.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Lassen Sie mich wenigstens drei Worte zu den Dreiviertelstellen und zu der Mär sagen, das wäre das zentrale Problem der Unbeständigkeit von Zusagen von Lehrerinnen und Lehrern am Beginn des Schuljahres. Ich weise zum Ersten darauf hin, dass wir in der gleichen Größenordnung, wie wir zusätzliche Stellen geschaffen haben, schon jetzt Verbeamtungen auf volle Stellen in dem entsprechend notwendigen Bereich vornehmen.

Zum Zweiten frage ich, wenn es so wäre, dass das der Hauptgrund für Abwanderungen ist, wieso hat dann das so gelobte Land Hessen offensichtlich noch größere Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen als wir, obwohl nur volle Stellen vergeben werden?

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das ein quantitativ relevanter Faktor - nicht im Einzelfall - wäre, dann frage ich, wieso gab es bei den schulscharfen Ausschreibungen, bei denen nur volle Beamtenstellen ausgeschrieben und vergeben wurden, genauso viele Absagen wie bei den anderen Stellen auch, nämlich in der Größenordnung von 50 %?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Letzten sage ich Folgendes: Wenn letzten Endes nur eine Größenordnung von 4 % der Absagen offensichtlich auf Rheinland-Pfälzer zu-

rückzuführen sind, die in andere Bundesländer gehen - so weit sich das recherchieren lässt -, dann kann das zwar im Einzelfall ein Grund sein, den man auch vermeiden muss, und sich bemühen muss, aber es kann kein Problem für die Wanderungsbewegungen im deutschen Schulsystem insgesamt sein, unter dem jedes Bundesland leidet.

Am Schluss mache ich noch einige Bemerkungen zu dem, mit dem Sie mich zitiert haben, zu dem, was ich gesagt habe, oder was möglicherweise wiedergegeben worden ist, was ich gesagt habe, Herr Lelle. Es ist richtig, dass ich einer Dame, die im Fernsehen aufgetreten ist, auf ihre Frage selbstverständlich eine Antwort gegeben habe, nämlich dass die Größenordnung eines strukturellen Unterrichtsdefizits - mit der Erklärung, was der Unterschied zwischen Soll und Ist ist, und dass die mit der eigentlichen Pflichtstundenzahl nichts zu tun hat - rein rechnerisch eine Zahl von tausend Stellen ist, wenn es eine Größenordnung von 33 000 Lehrern in Rheinland-Pfalz ist und davon 3 %. Das ist richtig. Ich habe auch an dieser Stelle schon öfter gesagt, das Schöne an der Verantwortung für Bildung ist, dass man nie genug Lehrerstellen und Lehrerinnenstellen haben kann. Mehr Stellen sind nie schädlich, sondern immer gut. Es ist nur die Frage, ob man sie verantwortungsvoll realisieren kann und was man im Vergleich zu anderen selbst tut. Was Sie im Vergleich zu anderen tun, habe ich gesagt.

Jetzt kommt der spannende Moment. Es ist richtig, dass ich dazu stehe, dass zu den 600 Stellen, die dieses Land zusätzlich geschaffen hat, für dieses Schuljahr weitere 1 000 Stellen einfach nicht machbar sind. Jeder, der meint, dass das machbar wäre, verbreitet eine Illusion, die uns letzten Endes die Augen vor der richtigen Problemlösung verschließt.

Herr Lelle, wenn es so ist, dann lassen Sie sich an Ihren eigenen Zahlen messen. Es ist richtig, dass Sie Haushaltsanträge gestellt haben. Meines Wissens haben Sie konkret 10 Millionen DM für zusätzliche Stellen eingestellt, das andere war in anderen Bereichen. Aber selbst wenn es 20 Millionen DM gewesen wären, weise ich Sie darauf hin, dass diese Landesregierung, nachdem sie die Chance gesehen hat, aufgrund der Finanzentwicklung und der Inanspruchnahme von Bildungsteilzeit 200 Stellen noch zusätzlich einzustellen, dies genutzt hat, auch über den Sachstand hinaus, indem sie ihre Haushaltsanträge gestellt hat. Das bedeutet, ich bedanke mich für Ihr damit gegebenes Kompliment an die Landesregierung, dass wir mehr gemacht haben, als die Opposition selbst in ihrem Haushaltsantrag gefordert hat.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist ein Faktum. Wir lösen unsere Probleme und verschweigen nicht, dass wir Probleme haben, die wir aber versuchen anzugehen. Wer sich in diesem Zusammenhang an ungelösten Problemen abarbeiten will, der mag dann, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, in das gelobte Nachbarland Hessen schauen. Ich zitiere die sicher unverdächtige „FAZ“ vom

6. September 2000: „Lehrer verzweifelt gesucht“. - „Besonders schwierig sei die Lage an den Haupt- und Realschulen, an den Sonderschulen und an den Berufsschulen. Nach Angaben des dortigen Staatssekretärs sind allein in Frankfurt noch 26 Stellen offen“. Wir haben im gesamten Land nicht so viel Probleme wie Hessen allein in Frankfurt.

(Zuruf von der CDU)

Ich sehe keinen Grund, zu lamentieren, obwohl ich die Probleme sehe. Wir sollten das Geleistete sehen. Unsere Schulen sind für das kommende Schuljahr gut gerüstet.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Josef Keller das Wort.

(Schweitzer, SPD: Jetzt gibt es Bloody Mary!)

Abg. Keller, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz auf das eingehen, was Herr Minister Zöllner zum Schluss gesagt hat. Er macht sich große Sorgen um das Nachbarland Hessen. Es wäre eigentlich sinnvoller, Sie würden sich um die Sorgen der rheinland-pfälzischen Eltern, Schüler und Lehrer kümmern, als dass Sie Hessen als Kronzeug für Ihre verfehlte Einstellungspolitik heranziehen.

(Beifall der CDU)

Das stimmt nämlich so nicht. Es gibt zwei Hauptgründe, warum in Hessen noch Lehrermangel herrscht. Zum einen haben sehr viele Lehrer das Angebot der Vorruhestandsregelung angenommen.

(Zuruf von der SPD)

Das ist durchaus verständlich. Denen hat die jahrzehntelange rotgrüne Schulpolitik die Kraft genommen, noch weiter zu unterrichten.

(Beifall der CDU -
Heiterkeit bei der SPD)

Zum Zweiten: Hier bestand eine große rotgrüne Erblast. Deswegen ist die rotgrüne Regierung auch abgewählt worden, weil sie eine verfehlte ideologische Bildungspolitik betrieben hat.

(Beifall der CDU -
Heiterkeit bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kurz nach Schuljahresbeginn wurde auf Antrag der CDU in diesem Hause über die chaotische Unterrichtssituation an den Schulen des Landes diskutiert. Unterrichtsausfall war und ist leider noch an der Tagesordnung. Das können Sie nicht wegdiskutieren. Es gibt Einzelfälle.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Es gibt viele Einzelfälle. In der Summe muss man feststellen, der Unterrichtsausfall hat sich wie ein Flächenbrand über unser Land gelegt.

(Beifall der CDU)

Schuld daran ist Ihre nach wie vor sture Haltung im Hinblick auf die Zusage von vollen Planstellen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Die F.D.P. hat sich jetzt endlich bewegt. Herr Minister, Sie haben eben darauf auch nur ausweichend geantwortet.

(Pörksen, SPD: Ludwigshafen!)

Altersstarrsinn kann es bei Ihrem Alter eigentlich nicht sein. Warum kapieren Sie es nicht? Die F.D.P. hat es jetzt auch kapiert, warum die Lehrer von Ihnen förmlich aus dem Land getrieben wurden, nicht nur nach Hessen, sondern nach Baden-Württemberg und ins Saarland.

(Beifall der CDU)

Das wird uns noch bitter aufstoßen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Uns werden in der Zukunft Lehrer fehlen, und es werden wichtige Fächerkombinationen fehlen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Grimm:

Herr Kollege, leider ---

Abg. Keller, CDU:

Ach, das ging aber schnell.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

„Leider“ war ehrlich gemeint.

(Mertes, SPD: Davon hätte man einfach gern mehr gehabt!)

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Brede-Hoffmann das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kellèr, nach Ihren einleitenden Worten habe ich mich gefragt: Wird man in Hessen schneller alt? - Bei uns sind die Lehrerinnen und Lehrer im selben Maß in den Vorruhestand gegangen. Wir finden das gut und richtig. Wie Sie sich entsinnen können, haben wir heftig darum gekämpft, die Vorruhestandsregelung auch für Teilzeitkräfte zu bekommen, damit diejenigen, die daran interessiert sind, auch daran partizipieren können. Das finde ich immer noch richtig.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Dass die Vorruhestandsregelung in Hessen mehr Probleme gemacht hat als in Rheinland-Pfalz, erschließt sich mir demographisch nicht - außer, in Hessen wird man schneller alt. Ich glaube, das ist doch nicht so.

Herr Lelle, Unterrichtsausfall war und ist an der Tagesordnung. Ja, es gibt noch immer in diesem Land Lehrerinnen und Lehrer, die leider Gottes krank werden oder aus anderen Gründen kurzfristig fehlen. Ja, dann gibt es auch Unterrichtsausfall. Ja, es gibt aber vor allen Dingen Schulen, Schulleiter und Lehrkräfte, die in voller Verantwortung den Kindern und Eltern gegenüber diesen Unterrichtsausfall verhindern, indem sie dann Vertretungsunterricht anbieten. Es gibt vor allen Dingen verantwortungsvolle Schulen, die durch ihre innere Organisation dann auch adäquat antworten können. Das ist die Ursache dafür, dass wir diese berühmten Einzelberichte von so wenigen Schulen hören.

(Schreiner, CDU: Dann gehen wir einmal an die Mainzer Schulen!)

Das ist die Ursache dafür, dass das, was Sie als Chaos an die Wand schreiben, ziemlich lächerlich ist, wenn man den realen Alltag in Rheinland-Pfalz betrachtet.

Ich komme auf die sture Haltung des Ministers zu sprechen, die Sie angekreidet haben. Herr Kollege, wenn Sie diejenigen, die im Moment auf Dreiviertelstellen im Land arbeiten, wofür wir dankbar sind, dass sie das tun, alle von jetzt auf gleich auf volle Stellen setzen würden, dann würden Sie und diejenigen, die das in der Form fordern und durchsetzen, die Verantwortung dafür tragen, dass es wieder Jahre gibt, in denen keine jungen Lehrkräfte neu eingestellt werden können.

(Beifall bei der SPD -

Schweitzer, SPD: So ist es!)

und die Verantwortung dafür tragen, dass wir auf der einen Seite junge, gut ausgebildete Hochschulabsolventen in der Liste der Arbeitslosen finden würden und auf der anderen

Seite in etwa 25 Jahren erneut das Lamento der Opposition hören müssten, es sei eine völlige Überalterung an unseren Schulen festzustellen.

(Lelle, CDU: Sie kapieren das wirklich nicht! -

Keller, CDU: Sie sind wirklich nicht lernfähig!)

Ich habe neulich die Aussage gehört: Unsere Kollegien verreisen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich habe mich dann fast geschämt, um mich herumzuschauen; denn wir sind alle in etwa in dieser Altersgruppe, wie sie in den Schulen besteht. Unsere Kollegien sind froh, dass wir jedes Jahr neue, junge, gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen in die Schulen kommen lassen. Wir werden uns weiter darum kümmern, dass das auch in den kommenden Jahren passieren kann.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Zöllner, Sie können sich wirklich erfreut zeigen, dass alle so sehr an dem rheinland-pfälzischen Bildungswesen und der Schulpolitik interessiert sind. Sie können eigentlich auch froh sein, dass Sie im Plenum eine Möglichkeit haben, Ihrem Koalitionspartner mitzuteilen, er soll nicht immer auf Ihre Kosten Wahlkampf machen, und zwar jetzt schon. So habe ich Ihren Appell schon verstanden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der richtete sich durchaus nicht nur an die Opposition, sondern was tut Herr Kuhn? Fortlaufend - alle Woche - jagt er ein kleines rheinland-pfälzisches bildungspolitisches Ferkel im Hof des Abgeordnetengebäudes herum. Herr Kuhn, wissen Sie, das können Sie probieren, aber wenn Sie glauben, damit aus der Verantwortung herauszukommen, dann haben Sie nicht mit dem genauen Blick der Wählerinnen und Wähler, der Elternschaft und der Lehrerinnen und Lehrer gerechnet.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Herr Zöllner, wenn Sie sagen, dass an den fast 1 700 Schulen die meisten keine Probleme haben, dann räumen Sie - das ha-

ben Sie auch heute wieder offenherzig getan - ein, dass doch einige bzw. mehrere ihre Probleme haben. Wir haben - das will ich noch einmal deutlich machen - nicht gesagt, die Schulen schaffen Chaos, sondern wir wollten klar benennen, wo die Ursache des Chaos liegt. Ich sage Ihnen das noch einmal. Sie liegt im Einstellungsbereich, in der ADD.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ADD hat ihre Nachteile, die sie aus der Verwaltungsreform mitschleppt, nicht überwinden können.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

Zum Teil sind das die Maßnahmen und Signale, die Sie aus dem Ministerium entsenden. Wenn man über Unterrichtssituation redet, reden wir nicht nur über Unterrichtsausfall - auch darüber -, sondern zum Beispiel auch über Stimmungen, die an den Schulen herrschen. Dann sperren Sie einmal die Ohren auf und hören in die Schule, was Ihre 5%-Prämien, die Sie angekündigt haben, dort im Moment an Tohuwabohu auslösen.

(Beifall des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kuhn, Sie haben damals, als Sie diesen Antrag mit eingebracht und verabschiedet haben, gefordert, dass es klare Kriterien dafür gibt, dass es Vorgaben gibt, wie diese Prämien oder Leistungsprämien zu verteilen sind. Im Moment rufen Sie jedes Mal einen anderen Zweck auf. Jetzt im Moment ist es das zusätzliche Engagement im Bereich der neuen Medien.

(Glocke des Präsidenten)

Damit verderben Sie das, was es an Atmosphäre und Stimmung sowie an Motivation in den Schulen gibt. Das müssen Sie sich anziehen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Jetzt sagen Sie einmal etwas zu Frau Thomas!)

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Ferkel sind sympathische Tiere. Insofern nehme ich Ihr Bild gern auf. Aber einmal ohne Scherz, Bildungspolitik ist wie je-

der Politikbereich ein Bereich, in dem sich Prozesse abspielen. Sie ist nicht statisch. Das weiß jeder, der sich damit beschäftigt. Was wir als F.D.P.-Fraktion tun, ist, in die Zukunft zu schauen und Perspektiven aus unserer Sicht aufzuzeigen. Das hat nicht das Geringste mit einer negativen Beurteilung der Bildungspolitik zu tun, die wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion und der Landesregierung tragen und auf die wir auch stolz sind. Das muss man an dieser Stelle auch emotional sagen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der emotionale Herr Kuhn!

Sie schäumen über! -

Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nicht so laut!)

Wir können uns mit dieser Bildungs- und Schulpolitik nicht nur sehen lassen, sondern wir haben unter den Voraussetzungen, die wir vorfinden, wirklich Exzellentes geleistet. Das nimmt uns niemand. Wie wir als F.D.P.-Fraktion eigene Perspektiven eröffnen, was zum Beispiel Fächerkombinationen anbelangt - wir haben einige Bereiche genannt -, ist zukunftsorientiert. Darüber wird man sich auch unterhalten können. Aber es hat nichts damit zu tun, dass die Bildungspolitik in diesem Land von ihren Grundsätzen her auch nur im Geringsten von unserer Seite infrage gestellt wird. Das Gegenteil ist richtig.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

**...tes Rechtsbereinigungsgesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6061 -
Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
- Drucksache 13/6199 -**

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Rüdell, das Wort.

Abg. Rüdell, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags hat sich der Rechtsausschuss in seiner gestrigen Sitzung mit dem Rechtsbereini-

gungsgesetz - Drucksache 13/6061 - befasst. Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Berg das Wort.

Abg. Berg, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum wiederholten Mal unterhalten wir uns heute im rheinland-pfälzischen Landtag über ein Rechtsbereinigungsgesetz der sozialliberalen Regierung. Zum wiederholten Mal glaubt diese Landesregierung, sie könne sich als Bürokratiebekämpfer, als Feind der Reglementierung und als Verwaltungserneuerer feiern lassen. Aber zum wiederholten Mal sind wir leider gezwungen, Ihnen zu sagen, dass dazu nicht im Entferntesten Anlass besteht.

Das Thema „Rechtsbereinigung“ steht zwar als Schwerpunkt in der Koalitionsvereinbarung, angesichts dieses Gesetzentwurfs gewinnt man jedoch einmal mehr den Eindruck, dass man sich ziemlich lustlos einer lästigen Pflichtaufgabe entledigen will. Das, was hier vorliegt, ist wirklich dürftig, oder glaubt etwa irgendjemand hier im Raum, es interessiert noch, dass die Anordnungen der Landesregierung Rheinland-Pfalz über Änderungen ihrer Geschäftsverteilung 1979 bis 1980 - das sind sage und schreibe 15 Stück - aufgehoben werden. Auch das Ende der Landesverordnung zur Bekämpfung der Fichten- und Kieferborkenkäfer aus dem Jahr 1960 interessiert nicht einmal mehr die betroffenen Krabbeltiere.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie sich demgegenüber die Tagesordnung dieser Sitzungswoche anschauen, werden Sie feststellen, dass die Gesetzesmaschinerie im Land Rheinland-Pfalz unverdrossen auf Hochtouren läuft. Fünf neue Landesgesetze und fünf Änderungsgesetze stehen allein heute und morgen auf der Tagesordnung.

Ich denke, da fragt man sich doch zwangsläufig, wo findet gleichzeitig ein entsprechender Gesetzesabbau im Land statt, wo bleiben die hehren Vorsätze, man wolle weniger Gesetze, weniger Reglementierung, wenn im Saldo nach wie vor die Gesetzesflut ungebrochen das Land überschwemmt, also nach wie vor wesentlich mehr Gesetze produziert als abgeschafft werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Entbürokratisierung, Gesetzesabbau, Deregulierung, diese Begriffe kommen bei dieser Landesregierung leider nach wie vor nur in Sonntagsreden vor. Der Alltag sieht demgegenüber völlig anders aus. Es wird nur entrümpelt, was sowieso niemand mehr angewandt hat, was sich überlebt hat, was dem Zug der Zeit zum Opfer gefallen ist.

Sehr geehrter Herr Justizminister, Ihre Äußerung in der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses war schon überraschend, da Sie die Auffassung vertreten haben, Rechtsbereinigung könne sich darauf beschränken, nur die Gesetze abzuschaffen, die nicht mehr angewandt würden. Vielleicht wollen Sie sich gleich korrigieren; denn wir sind jedenfalls völlig anderer Auffassung. Rechtsbereinigung muss viel weitergehen.

(Pörksen, SPD: Wo sind die Vorschläge?)

Nicht alle Gesetze, die angewandt werden, werden auch gebraucht. Wo sonst, wenn nicht hier, soll ein systematischer Gesetzesabbau und eine umfassende Deregulierung stattfinden? - Wir meinen, hier fehlt es offenbar an dem notwendigen Druck und der notwendigen Überzeugungskraft in die Fachressorts hinein.

Sehr geehrter Herr Minister, das, was Sie heute vorlegen, ist einfach zu dünn. Der Gesetzentwurf hat ein paar Seiten. Wir meinen, er müsste hundert Seiten, 200 Seiten stark sein, um dem Anspruch einer wirklichen und spürbaren Rechtsbereinigung zu genügen.

(Pörksen, SPD: Wo sind Ihre Vorschläge?
Kein einziger Vorschlag, nur Fragen!)

Rechtsbereinigung ist gemäß der Verfassung vornehmlich Aufgabe der Landesregierung, die ihre Aufgaben nicht gemacht hat. Sie haben wieder einmal eine große Chance in Rheinland-Pfalz verpasst. Zum Beispiel die Verwaltungsreform: Dort wurde etwas durchgezogen, das Verwaltungsreform genannt wurde. Es wurde verpasst, was Verwaltungsreform eigentlich hätte leisten müssen. Gegen den Rat der Fachleute und gegen den Rat der Mitarbeiter wurde etwas in den Sand gesetzt. Was wollte man mit dieser Reform alles erreichen. Was haben Sie alles versprochen. Es sollte für den Bürger einfacher werden. Es sollte für den Staat preiswerter werden. Die Mitarbeiter sollten zufriedener werden. Die kommunale Selbstverwaltung wollten Sie stärken.

(Pörksen, SPD: Thema verfehlt!)

Was wurde tatsächlich erreicht? - Die Wege wurden weiter.

(Stretz, SPD: Was hat das mit Rechtsbereinigung zu tun?)

Vieles wurde teurer. Die Bürger schütteln nur noch den Kopf, von den Mitarbeitern gar nicht zu reden. Statt kommunale Selbstverwaltung zu stärken, wurden Entscheidungsebenen in Mainz konzentriert.

Wir denken, es wurde eine große Chance verpasst, wirklichen Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung durchzuführen, um in der Folge auch Rechtsbereinigung machen zu können.

(Glocke des Präsidenten)

Das wurde leichtfertig vertan.

Herr Staatsminister, was wir von Ihnen verlangen, ist, dass Sie nicht nur die Pflicht tun, sondern wir verlangen von Ihnen, dass auch einmal die Kür gemacht wird. Also wenn Sie noch einmal Gelegenheit erhalten sollten, vor dieses Haus zu treten, um uns ein Rechtsbereinigungsgesetz zur Entscheidung vorzulegen, dann nutzen Sie die Chance und kommen Sie mit einem dicken Paket echter Verwaltungsvereinfachung und echtem Gesetzesabbau.

(Stretz, SPD: Ganz bestimmt! -
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Dann werden wir als CDU-Fraktion wesentlich freudiger bereit sein, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Stretz das Wort.

Abg. Stretz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Berg, ich habe das Gefühl, Sie haben im letzten Teil Ihrer Rede ein falsches Manuskript gegriffen, ansonsten macht es keinen Sinn, wenn Sie jetzt so eine Reise durch Situationen möglicher gesetzlicher Regelungen der Landesregierung machen.

Ich weiß nicht, wollten Sie haben, dass wir in dem Rechtsbereinigungsgesetz das alles wieder aufheben? Was war denn eigentlich Ihre Vorstellung, warum Sie diese Ausführungen gemacht haben?

Bis gestern war ich der Auffassung - mit mir viele andere im Rechtsausschuss -, dass man das Rechtsbereinigungsgesetz, das heute zur Abstimmung steht, ohne große Anmerkungen

und in einer großen Einmütigkeit hier verabschieden können wird. Die Ausführungen des Kollegen Berg gestern im Rechtsausschuss und heute wieder erfordern aber Klarstellungen.

Herr Kollege, Rechtsbereinigung ist eine Daueraufgabe. Man muss keine Highlights setzen, sondern es geht darum, zu durchforsten, wie hat sich die allgemeine Landschaft verändert, was ist davon entbehrlich, was muss man verändern, was ist vom Inhalt her vielleicht so nicht mehr haltbar.

Die Rechtsbereinigung ist eine Daueraufgabe. Sie bringt durch die ständige Überprüfung des vorhandenen Rechtsbestands auf seine Notwendigkeit, Anpassungsbedürftigkeit oder weitere Geltung einen unverzichtbaren Beitrag zur Klarheit und Überschaubarkeit der geltenden Rechtsvorschriften.

Herr Kollege, Rechtsbereinigung ist auch beileibe keine Erfindung der letzten zehn Jahre. Bei uns in Rheinland-Pfalz wurde mit der Rechtsbereinigung bereits in den fünfziger Jahren begonnen. Die bis zum Jahr 1983 vorübergehend auf mehr als 1 500 angestiegene Zahl der Landesgesetze und Landesverordnungen wurde durch Bereinigungsgesetze auf weniger als 1 200 Rechtsvorschriften verringert.

Mit dem heute zu verabschiedenden Rechtsbereinigungsgesetz werden 13 Gesetze, davon drei zum Teil, 25 Rechtsverordnungen, davon eine zum Teil, und 15 Anordnungen aufgehoben. Zur Rechtsvereinfachung und Rechtsanpassung im Bereich der Justiz werden drei Gesetze neu erlassen und zwei Gesetze geändert. Insgesamt wird durch das Neunte Rechtsbereinigungsgesetz sowie eine Reihe von Regelungen mit rechtsbereinigender Wirkung in Einzelbereichen - ich nenne das Disziplinarrecht, das Forstrecht, das Fleisch- und Hygienerecht und im Sozialhilferecht - die Zahl unserer Rechtsvorschriften im Land auf nur noch wenig mehr als 1 100 verringert, von 1 500 auf 1 100. Ich denke, diese Zahl kann sich sehen lassen.

(Beifall des Abg. Pörksen, SPD)

Herr Kollege, wenn Sie monieren, Sie hätten sich noch mehr versprochen - Sie haben das gestern erwähnt, und Sie haben es jetzt wiederholt -, dann wäre es Ihnen, aber auch Ihrer Fraktion unbenommen geblieben, Vorschläge zu unterbreiten.

Wissen Sie, das ist die Geschichte vom Bömmel in der Feuerzangenbowle: Da nehmen wir eine Dampfmaschine, und da stellen wir uns einmal ganz dumm und warten ab, was dabei herauskommt. - Nein. Sie müssen schon sagen, was Sie sich vorstellen. Wenn Sie sagen, das ist uns zu wenig, dann bleibt es Ihnen völlig unbenommen, dass Sie uns Vorschläge unterbreiten. Über diese reden wir dann auch.

Herr Kollege, lassen Sie mich abschließend sagen, es gilt wieder einmal: Der Berg hat wieder einmal gekreißt, aber er hat leider noch nicht einmal eine Maus geboren.

Wir werden diesem Gesetz auf alle Fälle zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Grützmaker das Wort.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Bei diesem Gesetzentwurf geht es faktisch um Rechtsbereinigung. Ich finde es aber immer interessant, dass in einem solchen Rechtsbereinigungsgesetz auch immer ein Kapitel Rechtsgeschichte des Landes dokumentiert wird, zum Beispiel wenn man sich die Nummer 31 in Artikel 1 - Landesverordnung über die Durchführung des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin - ansieht. Das ist, wie es schon „the honorable Missis Smith“ gesagt hat, nun alles Geschichte.

Aber es gibt auch Dinge wie die Nummer 32 - Landesverordnung über die Bildung eines „Sondervermögens für Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ vom 22. Dezember 1951 -. Dieser Bereich ist nicht abgeschlossen. Diese Aufgaben sind noch nicht erfüllt. So wurde auch am 2. August 2000 auf Bundesebene das Gesetz zur Errichtung einer „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ beschlossen, womit auch ein Bekenntnis zur politischen und moralischen Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus abgelegt wurde.

Meine Damen und Herren, für den Teil der Regelungen, die ihren Anwendungsbereich verloren haben - Herr Berg meint, es wären vielleicht viel zu wenig - oder deren Bedeutung in der Praxis seit längerer Zeit erloschen ist, ist die Aufhebung unproblematisch. Ob es mehr oder weniger geben kann, darüber kann man sich streiten. Aber Vorschläge wären sicher auch von der CDU angebracht, wenn sie dieser Meinung ist.

Aber es sollen noch weitere Sachen gemacht werden. Herr Stretz hat gerade darauf hingewiesen. Es sollen zur Rechtsvereinfachung und zur Rechtsanpassung im Bereich der Justiz drei Gesetze neu erlassen und zwei Gesetze geändert werden. Das habe ich auch im Ausschuss schon angesprochen.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Wir finden es rechtspolitisch bedenklich, dass unter dem Titel „Rechtsbereinigung“ so etwas läuft. Das habe ich schon mo-

niert; denn unserer Meinung nach muss eine Trennlinie aufrechterhalten bleiben zwischen den Rechtsbereinigungsvorschriften und zwischen solchen, bei denen Dinge zusammengefasst werden, die in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen früher enthalten waren, was wir prinzipiell für richtig finden. Also inhaltlich gibt es daran nichts zu meckern. Aber unserer Meinung nach sollte dies dann, wenn es zu neuen Gesetzen kommt, klar und deutlich in einem eigenen Gesetz stehen und nicht in diesem großen Wust von Rechtsbereinigungsvorschriften untergehen. Das dient der Klarheit und der Überschaubarkeit des Rechts.

Meine Damen und Herren, deshalb sind wir der Meinung, die Anpassung von Gesetzen an die Anforderungen von Gegenwart und Zukunft sollte grundsätzlich durch Gesetzesnovellierung vollzogen werden.

Das halten wir besonders bezüglich des Artikels 5 - Landesgesetz über den Sozialdienst der Justiz - für wichtig. Dabei geht es nämlich um die Bewährungshilfe, die Bewährungshilfe bei den Landgerichten, die Gerichtshilfe bei den Staatsanwaltschaften und die Führungsaufsicht in den Landgerichten. Gerade diese Dinge sind in den letzten Monaten im Bereich der Justiz immer wieder sehr stark in den Vordergrund gerückt worden. Es wäre sicherlich vernünftig gewesen, wenn nicht nur juristische und organisatorische Aspekte, sondern auch sozialpolitische Aspekte in diesem Gesetzentwurf berücksichtigt worden wären. Hinsichtlich dieses Gesetzentwurfs hätten wir uns mehr Diskussionen über das meiner Meinung nach aktuelle Thema gewünscht.

Sei es wie es sei: Wir unterstützen diesen Gesetzentwurf inhaltlich, auch wenn wir gern von sozialpolitischer Seite und von Trägern die Meinung dazu gehört hätten.

(Pörksen, SPD: Anhörung?)

In den entsprechenden Ausschüssen werden wir das nachfragen müssen, aber insgesamt stimmen wir dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Rechtsvereinfachung und die Rechtsvereinheitlichung - darauf wurde bereits hingewiesen - ist eine wichtige Aufgabe einer gesetzgebenden Gewalt. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns auch in dieser Legislaturperiode erneut wie bereits in den letzten Legislaturperioden dazu aufraffen, Gesetze und Verordnungen, die seit vielen Jahren nicht mehr die Bedeutung haben,

die sie ursprünglich hatten, aufzuheben und aus der Welt zu schaffen. Es muss auch Aufgabe eines Gesetzgebers sein, diesen Mut aufzubringen. Diesen Mut bringen wir auf.

Über die Bedeutung der einzelnen Regelungen kann trefflich gestritten werden. Es kann darüber gestritten werden, ob das der große Wurf ist oder nicht. Die gesetzlichen Regelungen und Verordnungen sind aber nun einmal in der Welt und müssen auch wieder aus der Welt. Deshalb nehmen wir eine Einzelfallprüfung vor und wenden keine Rasenmähermethode an. Es wird in jedem Einzelfall geprüft, was unerheblich ist und was aufgehoben werden kann.

Herr Berg, wenn Sie sagen, das sei alles viel zu wenig und gehe nicht weit genug, müssen Sie sich die Kritik gefallen lassen: Was wollen Sie denn mehr? In welchen Bereichen wollen Sie mehr? - Ich erinnere mich an viele Vorstöße der CDU-Fraktion, die genau das Gegenteil gefordert hat, nämlich zusätzliche und nicht weniger Gesetze.

(Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

Wollen Sie vielleicht im Polizeigesetz verschiedene Aufgaben streichen? Wollen Sie bei verschiedenen Verwaltungszuständigkeiten Änderungen vornehmen? - Dann sagen Sie das doch! Heute haben Sie Gelegenheit gehabt, sich konkret zu äußern. Sie haben sich aber herausgeredet und behauptet, das sei Aufgabe der Regierung. Als Opposition sind Sie doch sonst nicht so zurückhaltend und überlassen alles der Regierung! Das ist eine wirklich schlechte Ausrede. Ihnen müsste schon etwas Besseres einfallen.

(Pörksen, SPD: Dem fällt dazu doch nichts ein!)

Frau Grützmacher, Sie haben behauptet, dass durch diese Rechtsvereinheitlichung neue Gesetze geschaffen würden. Bei aller Hochachtung vor diesen beiden Gesetzen, die neu geschaffen werden, aber sehr umfangreich sind sie nicht. Sie greifen auch nicht in irgendeiner Form in die Zuständigkeiten ein. Es sind Vereinheitlichungen von Regelungen in einem Gesetz, die sich bisher an verschiedenen Stellen befunden haben.

Gerade ein Rechtsbereinigungsgesetz bietet den Rahmen, um so etwas zu machen. Es wird nichts irgendwo nach dem Motto versteckt: Wir versenken jetzt irgendwo ein „U-Boot“, damit es keiner merkt. - Es ist gerade die Aufgabe einer Rechtsvereinheitlichung und einer Rechtsvereinfachung, diese Aspekte in einem solchen Gesetz zusammenzuführen. Deshalb sehe ich dieses Verfahren nicht als falsch an, sondern es ist genau das richtige Verfahren.

Diese Rechtsvereinheitlichung und Rechtsbereinigung werden wir fortsetzen. Natürlich werden wir uns auch überlegen, in welchen Bereichen Kompetenzveränderungen usw. erfolgen können.

Dazu reicht es aber seitens der Opposition nicht aus, nur zu kritisieren, wenn ihr das nicht passt. Es können durchaus Vorschläge unterbreitet werden. Die Koalitionsfraktionen sind die Letzten, die darüber nicht diskutieren wollen. Es ist aber nicht richtig, nur diese pauschale Kritik vorzubringen.

Herr Berg, Sie haben den Gesetzentwurf in der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses nicht abgelehnt, sondern Sie haben ihm zugestimmt. Nach ihrer heute vorgetragenen Rede hätte man zwar anderer Meinung sein können, aber es ist umso erfreulicher, dass ein Konsens mit allen Fraktionen besteht, diese Rechtsbereinigung vorzunehmen.

Vielleicht wird es künftig, wie es Frau Grützmacher angesprochen hat, wieder so sein, dass es irgendwann wie in der Vergangenheit wieder Gesetze mit Verfallsdatum gibt. Das gab es bereits vor vielen Jahrzehnten und Jahrhunderten. Dazu bedarf es aber weiterer intensiver Diskussionen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Justizminister Mertin das Wort.

Mertin, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das erste Rechtsbereinigungsgesetz gab es in Rheinland-Pfalz im Jahr 1961. Im Jahr 1983 gab es - wie bereits dargestellt - über 1 500 Vorschriften. Die Zahl der heute geltenden Vorschriften beläuft sich auf etwa 1 500. Insofern ist die Daueraufgabe der Rechtsbereinigung meiner Meinung nach in Rheinland-Pfalz bisher recht gut gelöst worden.

Herr Kollege Berg, wenn Sie mir Vorschläge unterbreiten, bin ich gern bereit, diesen nachzugehen. Diesem Gesetzentwurf liegt eine sehr umfangreiche Arbeit der Verwaltung zugrunde. Es wurden nämlich alle Vorschriften, die zwischen 1947 und 1970 erlassen wurden, auf den Prüfstand gestellt. Das Ergebnis ist das Folgende: Die Vorschriften, die wir jetzt zur Aufhebung vorschlagen, können aufgehoben werden, weil sie nicht mehr benötigt werden.

Ein Rechtsstaat, wie wir ihn in der Bundesrepublik Deutschland kennen, kommt nicht völlig ohne Gesetze aus. Auch in Bereichen, die nur sehr wenige oder kleine Teile der Bevölkerung berühren, bedarf die Verwaltung gelegentlich einer gesetzlichen Ermächtigung, wenn sie tätig werden will.

Wenn wir bei der Überprüfung zu dem Ergebnis kommen, dass solche früher geschaffenen gesetzlichen Ermächtigungen notwendig sind, weil sie im alltäglichen Verwaltungshandeln noch benötigt werden, sind wir selbstverständlich nicht in der Lage, sie zur Aufgabe bzw. zur Aufhebung vorzuschla-

gen. Wenn Sie mir Vorschläge unterbreiten, nehme ich diese gern entgegen und bin bereit, sie auch künftig zu prüfen. Bisher haben Sie mir aber keinen Vorschlag unterbreitet. Sie haben nur kritisiert, dass zu wenige Vorschriften aufgehoben werden.

In einem Rechtsstaat bedarf es aber eines gewissen Mindeststandards an gesetzlicher Regelung; denn bei uns bedarf die Verwaltung, wenn sie insbesondere Eingriffsverwaltung durchführen will, einer gesetzlichen Grundlage. Alle Gesetze und Vorschriften, die vor 1970 erlassen worden sind, sind überprüft worden. In den Bereichen, in denen noch die Berechtigung für die Schaffung dieser Normen vorhanden ist, können wir sie aber nicht aufheben.

Frau Kollegin Grützmacher, weshalb wir nicht in diesem Gesetz etwas, wie Sie es auch nennen, völlig Unproblematisches mitregeln sollen, kann ich nicht nachvollziehen. Es bedeutet ein Stück Bürokratieersparnis, wenn wir dies auf einen Schlag machen. Weshalb wir dafür ein separates zusätzliches Gesetzgebungsverfahren, was alle nur mit zusätzlicher Arbeit belastet, benötigen, kann ich nicht nachvollziehen. Wenn es unproblematisch ist, diese Rechtsbereinigung in der Weise durchzuführen, dass etwas, was bisher in unterschiedlichen Gesetzen geregelt war, in einem Gesetz zusammengefasst wird, bin ich der Meinung, dass es auch unproblematisch ist, das durchzuführen.

Auch die künftigen Landesregierungen werden sorgfältig im Wege der Rechtsbereinigung prüfen, welche Vorschriften in der Zwischenzeit durch Zeitablauf ihren Sinn verloren haben und auch künftig entsprechende Vorschläge unterbreiten. Diese Vorschriften, die wir zur Aufhebung vorschlagen, haben ihren Sinn verloren und bedürfen deshalb der Aufhebung.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6061 -. Der Rechtsausschuss hat die Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6061 - zustimmen möchte, den bitte um das Handzeichen! - Danke schön. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6061 - einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6061 - zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! - Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6061 - ist damit einstimmig angenommen.

Ich rufe nun Punkt 5 der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Ausführungs-
gesetzes zum Flurbereinigungsgesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6039 -
Zweite Beratung

dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Landwirtschaft und Weinbau
- Drucksache 13/6200 -

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Augustin, das Wort.

Abg. Augustin, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 16. August 2000 ist der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau - federführend - und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau hat den Gesetzentwurf in seiner 31. Sitzung am 24. August 2000 und der Rechtsausschuss in seiner 44. Sitzung am 12. September 2000 beraten.

Der Ausschuss empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfs.

(Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile der Abgeordneten Frau Schneider das Wort.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungsgesetz zustimmen, da sich die vorgeschlagene Regelung nach Auffassung der CDU mit Sicherheit in der Praxis bewähren wird, weil nun künftig die Praktiker aus der Landwirtschaft auch den Vorsitz bei der Spruchstelle übernehmen können, ohne dass sie zwingend die Befähigung zum Richteramt haben müssen. Wir erwarten, dass sich die Regelung bewährt und hoffen, dass die Spruchstelle nicht allzu viel zu tun bekommt und das Bodenordnungsverfahren in Rheinland-Pfalz weiter eine hohe Akzeptanz genießt.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Jahns das Wort.

Abg. Frau Jahns, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf regelt eine Änderung gegenüber dem bisherigen Gesetz, nämlich dass der Vorsitzende oder die Vorsitzende der Spruchstelle nicht mehr die Befähigung zum Richteramt haben muss. Allerdings muss sichergestellt sein, dass trotzdem in der Spruchstelle juristischer Sachverstand vorhanden ist, indem der Stellvertreter oder die Stellvertreterin diese Befähigung haben muss.

Es ist richtig, dass wir inzwischen in Führungspositionen in der Landeskulturverwaltung nicht mehr, wie das früher regelmäßig der Fall war, überwiegend Juristen haben, sondern inzwischen sind dort Geodäten, Bauingenieure und auch Diplomlandwirte tätig. Auch diese Personen können dann als Vorsitzende infrage kommen.

Der Vorsitzende oder die Vorsitzende der Spruchstelle muss die Befähigung haben, mit Menschen umzugehen und im Streit zu vermitteln; denn die Spruchstelle wird tätig, wenn Planbeschwerden oder Schätzungsbeschwerden außergerichtlich verhandelt werden müssen. Bisher war die Spruchstelle dabei sehr erfolgreich. Immerhin 90 % aller Einsprüche wurden außergerichtlich geregelt. Das ist eine gute Sache, und so soll es auch weitergehen.

Wir hoffen auch, dass die entsprechende Persönlichkeit dann leichter gefunden werden kann; denn es liegt im Interesse unserer Landwirtschaft, dass Bodenordnungsverfahren möglichst schnell durchgeführt werden können und dass sie nicht verzögert werden, damit unseren Betrieben der Wettbewerbsvorteil, der sich nach einer solchen Maßnahme ergibt, möglichst schnell zuteil wird.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf selbstverständlich zu.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es besteht große Einigkeit über die vorgelegte Änderung. Ich bin nicht immer in allem einer Meinung mit Frau Kollegin Jahns, aber in dem Fall kann ich fast all das, was sie gesagt hat, doppelt unterstreichen. Auch wir werden diesem Gesetzentwurf zustimmen.

men, weil wir sehen, dass es nicht zwingend notwendig ist, dass der Vorsitzende und der Stellvertreter die Befähigung zum Richteramt haben müssen.

Gestatten Sie mir aber eine kleine Anmerkung: Ich habe das Vergnügen, mich zum weiblichen Geschlecht zählen zu dürfen. Von den Änderungen in den Gesetzestexten fühle ich mich nie angesprochen. Ich weiß nicht, wie es den anderen Kolleginnen im Hause geht. Ich richte den Appell an die Landesregierung, die Sprache der Gesetzestexte vielleicht einmal etwas zu modernisieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das ist im Übrigen gesetzlich vorgeschrieben!)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Augustin das Wort.

Abg. Augustin, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie können sich vorstellen, dass ich mich als Praktiker darüber freue, dass nach dem vorliegenden Gesetzentwurf die Ehrenamtlichkeit mehr zum Zuge kommt und in der Sache fachbezogen beraten wird.

Gehen wir aber einmal zurück: Das Gesetz zur Spruchstelle, das in den 50er-Jahren geschaffen wurde, beruhte auf einer weisen Entscheidung. Frau Jahns, Sie haben erwähnt, es müsse schneller gehandelt werden, um wirtschaftlichere Flächen zu erhalten. Die Politiker der damaligen Zeit waren vorausschauend, da in Rheinland-Pfalz diese Verfahren sehr schnell abgewickelt werden konnten. Mir ist bekannt, dass mehr als 90 % der Fälle in der Spruchstelle abgehandelt wurden und die Landbesitzer zufrieden waren.

Der vorliegende Gesetzentwurf, wonach mehr Ehrenamtlichkeit möglich ist, also Nichtrichterlichkeit, und damit mehr Praxisbezug hergestellt werden kann, ist ein Erfolg. Mit dieser Maßnahme ist es meiner Meinung nach möglich, noch schnellere Entscheidungen treffen zu können und noch mehr Praxisbezug in die Entscheidungen einfließen zu lassen, wodurch größere Einigkeit in den Flurbereinigungsverfahren im Rahmen der Bodenordnung entsteht.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Staatssekretär Eymael das Wort.

Eymael, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von jedem. Keine Angst, ich werde nicht all das, was schon gesagt worden ist, wiederholen; denn es stimmt alles überein. Insofern bedanke ich mich bei den Fraktionen sehr herzlich. Das gilt auch für die zügige Beratung. Wir haben jetzt mehr Flexibilität in den Spruchstellen. Wenn das Gesetz verabschiedet ist, haben wir ein zeitgemäßes und dem Strukturwandel sowie der Verwaltungsreform in der Kulturverwaltung angepasstes Gesetz.

Insofern herzlichen Dank.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf in zweiter Beratung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6039 - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Das ist einstimmig.

Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! - Das ist ebenfalls einstimmig. Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist damit angenommen.

Ich rufe nun Punkt 6 der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6062 -
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung
- Drucksache 13/6201 -

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Guido Dahm, das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 16. August 2000, nachzulesen im Plenarprotokoll 13/113, Seite 8534, ist der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung - federführend - und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung hat den Gesetzentwurf in seiner 38. Sitzung am 31. August 2000 und der Rechtsausschuss in seiner 44. Sitzung am 12. September 2000 beraten.

Die Ausschüsse empfehlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Danke schön.

(Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lelle das Wort.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Problembeschreibung des Gesetzentwurfs ist der Hinweis enthalten, dass sich regionale Elternvertretungen an der Organisationsstruktur der Schulaufsichtsbehörde vor der Neuordnung - sprich vor der Abschaffung - der Bezirksregierungen orientieren.

(Vizepräsident Schuler übernimmt
den Vorsitz)

Mit der Abschaffung der Bezirksregierung sind, wie wir wissen, auch die Bezirkseleternbeiräte obsolet geworden. Nun dämmert der Landesregierung, dass damit die Elternarbeit und Elternmitwirkung nachhaltig gestört bzw. abgebaut wurde.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Diese Erkenntnis der Landesregierung, dass weiterhin ein elementares Bedürfnis besteht, die Elternarbeit und Elternmitwirkung durch regionale Gremien zu stärken und zu fördern, kommt meiner Meinung nach reichlich spät.

Die CDU-Fraktion hat in den vergangenen Monaten immer wieder darauf hingewiesen: Für uns war diese Verwaltungsreform nicht durchdacht. - Sie war kontraproduktiv. Noch nicht umgesetzt, geschweige denn im reibungslosen Ablauf, müssen Sie heute schon die erste Korrektur vornehmen.

Herr Minister, wenige Monate vor der Wahl habe ich den Verdacht, dass dies natürlich etwas mit dem Wahlgang zu tun hat; denn die Negativwirkung Ihrer Verwaltungsreform wollen Sie offensichtlich jedenfalls in Teilen einkassieren. Mit den drei Regionalelternbeiräten unternehmen Sie meiner Meinung nach den untauglichen Versuch, dies zu tun. Mit „untauglich“ meine ich nicht die Einrichtung, die Installation, sondern die beabsichtigte Kompetenzzuweisung. Die

Installation dieser Regionalelternbeiräte wird von uns bejaht. Das sage ich in aller Deutlichkeit. Ihre Kompetenz ist allerdings lächerlich und mit der bisherigen Kompetenz der alten Bezirkseleternbeiräte nicht vergleichbar.

Mit einer gewissen Ironie will ich allerdings feststellen, dass die Installation einen Bruch Ihrer Verwaltungsreform darstellt. Aus nachvollziehbaren, vielleicht auch wahltaktischen Gründen durchbrechen Sie damit das selbst gestellte Prinzip und kehren zu alten Strukturen zurück. Allerdings fehlt diesen Regionalbeiräten zukünftig ein entsprechender Ansprechpartner auf staatlicher Seite. Das ist ein Riesennachteil. Entsprechend werden Sie sich in der Aufgabenzuweisung.

Im Entwurf heißt es: „Zentrale Aufgabe ist es, zu beraten, zu unterstützen oder die Kooperation zwischen den Schulelternbeiräten und dem Landeseleternbeirat zu unterstützen.“ Was heißt das konkret? Wo gibt es originäre Aufgaben und Mitspracherechte dieses Gremiums?

Meine Damen und Herren, es gibt keine Mitsprache- und keine Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der Schulverwaltung. Herr Zöllner, damit definieren Sie allerdings Elternmitsprache und Elternmitwirkung neu. Das ist meiner Meinung nach völlig unbefriedigend. Sie müssen sich fragen lassen, warum Sie andere Maßstäbe bzw. Unzulänglichkeiten in dieser ersten Novelle nicht aufgenommen haben. Dazu hätten Sie auch die Chance gehabt.

Wir haben im Ausschuss darüber gesprochen. Ich habe dort das Beispiel mit den Schulleitern an ehemaligen verbundenen Grund- und Hauptschulen angesprochen. Hier besteht offensichtlich Handlungs- und Regelungsbedarf. Die Leute vor Ort fühlen sich von der derzeitigen Regelung nicht gerade begünstigt. Viele fühlen sich sogar verschaukelt.

Herr Zöllner, Sie wissen, dass hier in Bezug auf die Zuständigkeit, die rechtliche Stellung, aber auch die Anrechnung der Grundschüler bei den Beförderungen, was in Teilen nicht geschieht, einiges zu regeln wäre.

Sie haben die Chance vergeben, bei einer Novelle auch diese Dinge mit einzubringen. Es wäre notwendig und möglich gewesen, es sei denn, Sie wollen einen anderen Weg gehen, nämlich zukünftig eine Trennung dieser ehemals verbundenen Grund- und Hauptschulen vorzunehmen. Ob das billiger und effektiver ist, wage ich zu bezweifeln. Deshalb sollten Sie diesen Missstand schleunigst angehen und auf die Reihe bringen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Kollegin Frau Baumann das Wort.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bezirkselternbeirat vertritt die Eltern der Schüler des Regierungsbezirks gegenüber den Schulen, der Schulverwaltung und der Öffentlichkeit. So steht es im geltenden Schulgesetz.

Der Anlass, das Schulgesetz zu ändern, ist offensichtlich; denn es gibt keine Bezirksregierungen und damit auch keine Regierungsbezirke mehr. Trotzdem soll es weiterhin - ich sage mit Recht - eine regionale Elternvertretung geben.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Für den Schulelternbeirat vor Ort steht die eigene Schule im Mittelpunkt. Der Landeselternbeirat vertritt die Eltern der Schüler des Landes in grundsätzlichen schulischen Fragen. Die Regionalelternbeiräte sollen - ich halte dies für einen richtigen Schritt - künftig verstärkt eine Brückenfunktion zwischen Schulelternbeiräten und dem Landeselternbeirat einnehmen.

Die Änderungen des Schulgesetzes zielen damit nicht nur auf einen grundsätzlichen Erhalt der bewährten regionalen Schulelternvertretungen. Die Änderungen wurden auch genutzt, den Regionalelternbeiräten neue zukunftsgerichtete Aufgaben zu übertragen. Sie beraten und unterstützen zum Beispiel die Schulelternbeiräte. Sie haben dabei eine koordinierende Funktion: Sie unterrichten die Schulelternbeiräte über wesentliche Entwicklungen in der Elternarbeit. Sie fördern die Elternfortbildung. Sie unterrichten die Eltern in den Schulen über den Meinungs- und Diskussionsstand der aktuellen Probleme auf Landesebene.

Gleichzeitig informieren sie den Landeselternbeirat über das, was für Schulelternbeiräte lokal und regional wichtig ist. Sie stärken und sichern damit die Zusammenarbeit zwischen dem Landeselternbeirat und den Schulelternbeiräten. Sie vernetzen diese Gremien. Dieses Vernetzen ist sogar im neuen Gesetz institutionalisiert. Die Regionalelternsprecher sind stimmberechtigte Mitglieder im Landeselternbeirat und vertreten dort direkt die Anliegen der Schulelternbeiräte.

Meine Damen und Herren, die Regionalelternbeiräte haben nach dem neuen Schulgesetz große Chancen, die Elternarbeit insgesamt effizienter und damit erfolgreicher zu gestalten. Aus genau diesem Grund steht die SPD-Landtagsfraktion hinter dieser Novellierung. Wir begrüßen ausdrücklich, dass zum Beispiel auch ausländische Elternvertreter jetzt stimmberechtigte Mitglieder in den Regionalelternbeiräten und im Landeselternbeirat werden. Dies ist ein klares Zeichen, dass nicht nur ausländische Kinder, sondern auch ausländische Eltern mit gleichen Rechten und Pflichten am Schulleben teilnehmen.

Der Gesetzentwurf ist eng mit dem Landeselternbeirat abgestimmt. Er trägt sogar in Teilbereichen die Handschrift des Landeselternbeirats.

(Pörksen, SPD: Hört, hört, Herr Lelle!)

Diesen Konsens begrüßen wir ausdrücklich.

Die gewählten Elternvertreter üben ein öffentliches Ehrenamt aus. Nach der Landesverfassung haben Personen in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis Anspruch auf freie Zeit, die sie zur Ausübung ihres Ehrenamts benötigen. Das neue Schulgesetz konkretisiert diese Grundsatzregelung. Diese Klarstellung und Konkretisierung begrüßen wir.

Die SPD-Landtagsfraktion wird im Konsens, wie es auch im Ausschuss war, mit den anderen Fraktionen dem vorgelegten Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes zustimmen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Dahm das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wünsche des Landeselternbeirats wurden in diesem Änderungsgesetz voll berücksichtigt, auch wenn es darüber Diskussionen gab. Einiges Positive wurde dargestellt, nämlich die Stimmberechtigung der ausländischen Elternvertretung sowie Vertretungsregelung. Aus diesen Gründen haben wir uns entschlossen, diesem Gesetz zuzustimmen. Ich habe das im Ausschuss schon angekündigt.

Herr Minister, die Änderungen, die Sie vorschlagen, sind im Rahmen des bestehenden Schulgesetzes folgerichtig, aber - das sollte ich erwähnen - im Hinblick auf die Grundsatzentscheidung kontraproduktiv, die immer wieder von den Fraktionen im Landtag bei anderer Gelegenheit besprochen worden ist, nämlich dass Schulen mehr Selbstständigkeit bekommen sollen. Das müssen Sie mir schon zugestehen; denn es ist keine Stärkung der Einzelschule mit diesem neuen Gesetz verbunden - im Gegenteil. Mit diesem Gesetz haben Eltern letztendlich weniger Einfluss auf die Schule. Das halte ich in der heutigen Zeit für ein falsches Signal. Die Eltern haben weniger Einfluss auf schulische, auf unterrichtliche Angebote. Das ist nicht zeitgemäß.

Sollten solche Instrumente wie beispielsweise Lehrrahmenpläne oder Jahresstundentafeln, über die wir diskutieren, wirklich an den einzelnen Schulen eingeführt werden, dann ist es notwendig, dass auch die Eltern vor Ort bei dem unterrichtlichen Angebot mehr Mitsprache erhalten.

Wenn die Einzelschule im Mittelpunkt der Schulpolitik stehen sollte und wenn vor Ort mehr Kompetenzen verlagert werden, halte ich es für notwendig, dass der Abstimmungsbedarf auf der Ebene des Schulträgers auf Kreis- sowie auf Stadtebene wesentlich zunimmt. Auch dies ist in diesem Gesetz nicht berücksichtigt worden, weil die modernen Diskussionen, die heute die schulpolitische Diskussion beeinflussen, in Ihrem Schulgesetz, das bereits über 25 Jahre alt ist, überhaupt nicht eingefangen werden.

Aus diesem Grund kann ich nur noch einmal darauf hinweisen, es wird wirklich Zeit, dass eine grundständige Bildungsreform in diesem Lande stattfindet und dass das Schulgesetz grundsätzlich neu strukturiert wird, damit die Diskussionen, die wir derzeit führen, einen gesetzlichen Rahmen erhalten, damit solche Probleme, wie sie in diesem Änderungsentwurf auftauchen, in Zukunft bereinigt werden.

Deshalb sage ich noch einmal, lassen Sie uns an diesem alten Schulgesetz lieber nicht weiter herumdoktern, sondern vielmehr in die Diskussion über neue rechtliche Rahmen einsteigen. Dann werden wir auch in Rheinland-Pfalz, so hoffe ich, zu einer modernen Gesetzgebung im Schulwesen kommen.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Elternarbeit, Elternmitwirkung und Elternverantwortung finden zunächst auf der Ebene der Schule statt. Das heißt, an ca. 1 700 Schulen in diesem Land leisten Klasseneleiternversammlungen und Schulelternbeiräte ihren Beitrag zur Gestaltung und Entwicklung der Schule.

Eine Beratung und Betreuung dieser Gremien erfolgte auf regionaler Ebene durch die Bezirkseleiternbeiräte und auf Landesebene durch den Landeselternbeirat. Nach Auflösung der Bezirksregierungen und der Regierungsbezirke in Rheinland-Pfalz können auch die Bezirkseleiternbeiräte nicht wie bisher fortbestehen. Eine Beratung und Betreuung der Schulelternbeiräte allein durch den Landeselternbeirat ist jedoch nicht vorstellbar.

Daher sieht die Schulgesetznovelle die Errichtung von drei Regionalelternbeiräten vor, die in Zukunft die Koordinierungs- und Mittlerfunktion zwischen den Schulelternbeiräten und dem Landeselternbeirat übernehmen sollen. Dies ist keine Korrektur, sondern eine notwendige und gewollte Ergänzung, der auch die Zustimmung des Landeselternbeirats si-

cher ist. Damit haben wir den Beleg, dass diese Konstruktion, diese neue Struktur akzeptiert wird. Dies zeigt die Reaktion in allen Fraktionen.

Da die Schulaufsicht nach wie vor regional verankert bleibt, spricht auch dies für die regionale Struktur der gesetzlichen Elternvertretungen. Der Regionalelternbeirat ist das Vertretungsorgan der Eltern des Wahlbezirks. Er artikuliert die Interessen der Eltern gegenüber den Schulen im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion sowie der Öffentlichkeit.

Darüber hinaus soll der Regionalelternbeirat die regionalen Schulelternbeiräte beraten, informieren und Kontakte vermitteln. Vor allem aber soll der Regionalelternbeirat eine Verbindung und Verknüpfung zum Landeselternbeirat gewährleisten, sodass die Schulen vor Ort über den aktuellen Meinungs-, Diskussions- und Datenstand auf Landesebene informiert sind.

Wir haben also eine Verzahnung von der Vertretung der einzelnen Schule bis hin zum Landeselternbeirat über die neuen regionalen Elternbeiräte. Diese Struktur hat auch die Zustimmung des Landeselternbeirats gefunden. Damit haben wir eine sinnvolle Ergänzung der neuen Struktur, die im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform geschaffen worden ist. Wir stimmen selbstverständlich diesem Gesetz zu.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Professor Dr. Zöllner das Wort.

Prof. Dr. Zöllner,

Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Schulgesetzänderung wird erforderlich durch die Reform der mittleren Ebene der Landesverwaltung, durch die Auflösung der Bezirksregierungen und Regierungsbezirke, mithin durch die Neustrukturierung der gesamten Schulaufsicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sie war in dieser Form von Anfang an beabsichtigt und mit den Betroffenen bereits zum damaligen Zeitpunkt abgesprochen, sodass es sich um ein Gerücht handelt, dies sei die erste Korrektur. Jedoch wird sie aufgrund der Zügigkeit des Gesetzgebungsverfahrens und der Koordination erst jetzt durchgeführt.

Ich stimme auch ausdrücklich allen Rednern zu, die sagen, dass diese Veränderung des Schulgesetzes nicht alle Probleme, die im Schulbereich angegangen werden müssen, auf gesetzestechnische Art löst, jedoch sehr wohl den Bereich, der

die Bezirksregierungen betrifft. Das andere ist in der Gesamtheit sicherlich erst in der nächsten Legislaturperiode im Rahmen der normalen Novellierungsarbeit zu erledigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, während die Bezirkseaternbeiräte sich vorrangig an der Arbeit der Schulverwaltung in den Bezirksregierungen orientierten, steht nun bei den geplanten Regionaleternbeiräten eine andere Funktion im Vordergrund. Die Regionaleternbeiräte sollen in erster Linie die Tätigkeit der etwa 1 700 Schuleternbeiräte an den Schulen vor Ort koordinieren, sich beratend und unterstützend einschalten, Materialien zur Verfügung stellen, Kontakte knüpfen und Elternfortbildungsveranstaltungen anbieten. Der Kern der Elternarbeit und der Elternmitwirkung geschieht auf der Ebene der Klassenelternversammlungen und der Schuleternbeiräte in der Schule. Daher muss in der Region die Beratung, Förderung und Unterstützung der Eltern vor Ort erfolgen. Die Bündelung der Elterninteressen in der Region ist wesentliche Aufgabe dieser regionalen Elternbeiräte.

Es ist von großer Bedeutung für die Aktualität der Elternarbeit, dass die Eltern in den Schulen über diese aktuellen Probleme, den Meinungs- und Diskussionsstand auf Landesebene unterrichtet sind, wie es umgekehrt wichtig für die Aufgaben des Landeselternbeirates ist, besser als bislang über die lokale und regionale Situation und die Probleme vor Ort informiert zu sein.

In diesem Bereich wächst dem Regionaleternbeirat eine ganz wichtige Brückenfunktion zu. Aus diesem Grund sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Sprecherinnen und Sprecher der Regionaleternbeiräte, die ex officio Mitglied des Landeselternbeirats sind, in Zukunft volles Stimmrecht im Landeselternbeirat erhalten.

Natürlich bleibt die enge Zusammenarbeit mit der Schulverwaltung weiterhin elementare Aufgabe auch dieses Beirats. Auf Wunsch des Landeselternbeirats wurde der bisherige Benehmenstatbestand des § 36 Abs. 5 des Schulgesetzes in den Gesetzentwurf aufgenommen. Auch der Regionaleternbeirat hat einen gesetzlich verbürgten Anspruch gegenüber der Schulverwaltung, übrigens wie bisher, auf Auskunft und Beratung.

Der Gesetzentwurf ist eng mit dem Landeselternbeirat abgestimmt, was schon mehrmals erwähnt wurde. Dabei ist das Ministerium durchaus auch auf Wünsche des Landeselternbeirats eingegangen, etwa zwei Stellvertreter für jedes Mitglied im Landeselternbeirat, Stimmrecht für die Regionalsprecher im Landeselternbeirat, Wiederherstellung der Benehmensregelung für den Regionaleternbeirat gegenüber der ADD.

Auf zwei Einzelregelungen möchte ich hinweisen. Die ausländischen Eltern besitzen im Rahmen der Elternmitwirkung das volle aktive und passive Stimmrecht. Dennoch ist es nach wie vor angezeigt, ihre Mitarbeit in den schulischen Elterngre-

mien zu stärken und zu fördern. Daher räumt der Gesetzentwurf den benannten ausländischen Elternvertretern im Regionaleternbeirat und Landeselternbeirat jene Position ein, die den gewählten Mitgliedern der Elternbeiräte mit Stimmrecht und zwei Stellvertretern zukommt.

Anstelle der zwei kooptierten ausländischen Elternvertreter ohne Stimmrecht im Bezirkseaternbeirat werden ein ausländischer Elternvertreter mit Stimmrecht und zwei Stellvertreter vom Regionalbeirat kooptiert, sofern nicht bereits ein ausländischer Elternvertreter zum Mitglied des Regionaleternbeirats gewählt worden ist. Der Landeselternbeirat kooptiert wie in der Vergangenheit zwei ausländische Elternvertreter, sofern sie nicht als Mitglied des Landeselternbeirats gewählt worden sind.

Ein zweiter Punkt betrifft die Waldorfschulen. Sie erhalten erstmals Gelegenheit, sich als Vertreter der freien Schulen an der Elternwahl zu den Regionaleternbeiräten und Landeselternbeirat zu beteiligen. Aus einem lediglich gesetzestechnischen Grund war dies bisher nicht möglich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 31. August 2000 den Gesetzentwurf erörtert und ihn nach kurzer Diskussion einvernehmlich beschlossen. Ich danke den Vertretern aller Fraktionen für dieses übereinstimmende Votum und bitte den Landtag, dem vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Schulgesetzes zuzustimmen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache in der zweiten Beratung über ein Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst müssen wir in Artikel 1 Nr. 6 sowie in Artikel 2 das Datum des In-Kraft-Tretens festlegen. In Absprache mit den Fraktionen ist der „1. Januar 2001“ beschlossen worden. Gibt es darüber Übereinstimmung? - Das ist offensichtlich der Fall.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Gesetzentwurf - Drucksache 13/6062 - in der zweiten Beratung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Das ist einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmt, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! - Danke schön. Damit ist dieses Gesetz einstimmig beschlossen.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung
des Personalvertretungsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5500 -
Zweite Beratung

dazu:
Beschlussempfehlung des Innenausschusses
- Drucksache 13/6202 -

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6205 -

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Kollegen Weiner, das Wort.

Abg. Weiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung ist im Rechtsausschuss und im federführenden Innenausschuss mehrfach beraten worden. Besonders zu erwähnen ist die Anhörung, die im Innenausschuss durchgeführt wurde und die auf ungewöhnlich großes Zuschauerinteresse stieß, sodass der Ausschuss sogar in den Plenarsaal umziehen musste.

In den Stellungnahmen der Verbände sowie in der Anhörung wurde deutlich, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung in zahlreichen Punkten auf heftige Kritik stieß. Die Fraktionen des Landtags haben mit zahlreichen Änderungsanträgen den Versuch unternommen, diesen Gesetzentwurf zu verbessern.

In den Sitzungen des Rechtsausschusses und des federführenden Innenausschusses wurden diese Vorschläge in 40 Abstimmungsgängen einzeln abgestimmt. Zusammenfassend ist festzustellen, dass alle Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt wurden. Ebenso wurden die Verbesserungsvorschläge der CDU von der Ausschussmehrheit abgelehnt, sodass lediglich die Verbesserungsanträge der Koalitionsfraktionen der SPD und F.D.P. in das Gesetz Eingang finden sollen.

In der Schlussabstimmung des Rechtsausschusses lehnten deshalb auch die Fraktionen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Gesetzentwurf in der geänderten Form ab. Die Ausschussmehrheit von SPD und F.D.P. empfahl ihn zur Annahme.

(Creutzmann, F.D.P.: Falsch!)

Dies ist nachzulesen in der Beschlussempfehlung - Drucksache 13/6202 -.

Im federführenden Innenausschuss ergab sich ein ähnliches Bild mit dem Unterschied, dass sich die CDU zunächst der

Stimme enthielt und signalisierte, heute dem Gesetzentwurf im Plenum doch noch zuzustimmen, wenn die heute erneut zur Abstimmung stehenden Änderungsanträge, insbesondere für die Bereiche Polizei, Forst, Sparkassen und Schulen, von der Mehrheit des Landtags angenommen werden.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist aber eine komische
Berichterstattung! -
Pörksen, SPD: Normalerweise klatsche
ich Beifall, aber in dem Fall nicht!)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart.

Ich erteile der Kollegin Frau Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stehen heute am Ende einer langen und intensiven Beratung eines Gesetzesentwurfs, den der Kollege Weiner eben in seinen Beratungsstufen im Landtag vorgestellt hat.

Ich bedanke mich bei all denjenigen, die uns als Betroffene, als Ratgeber, Kritiker und auch als Diskussionspartner zur Verfügung gestanden haben. Ich denke, das Gesetz hatte wirklich intensivste Arbeit verdient.

Meine Damen und Herren, viele, sogar die meisten der Betroffenen, sind von diesem Gesetz enttäuscht. Sie sind über den Verlauf der Diskussion frustriert.

(Bischel, CDU: Sehr richtig!)

Sie sind auch von dem enttäuscht, was am Ende dabei herausgekommen ist. Sie sind von den Regierungsfractionen enttäuscht, vor allem von der sozialdemokratischen Mehrheit.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie wissen das, und wir wissen das. Meist waren wir zu viert in den entsprechenden Veranstaltungen, zu denen wir eingeladen waren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle gleich eine Legende zerstören. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben dies noch einmal gemeinsam mit der F.D.P. in Ihrer Pressemeldung verbreitet. Hören Sie einmal auf

damit, zu versuchen, uns die Schuld an diesem Gesetzentwurf, mit dem Sie kaum leben können, zuzuschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Kein Mensch bestreitet, dass wir natürlich das Gesetz aus dem Jahr 1992, das aus Ihrer Fraktion gekommen ist und damals unter Vorsitz des heutigen Ministerpräsidenten Beck zustande gekommen ist, mit anderen beklagt haben. Aber Entschuldigung, wir haben doch vom Landesverfassungsgerichtshof Recht bekommen.

(Mertes, SPD: Jetzt wundert
Ihr euch!)

Zumindest haben wir in wesentlichen Teilen Recht bekommen. Was hätten denn Leute von einer Opposition gehalten, die ein verfassungswidriges Gesetz durchgehen lässt? Können Sie mir das einmal erklären?

(Bischel, CDU: Sie sind doch
die Hüter der Verfassung!)

Was hätten Sie denn aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum schleswig-holsteinischen Mitbestimmungsgesetz gemacht? Hätten Sie das auch irgendwo im Raum hängen lassen, ohne darauf zu reagieren? Bitte tun Sie nicht so, als ob irgendetwas Unanständiges passiert wäre.

(Mertes, SPD: Das tut Ihnen anscheinend
ein bisschen Leid!)

Wir jedenfalls haben unsere Rolle als Opposition vor acht Jahren angenommen und haben dafür gesorgt, dass im Lande Rheinland-Pfalz kein verfassungswidriges Gesetz im Raum steht.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen möchte ich Ihnen sagen, dass dieses Thema so, wie Sie es noch einmal aufgebauscht haben, bei den Betroffenen keine große Rolle mehr gespielt hat. Sie haben nämlich gesehen, dass daran überhaupt nichts zu machen ist.

Meine Damen und Herren, zu den einzelnen Änderungsvorschlägen, die Sie im Innenausschuss gemacht haben und die mit Ihrer Mehrheit zusammen mit der F.D.P. abgestimmt worden sind, möchte ich Folgendes sagen:

(Schweitzer, SPD: Zum Teil
auch mit Ihnen!)

- Zum Teil auch mit uns, darauf komme ich noch zurück. Herr Schweitzer, Sie sind aber besser ruhig, sonst muss ich etwas zu Ihrer Verhandlungsführung sagen.

(Schweitzer, SPD: Das können Sie
ruhig tun! Tun Sie uns
doch den Gefallen!)

- Das möchte ich Ihnen ersparen. Herr Schweitzer, Sie haben keinen Anlass, sich hier in der Form einzumischen.

(Pörksen, SPD: Sie auch nicht,
sich so zu äußern!)

- Darüber reden wir noch einmal. Ich bin davon ausgegangen und habe es auch so für meine Fraktion gesagt, dass dieses Gesetz es eigentlich verdient hätte, dass wir gemeinsam darüber diskutieren, dass wir daran arbeiten und vielleicht sogar zu einer Kompromisslösung kommen. Ich habe in anderen Bereichen schon erlebt, dass so etwas möglich ist. Ich habe mich doch sehr gewundert, wie Sie mit den Beratungen umgegangen sind. Sie haben das Thema wie eine heiße Kartoffel behandelt. Es konnte Ihnen gar nicht schnell genug durch die ganzen Gremien gehen,

(Pörksen, SPD: Wie bitte?)

weil Sie immer wieder Angst hatten, diese Themen anzugehen. Das können Sie überhaupt nicht abstreiten. Diejenigen, die im Innenausschuss dabei waren, als wir darüber abgestimmt haben, wissen ganz genau, wovon ich spreche.

(Pörksen, SPD: Nein, das weiß
ich nicht!)

- Doch, das wissen Sie ganz genau. Es gab zu einzelnen Fragen noch nicht einmal einen Punkt, über den Sie mit uns diskutiert haben. Sie wissen ganz genau, dass wir nur das aufgenommen haben, was rechtlich vertretbar war und was überwiegend von den Mehrheiten der Gewerkschaften auch so vorgetragen wurde. Dies war bei allen Punkten, zu denen ich noch kommen werde. Es war wirklich sehr schade, dass das so gelaufen ist. Ich hätte mir vorstellen können, dass es auch anders hätte laufen können.

Übrigens, an dieser Stelle mache ich eine kurze Bemerkung zu den GRÜNEN. Frau Thomas, ich glaube, Sie haben einen entscheidenden Fehler gemacht. Sie sind zu schnell auf den Pfad, was der DGB in seinem von ihm beantragten Gutachten fordert,

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich habe damit nur Druck gemacht,
und Sie sind hinterhergehoppelt!)

aufgesprungen, ohne Details zu prüfen; denn sonst wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, in dieser Frage an der einen oder anderen Stelle zusammenzukommen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich kann mich nicht daran erinnern,
irgendwann einmal ein Schreiben
von Ihnen ---)

Das finde ich schade, dass das so gewesen ist.

Ich habe schon gesagt, wir haben uns bis zum Schluss bemüht, auch das eine oder andere in der Abstimmung durchzusetzen. Wir haben Ihren Anträgen zum Teil zugestimmt, sogar dort, wo Sie mit unseren nicht übereingestimmt haben, wo Sie Dinge gemacht haben, die wir so aus ganz bestimmten Gründen nicht vorgeschlagen haben.

(Frau Ebli, SPD: Spricht für die Qualität der SPD-Fraktion!)

Aber Sie haben uns noch nicht einmal einen Millimeter zugestanden. Das finde ich wirklich schade, ich sage es noch einmal, oder es war für die Beratung in einem Gremium peinlich, wenn ich das sagen darf.

Deswegen kommen wir heute noch einmal mit unserem Antrag. Er ist natürlich um das reduziert, was mit Mehrheit beschlossen worden ist. Das ist ganz klar. Ich will noch einmal sagen, worauf es uns bei diesem Gesetzentwurf ankommt. Es sind fünf Bereiche, die uns am Herzen liegen, bei denen es um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um die Beschäftigten und um ihre Motivation geht. Ich werde gleich noch einen Satz dazu sagen. Es geht um die Polizei in diesem Land. Es geht um die Schulen. Es geht um die Sparkassen, den Forst und um das ZDF.

Meine Damen und Herren, ich möchte ganz kurz das zitieren, was der Innenminister als letzten Satz bei seiner Einbringungsrede gesagt hat - ich zitiere, Herr Präsident -: „Die Beschäftigten erhalten über die Personalvertretungen Einflussnahme auf sie berührende innerdienstliche Maßnahmen. Ihre Beteiligungsrechte, die im Sozialstaatsgedanken wurzeln“ - übrigens auch bestätigt durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil, das das auch so sieht -, „sind ein bedeutsames Mittel zur Wahrung der Menschenwürde und Persönlichkeitsentfaltung in der Dienststelle.“ Jetzt kommt der letzte Satz: „Sie tragen zur Steigerung der Motivation der Beschäftigten bei.“ Das können wir leider überhaupt nicht feststellen.

Meine Damen und Herren, „Motivation“ ist ein guter Begriff und er ist ein richtiger Begriff. Sie alle wissen, dass wir als Politiker von den Beschäftigten in unseren staatlichen und kommunalen Behörden im Augenblick, in den letzten Jahren und in Zukunft noch viel verlangen: neue Steuerungsmodelle, Kommanagement, Leitbilddiskussion Ehrenamt, Wächteramt - und was wir alles diskutieren. Wer kennt sie nicht, diese Begriffe. Das alles soll das Personal heute leisten. Hoch motiviert sollen sie alles mitmachen, Auflösung der Bezirksregierung, Umwandlung in die LBB, Personalabbau, Effizienzsteigerung, Wettbewerb und neue Strukturen. Das alles erwarten wir. Dann gibt es ein Gesetz, das die Leute demotiviert, wie ich es am Anfang gesagt habe.

Den ersten Bereich, den ich ausdrücklich nennen möchte, ist die Polizei. Wir können es nicht verstehen. Wir haben damit gerechnet, dass wir in diesem Punkt eine Änderung erarbeiten. Alle Polizeigewerkschaften bis auf einzelne Vertreter - das sage ich ausdrücklich; lesen Sie das Protokoll nach, dann

sehen Sie, dass ich Recht habe - sind gegen diese Regelung, die jetzt die örtlichen Personalräte entmachtet oder, wie es eine Gewerkschaft geschrieben hat, sogar kastriert. Ich denke, die vorgesehene Änderung in § 56 ist einfach - auch wenn Sie sagen, Sie diskutieren eine Zuständigkeitsverlagerung zu den Polizeidirektionen - so nicht hinnehmbar. Wenn Sie ihre misslungene Polizeineuorganisation über diesen Weg nochmals nachbessern müssen, dann ist das Ihr Problem, aber nicht das der Beschäftigten.

Die Auflösung der Bezirksregierung hat zwei Personalgruppen ganz entscheidend getroffen, die Forstleute und die Lehrerinnen und Lehrer. Durch das Wegfallen von drei Bezirksregierungen und das Hinführen zu nur einer zuständigen Behörde haben diese in der Stufenvertretung jeweils eine Vertretungsstufe verloren und damit auch eine ganze Reihe von Personalrätinnen und Personalräten. Wir haben in kleinen Anträgen eine kleine Verbesserung in dem Bereich angeregt.

Ich darf die Sparkassen erwähnen. Auch Sie haben diese in Ihrer Tischvorlage noch einmal erwähnt. Weil die Sparkassen im Wettbewerb mit anderen Banken stehen - die Genossenschaftsbank haben Sie, glaube ich, nicht erwähnt - wäre es nötig, dass diese Regelung enthalten ist. Wenn Sie das einmal genau nachgelesen haben, was die Experten dazu sagen, dann müssten Sie im Grunde genommen das umgekehrt machen. Sie müssten darüber diskutieren, was eigentlich damit gemeint ist, dass man jetzt keine hoheitlichen Aufgaben mehr wahrnimmt. Dann müsste im Grunde genommen ein weiterer Schritt getan werden, den hier niemand verlangt. Sie sind noch nicht einmal bereit, diesen anderen Schritt zu machen.

Meine Damen und Herren, eine Sache möchte ich ansprechen, weil sie mir am Herzen liegt. Nicht nur die Beamten im Forstbereich haben mit uns gesprochen und ihr Anliegen vorgetragen, es waren auch die Waldarbeiter,

(Mertes, SPD: Forstwirte!)

die in der IG Bau - Steine - Erden organisiert sind. Ich denke, in dieser Situation war wenig Platz, die dort aufgeworfenen Fragen zu diskutieren. Frau Ministerin Martini, ich kann mir vorstellen, dass in Ihrem Haus dazu Überlegungen vorhanden sind, wie man die vorgetragenen Anliegen irgendwann einmal an anderer Stelle bearbeitet. Ich finde es wichtig, wenn man mit diesen Leuten noch einmal spricht.

Ich komme damit zum Schluss und will sagen, es tut uns leid, dass wir die Diskussion in den letzten Monaten so im Parlament geführt haben und dass wir uns nicht in der Lage sehen, diesem Gesetzentwurf in der jetzigen Form zustimmen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Pörksen das Wort.

Abg. Pörksen, SPD:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst ein Wort vorweg an Sie, Frau Kohnle-Gros. Ich finde es bemerkenswert, welche Krokodilstränen Sie hier vergießen, nachdem Sie es waren, die zum Verfassungsgericht marschiert sind.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Wesentliche Teile sind herausgekegelt worden. Es geht nicht um die Frage der Größe der Personalräte, sondern es geht um Mitbestimmungsfragen, die den Personalräten weggenommen wurden. Das war das Problem und nicht die Frage der Größe der Personalräte. Ich komme nachher auf Ihren Antrag noch zu sprechen.

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

- Wir hätten gut mit dem Gesetz gelebt. Das ist für mich ziemlich sicher. Die Personalräte hätten mit dem Gesetz noch viel besser gelebt.

(Mertes, SPD: So ist es!)

Also hören Sie auf mit Ihren Krokodilstränen.

(Bischel, CDU: --- und schwören den Eid auf die Verfassung!)

Das reicht mir langsam.

(Beifall bei der SPD)

Zu Ihrem Änderungsantrag komme ich gleich noch.

Wir verabschieden ein Gesetz - das ist schon angesprochen worden -, das lange diskutiert worden ist, das schwierige Vorgaben hatte, einmal ein Verfassungsgerichtsurteil und dann ein Urteil unseres Verfassungsgerichtshofs. Beide Entscheidungen waren auseinander gehend. Wir denken, wir haben am Ende ein Gesetz geschaffen, mit dem Personalräte ihre Arbeit weiterhin gut machen können und werden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Natürlich ist es das Recht der Opposition, zu versuchen, dort Salz in die Wunden zu streuen. Das ist in Ordnung. Wenn ich Ihre Änderungsanträge sehe, ist es relativ ärmlich, was Sie dort vortragen.

(Schweitzer, SPD: Nicht ärmlich, erbärmlich!)

- Ja, gut, ich will nicht jeden Ausdruck, den Herr Kollege Schweitzer verwendet, auch verwenden.

(Bischel, CDU: Da Sie weniger machen, ist es --)

- Wissen Sie, die Diskussionen der letzten Tage und Wochen haben doch gezeigt - das in völliger Abänderung dessen, was Frau Kollegin Kohnle-Gros gesagt hat -, dass man aufseiten der Gewerkschaften, vielleicht nicht aufseiten aller Gewerkschaften und Verbände, das kann ich nachvollziehen, mit dem jetzt vorliegenden und geänderten Gesetzentwurf, den wir zur Abstimmung stellen, zufrieden ist.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Vor wenigen Wochen wurde noch gesagt, wenn ihr das Gesetz nicht ändert, dann müssen wir am 13. Demonstrationen durchführen.

(Mertes, SPD: Das ist heute!)

- Heute ist der 13.

Ich muss mich fragen, warum werden sie nicht durchgeführt? Doch nicht deshalb, weil ein schlechtes Gesetz gemacht worden ist, sondern weil man der Auffassung ist, dass das, was jetzt vorgelegt worden ist, zwar nicht in allen Punkten, aber in wesentlichen Bereichen den Ansprüchen, den Erwartungen entspricht, auch von denjenigen, die uns in sehr heißen Diskussionen - wir haben es erlebt - sehr hart herangenommen haben.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD -
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns ist klar, dass wir nicht alle Wünsche befriedigen konnten.

Bis in die letzten Tage und Stunden bekommen wir noch Briefe, in denen Sonderwünsche gestellt werden. Sie haben gerade den Bereich der Forstleute angesprochen. Das ist aber nicht so zu lösen, wie die Forstarbeiter sich das vorstellen. Sie waren auch bei den Leuten von BSE. Die Gewerkschaft heißt inzwischen BAU. Sie heißt nicht mehr BSE, Bau - Steine - Erden. Aber das ist auch egal. Sie haben die Vorstellung, dass man sie bei der Frage der Größe der Personalräte mit berücksichtigt. Sie heißt Bauen - Agrar - Umwelt, jetzt haben wir es genau. Das Gleiche gilt sicherlich auch für den Hauptpersonalrat, das Gleiche gilt für Wünsche aus dem Bereich der Einzelgewerkschaften, des Beamtenbundes usw.

Sie haben den Bereich der Polizei angesprochen. Da sind wir dezidiert der Auffassung, dass es vernünftiger ist, Funktionen von oben nach unten zu verlagern, als Mitbestimmungstatbestände zu verschieben. Verstehen Sie? Wir sagen, bei der Dienststelle, die entscheidet, muss auch der Personalrat mit

entscheiden. Das heißt für uns, Funktion runter vom Präsidium, rein in die Direktion. Darüber werden wir demnächst reden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Das ist zumindest auch aufseiten der GdP verstanden worden. Ob es überall verstanden worden ist, dafür können wir nicht sorgen.

Frau Kohnle-Gros hat die Anhörung angesprochen. Im Bereich der Anhörung ging es im Wesentlichen um zwei Bereiche, einmal um den Bereich der verfassungsrechtlichen Probleme und dann den Bereich der Bestimmungen, die verfassungsrechtlich unproblematisch geändert werden können oder nicht geändert werden können.

Im Bereich der verfassungsrechtlichen Probleme haben wir gesagt, wir gehen dort auf die sichere Seite und bewegen uns nicht, wie es die GRÜNEN in ihrem Änderungsantrag zum Teil tun, in verfassungsrechtlich problematischen Bereichen; denn es ist klar, es wird immer Leute geben - das war auch in der Anhörung zumindest durch die Blume gesagt worden -, die es sich noch einmal überlegen können, nach Koblenz zu gehen und zu klagen. Dieses Risiko wollen wir nicht eingehen. Diesem Risiko sind wir nach dem Verfassungsgebot, dass sie auch kennen, nicht gefolgt, sondern haben gesagt, die Bestimmungen werden so gefasst, wie es beide Verfassungsgerichte festgelegt haben.

Dass wir deswegen weitere Mitbestimmungstatbestände weglassen mussten, war klar. Dass das berühmte Evokationsrecht auch im Bereich der Geschäftsführung durchgreift, war klar. Wir haben sogar Gutachten unseres Wissenschaftlichen Dienstes einholen müssen, um das auch für alle nachvollziehbar zu machen.

Was die Bestimmungen betrifft, die verändert worden sind, obwohl sie verfassungsrechtlich nicht vorgegeben wurden, haben wir in einem Teil der Bestimmungen durch einen entsprechenden Änderungsantrag inzwischen Gesetzesformulierungen vorgeschlagen, die meines Erachtens zufrieden stellend sind oder sogar mehr. Es bleibt bei der Wahlberechtigung, egal wie lange Beschäftigte außerhalb der Dienststelle sind.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD)

Die Personalratsgröße wird in einer Größenordnung festgeschrieben, die den Aufgaben, die an die Personalräte gestellt sind, gerecht wird, damit sie ihre Aufgaben befriedigend lösen können.

Die Freistellungsregelungen für Personalräte sind wesentlich verbessert worden, insbesondere die Möglichkeit auf Teilfreistellung, wobei Sie trotz Ihrer vollmundigen Erklärung weit hinter dem zurückbleiben, was wir sagen. Sie sagen, sie können teilweise freigestellt werden. Dann wissen Sie auch, eine gut meinende Dienststelle macht es, aber eine andere Dienst-

stelle wird sich bei solchen Dingen schwer tun. Wir sagen, sie sollen freigestellt werden. Das hat eine andere Qualität. Das andere ist ein Wunschkatalog.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD)

Die Freistellung für Schulungs- und Bildungsmaßnahmen, was insbesondere für Frauen im öffentlichen Dienst ganz wichtig ist, ---

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wissen Sie noch, was Sie bei der ersten
Beratung gesagt haben, Herr Pörksen?)

- Frau Kollegin, sollen wir es wieder zurücknehmen?

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein, Sie können sagen:
Ich habe dazugelernt!)

Ich kann Ihnen nur sagen, diese Bestimmung, die jetzt im Gesetz drinstehen wird, werden Sie in keinem anderen Personalvertretungsgesetz finden. Das darf man doch wohl einmal erwähnen. Darauf darf man doch einmal hinweisen. Soll man sich vorwerfen lassen, man würde ein schlechtes Gesetz machen?

(Vereinzelte Beifall bei der SPD)

Die Frage der Allzuständigkeit war kein - ich will nicht sagen - semantischer Streit, sondern eher ein Streit, der vielleicht ein bisschen um Symbole ging und weniger um die Inhalte; denn es ist letztlich egal, ob ich es bei der Zuständigkeit eines Personalrats vorne zumache oder hinten zumache. Wir haben gesagt, gut, wir machen es wie die weit überwiegende Zahl der Angehörten es gewünscht hat, dass wir die Allzuständigkeit bis auf das Wort „gleichberechtigt“ belassen. Ich denke, auch das ist eine Entscheidung, die man nur begrüßen kann.

Das Initiativrecht des Personalrats ist entsprechend den Vorstellungen geändert worden. Ich denke, auch das ist eine Entscheidung, die herausgestrichen gehört.

Ich komme zu Ihren Änderungsanträgen. Ich habe mich gewundert, dass heute der Antrag noch einmal vorgelegt wurde, nachdem er im Ausschuss keine Mehrheit gefunden hatte, ohne zu sagen, dass Sie ihn noch einmal einbringen werden. Ich erinnere mich zumindest nicht daran. Ich müsste das Protokoll nachlesen. Erst heute Morgen habe ich diesen Änderungsantrag in die Hand bekommen, der noch etwas länger ist als Ihr alter Antrag, der außerdem drei weitere Punkte enthält. Was erwarten Sie eigentlich von einem Parlament? Dass es fünf Minuten vor der Sitzung einen Änderungsantrag, der viele Verweisungen hat, liest und versucht nachzuprüfen, um dann darüber zu entscheiden? Soll ich ihn jetzt lesen?

(Zurufe der Abg. Bischof und
Frau Kohnle-Gros, CDU)

- Herr Kollege Bischel, ich habe ihn gelesen und habe festgestellt, dass alles wieder vorgetragen wird, was Sie bereits vorgetragen haben, was abgelehnt worden ist. Das außer drei Bereichen. Ich habe sie mir herausgesucht. Es geht um Reisekostenvergütung. Dann geht es um Grundsätze der Mitbestimmung und die Erhöhung der Höchstzahl bei der Stufenvertretung. Das sind die drei Bereiche, die dazugekommen sind.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

- Das wussten Sie gar nicht? Aber ich weiß es. Ich habe sie verglichen. Ich habe sie nebeneinander gelegt. Sehen Sie einmal, so beschäftigen wir uns mit Ihren Anträgen. Jetzt tun Sie so, als wenn wir sie alle in Grund und Boden stampfen würden. Das ist doch Unsinn.

(Vereinzelt Beifall bei SPD
und F.D.P.)

Wir haben uns damit beschäftigt. Wir haben auch über die Inhalte gesprochen. Tun Sie jetzt nur nicht so, als wenn wir die Ohren zugehalten hätten, wenn Sie etwas gesagt haben. So war es nun nicht.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Haben
wir das gesagt?)

Das Diskutieren auf der einen Seite, das Abstimmen über bestimmte Änderungsanträge auf der anderen Seite muss man auch ein bisschen auseinander halten können. Ich will auf die Einzelheiten gar nicht eingehen. Zum einen Teil sind sie relativ kompliziert, und zum anderen Teil sind sie ein bisschen neben der Sache. Sie wollen zum Beispiel - ein paar Beispiele muss man doch herausholen - neben Teilzeitbeschäftigung Altersteilzeit eingefügt haben. Ist Altersteilzeit keine Teilzeitbeschäftigung?

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P. -
Creutzmann, F.D.P.: So ist es!)

Das sind doch Lächerlichkeiten, die Sie beantragen.

Jetzt kommt ein weiterer Punkt. Ich muss noch einmal nachsehen. Das ist relativ schwierig. Ich muss einmal die Brille herausholen.

(Glocke des Präsidenten)

- Vom Weiterlesen erlöst mich die Glocke des Präsidenten.

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass wir ein gutes Gesetz nach langen und schwierigen Diskussionen und nach vielen Auseinandersetzungen heute zur Abstimmung stellen. Ich würde mich freuen, wenn Sie entgegen Ih-

res eben gehaltenen Vortrags doch noch dem Gesetz in der geänderten Form Ihre Zustimmung erteilen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Zu spät!)

- Ich habe gesagt, ich würde mich freuen. Sie müssen nicht für meine Freude sorgen.

Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Ich begrüße zunächst Gäste, und zwar Mitglieder des SPD-Ortsverbands Wöllstein, eine Seniorengruppe aus Bad Kreuznach und den Seniorenkreis aus der Ortsgemeinde Kirburg. Meine sehr verehrten Damen und Herren, seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, im März hieß es, „in diesem Hause streitet niemand ab, dass das neue Gesetz eine Einschränkung der Mitbestimmungsrechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten wird.“ Das hat Herr Creutzmann von der F.D.P. gesagt. Ich zitiere Sie nicht so oft, aber da musste ich Sie zitieren, weil Sie Recht haben.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber nicht oft!)

Herr Creutzmann, aber das Maß, in dem die Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Mitwirkungsrechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst beschnitten werden und in denen Sie es beschneiden wollen, ist der eigentliche Kernpunkt der Diskussion. Sie haben es im Regierungsentwurf zentral und weitgehend beschnitten. Sie haben es auch nach der Verabschiedung Ihrer Änderungsanträge immer noch zentral beschnitten, weil es über die verfassungsmäßig geforderten Voraussetzungen hinausgeht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, darum ging es uns in den vergangenen Beratungen und auch heute. Wir wollen im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten die Mitbestimmung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst so weit wie möglich erhalten. Dann haben Sie doch auch den Mut - Herr Creutzmann, vielleicht haben Sie ihn, Herr Pörksen hat ihn nicht gezeigt -, zu sagen, dass Sie sich

nicht hinter der Rechtsprechung verstecken müssen, sondern dass Sie tatsächlich auch restaurative Absichten hatten, der DGB mit seiner Argumentation dort Recht hatte und Sie mit Ihren Änderungsanträgen auch nicht alle beseitigt haben.

Herr Creutzmann, wenn Sie das nicht tun, dann verlieren Sie noch mehr an Glaubwürdigkeit; denn im März haben Sie auch gesagt, für die F.D.P.-Fraktion sei Recht und Gesetz ein Grundpfeiler Ihrer Politik. Das sollten Sie jetzt einmal unter Beweis stellen. Ich glaube, dann können Sie weiter gehen, als Sie bisher gegangen sind; denn diese Aussage ist bezogen auf das Landespersonalvertretungsgesetz so, wie Sie es vorgelegt haben, und so, wie Sie es jetzt geändert haben.

Meine Damen und Herren, in dem langen Diskussionsverlauf hat sich herausgestellt, dass die Beschäftigten mit diesem Gesetzentwurf, so wie er von der Landesregierung vorgestellt wurde, aber auch durch den Beratungsverlauf, nicht ermutigt wurden, sich aktiv am öffentlichen Dienst in den Personalräten zu beteiligen, weil sie durch Ihre Vorschläge und ihre Art, die Debatte zu führen, demotiviert und entmutigt wurden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Trotzdem muss man festhalten, dass es auch das Verdienst der Beschäftigten, der aufgebrachten Personalratsmitglieder, der Gewerkschaften und nicht zuletzt auch unseres Änderungsantrags war, dass Sie im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens einige Erfolge für die Beschäftigten durchsetzen konnten.

(Pörksen, SPD: Dann schauen Sie sich
Ihr Gesetz einmal genauer an!)

- Einige, nicht weitgehend genug, aber einige durchsetzen konnten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Pörksen, Sie glauben doch nicht, dass Sie diese Änderungen vorgenommen hätten, wenn die Personalratsmitglieder und die Beschäftigten nicht so einen Druck gemacht hätten.

(Pörksen, SPD: Ich glaube das nicht,
ich weiß das!)

Wenn diese nicht gesagt hätten, wenn sie sich nicht bewegen, dann stehen wir am 13. hier vorne, und das wird auch Auswirkungen haben, hätten Sie sich dann bewegt? - Ich glaube es nicht.

Herr Mertes, ich glaube es noch nicht einmal Ihnen, wenn Sie mich mit Ihren schönen braunen Augen so anblinkern.

(Heiterkeit und Zurufe im Hause)

Die Veränderungen hat Herr Pörksen schon genannt. Ich gehe nachher noch einmal darauf ein.

Ich glaube, eines muss Ihnen klar sein: Für diese Änderungen haben Sie sich keine Lorbeeren verdient, und das wissen auch die Gewerkschafter und die Beschäftigten.

(Pörksen, SPD: Von Ihnen wollen
wir auch keine haben!)

Ich will Ihnen einmal sagen, was das ganze Manöver um das Landespersonalvertretungsgesetz war:

(Kuhn, F.D.P.: Erzählen Sie mal!)

Es fing nicht im März diesen Jahres an. Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung lag schon eineinhalb Jahre vorher vor. Es gab Anhörungen, und es gab massive Proteste des DGB. Das haben Sie nicht öffentlich diskutiert.

(Schweitzer, SPD: Sie haben gesagt,
es wäre alles zu schnell gegangen!)

- Gehöre ich zur CDU? - Ich habe eine andere Position und auch eine andere Position in diesem Beratungsgang eingenommen.

Ich will Ihnen nur einmal sagen, mehr als eineinhalb Jahre ist dieses Gesetz in der Beratung. Sie haben den massiven Widerstand des DGB und der Beschäftigten erfahren. Dann blieb der Gesetzentwurf erst einmal in der Schublade. Dann haben Sie ihn im März herausgezogen, eingebracht, und dann sollte er in den Sommermonaten, husch husch, verabschiedet werden.

(Mertes, SPD: Manches braucht
eine gute Gärzeit!)

- Genau. Dann gäerte einiges. Manches gäerte auch gut, und manches landete in ihren Änderungsanträgen.

Nur, das Ganze war ein versuchter Kraftakt von Ihnen, die Mitbestimmungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst massiv auszuhöhlen. Nichts anderes war der Regierungsentwurf.

(Pörksen, SPD: Mitbestimmungsrechte?
Das ist doch Quatsch!)

Herr Mertes oder Herr Kuhn, sagen Sie nicht, Sie hätten nichts damit zu tun. Sitzen Sie im Ministerrat nicht mit am Tisch? Sitzen Sie nicht mit Rede- und Stimmrecht mit am Tisch?

(Zuruf aus dem Hause)

- Aber dann mit Rederecht.

Herr Kuhn, haben Sie eingesprochen? Haben Sie Einspruch eingelegt?

(Unruhe im Hause)

Ich habe nicht dabeigesessen. Aber Sie haben in der ersten Beratung keinen Punkt davon diskutiert. Jetzt versuchen Sie, die Scherben einzukehren, die Ihnen Ihre Landesregierung mit diesem Gesetzentwurf vor die Tür geschüttet hat.

In der Anhörung des Innenausschusses gab es keine wesentlich neuen Argumente. Diese standen schon in der Begründung des Gesetzentwurfs. Ich weiß nicht, was Sie an diesen Argumenten neu überzeugt hat, außer vielleicht der drohende Druck auf der Straße.

(Pörksen, SPD: Das war's!)

Aber nach diesem ganzen Schauspiel: Herr Mertes, wenn Sie sagen, manches gärt dann auch richtig gut, kann ich nur feststellen, diese Abstimmung heute und Ihre Änderungen sind schon eine klare Niederlage für die Landesregierung.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Es ist eine Niederlage für die Landesregierung, und es ist ein kleiner Sieg für die Beschäftigten, was Ihnen nicht gefällt, und letztendlich auch ein Sieg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben mit unserem Änderungsantrag früh deutlich gemacht, dass wir die Verfassungsgerichtsentscheidung auf der einen Seite akzeptiert haben, aber auch auf der anderen Seite jeden Spielraum, den sie lassen, ausnutzen wollen.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
- Das muss einmal gesagt werden!)

Wir haben auch deutlich gemacht, dass wir diese Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten Männern und Frauen gleichermaßen zukommen lassen wollen. Wir wollen Frauen nicht in die Ecke stellen und Ihnen die Möglichkeit nehmen, sich in Personalräten zu engagieren, so, wie Herr Pörksen dies bei der ersten Beratung noch verteidigt hat. Noch stärker hat Herr Creutzmann dies verteidigt.

Ich glaube, dass die Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst gerade im Zusammenhang mit den vielen Reformansätzen und Reformversuchen auch ein Signal brauchen, dass ihr Einsatz und ihre Mitbestimmung gewollt ist.

Mit unserem Änderungsantrag, den wir schon zur Anhörung vorgelegt hatten, haben wir deutlich gemacht, dass wir die geplanten Verschlechterungen zurücknehmen wollten, die sie einführen wollten, und damit aber ein verfassungskonformes aktivierendes Verständnis von Mitbestimmung prägen wollen.

Meine Damen und Herren, über viele einzelne Punkte ist schon geredet worden. In manchen waren wir mit unserem Änderungsantrag auch durchaus erfolgreich.

(Kuhn, F.D.P.: Wer war erfolgreich?)

- Herr Kuhn, wir. Sie hätten einmal im Innenausschuss dabei sein müssen. Da wurde unserem Antrag zugestimmt. So etwas muss man auch einmal feiern. Das tue ich auch hier.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Creutzmann, F.D.P.: Ein Antrag!)

- Herr Creutzmann, weil wir die ersten waren und Sie hinterherziehen mussten. Richtig, gut, dass Sie das erkennen.

Das Initiativrecht wurde wieder in vollem Umfang hergestellt. Sie haben noch Einschränkungen eingefügt. Aber zumindest wurde es für organisatorische und wirtschaftliche Fragen wieder eingeführt. Da haben Sie unserem Antrag zugestimmt. Danke.

Sie haben auch eine Reihe von Einzelregelungen wieder abgeschwächt, die Sie eingeführt haben, aber nicht in dem erforderlichen und von uns geforderten Umfang wieder hergestellt, ob es jetzt die Frage der Größe der Personalräte betrifft oder die Frage der Freistellungsregelung. Wo Sie uns gefolgt sind, ist im Bereich der Rechte, die Teilzeitbeschäftigte und Schichtarbeiter und vor allen Dingen auch Frauen in diesem Bereich haben, und dass Eltern im Erziehungsurlaub ihr Wahlrecht für die Personalratswahlen auch behalten können.

Was Sie aber überhaupt nicht erklären konnten - Herr Pörksen, es ist Ihnen auch nicht im Innenausschuss gelungen -, das war, warum Sie uns in unserer Forderung, den Personalräten in den Sparkassen das volle Mitbestimmungsrecht zu geben, nicht gefolgt sind. Das konnten Sie nicht erklären. Sie konnten es auch heute nicht erklären. Sie haben gesagt, wir haben jetzt vorgesehen, dass die alle informiert werden. Aber mitbestimmen können sie immer noch nicht.

(Pörksen, SPD: Ich habe gar nichts dazu gesagt!)

- Im Innenausschuss haben Sie es schon nicht geschafft. Herr Pörksen, Sie haben es heute gar nicht probiert.

Ich will Ihnen einmal sagen ---

(Pörksen, SPD: Ich weiß, was Sie sagen wollen!)

- Was denn?

(Heiterkeit bei der SPD)

- Ich war bei den Regionalveranstaltungen des DGB. Ich habe sowohl Herrn Mertes als auch Herrn Kuhn gehört, als Sie gesagt haben, also in diesem Punkt können wir nachgeben.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

- Herr Creutzmann, Sie nicht.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich bin gleich zu Ende.

In diesem Punkt können wir nachgeben, und in diesem Punkt können wir auch volle Mitbestimmungsmöglichkeiten einräumen. Ich sage Ihnen, wie dieser Paragraph in Fachkreisen heißt. Er heißt der „Brüderle-Paragraph“. Sie wissen auch wieso, weil nämlich Herr Brüderle darauf bestanden hat, ihn genauso zu erhalten, weil er sich mit seiner sparkassenfeindlichen Haltung wieder durchgesetzt hat, und Sie sind hinterhergesprungen.

(Mertes, SPD: Gott sei Dank
war Wasser im Becken!)

Herr Creutzmann, so ist es, wenn man einen Parteivorsitzenden hat, der einem dauernd ins parlamentarische Handwerk hineinpfluscht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Beifall des Abg. Kramer, CDU)

Ich sage Ihnen, 14 000 Mitarbeitern in den Sparkassen enthalten Sie die Mitbestimmung vor, und schon allein das ist ein Grund für uns, ihren Gesetzentwurf abzulehnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Beifall der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Creutzmann hat das Wort.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kohnle-Gros hat vorhin vor dem Plenum gesagt, viele wären enttäuscht.

Frau Kohnle-Gros, ich war auf Veranstaltungen des DGB. Die waren am meisten von der CDU enttäuscht, weil sie damals - der Kollege hat es schon gesagt - dieses Gesetz angefochten hat, und wir mussten ein neues machen.

(Bischel, CDU: Weil sie es nicht durchsetzen kann! Das stimmt!)

Frau Thomas, Sie haben etwas Einfaches gemacht. Sie haben versucht, einen Keil in die Koalition hineinzutreiben.

(Mertes, SPD: Das ist doch
völlig unmöglich!)

Auf der Regionalkonferenz in Mainz - Kollege Hammer war dabei - hat ein Gewerkschafter mit Ihnen, also mit den GRÜNEN gedroht. Da habe ich ihm gesagt: Wenn sie uns mit den GRÜNEN drohen, erreichen sie gerade das Gegenteil.

Frau Thomas, das, was Sie reklamieren, haben nicht Sie geschaffen, sondern das haben wir gemeinsam in der Koalition erarbeitet. Einem Antrag von Ihnen sind wir im Innenausschuss gefolgt. Aber nur deshalb, weil er zuerst eingereicht war. Alle anderen Anträge von Ihnen haben wir abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Wir waren erfreut, dass Sie unseren Anträgen zugestimmt haben.

Meine Damen und Herren, das Landespersonalvertretungsgesetz wurde am 30. März 2000 in erster Lesung behandelt und in öffentlicher Sitzung des Innenausschusses am 6. Juni 2000 mit einer Anhörung vertieft.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion hat in zahlreichen Gesprächen mit den Vertretern der Gewerkschaften, des Beamtenbunds, aber auch mit Personalräten deren Bedenken diskutiert - Frau Thomas - und daraus Konsequenzen gezogen. Die Veränderungen im Landespersonalvertretungsgesetz haben wir mit den Menschen und für die Menschen in der öffentlichen Verwaltung gemacht.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD)

Die F.D.P.-Landtagsfraktion ist daran interessiert, dass die in Rheinland-Pfalz eingeleitete Verwaltungsmodernisierung nachhaltig auf allen Ebenen fortgesetzt wird. Dies ist nur mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und deren gewählten Personalrätinnen und -räten möglich und nicht gegen sie.

Frau Thomas, dies war die Leitlinie der F.D.P.-Landtagsfraktion, aber auch der SPD-Landtagsfraktion und nicht Ihre Initiative. Ich will dies noch einmal betonen.

SPD und F.D.P. haben deshalb das Initiativrecht der Personalräte gegenüber dem Gesetzentwurf der Landesregierung auf organisatorische und wirtschaftliche Angelegenheiten erweitert. Dadurch hat der Personalrat auch künftig die Möglichkeit, Maßnahmen gegenüber der Dienststellenleitung zu beantragen.

Mitarbeitergespräche, Zielvereinbarungen, Vorgesetzten- sowie Mitarbeiterbeurteilung und Jahresarbeitszeit sind Bestandteile einer modernen Personalführung und müssen auf

allen Ebenen der Verwaltung in Rheinland-Pfalz implementiert werden. Dies ist nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie ihren Vertretungen möglich und nicht gegen sie. Verwaltungsmodernisierung muss zuerst in den Köpfen der betroffenen Menschen stattfinden; denn ohne innere Überzeugung wird jede Verwaltungsmodernisierung zum Scheitern verurteilt sein.

Mitbestimmung bedeutet auch Mitverantwortung, Frau Kohnle-Gros. Deshalb muss es auch in Zukunft gewährleistet sein, dass notwendige Entscheidungen getroffen werden, auch bei unterschiedlichen Meinungen. Deshalb war der Spielraum der Ausweitung der Mitbestimmung, den die Fraktionen gegenüber dem Gesetzentwurf der Landesregierung hatten, nicht sehr groß, Frau Thomas. Erschwerend kam hinzu, dass die Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz zwingend zu beachten waren. Dies habe ich bereits bei der ersten Beratung des Gesetzes ausgeführt.

Ausgehend von diesen Entscheidungen wurde das Letztentscheidungsrecht der Einigungsstelle neu geregelt. Meine Damen und Herren, diese Neuregelung wird durch die Änderungen der Koalitionsfraktionen nicht berührt. Es bleibt auch dabei, dass der Grundsatz des schlanken Staates auch bei der Größe der Personalräte Berücksichtigung finden muss. Deshalb hat die F.D.P.-Fraktion zwar die von den Gewerkschaften kritisierte Reduzierung der Personalratsgrößen durch den Gesetzentwurf der Landesregierung gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD korrigiert; dennoch bleibt es bei der Verminderung der Zahl der Mitglieder der Personalräte gegenüber dem Landespersonalvertretungsgesetz aus dem Jahr 1992.

Die F.D.P.-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass es aufgrund der angespannten Haushalts- und Finanzlage des Landes und der Kommunen notwendig ist, eine maßvolle Einschränkung hinsichtlich der Größe der Personalräte vorzunehmen. Es entspricht dem Gedanken der Solidarität, dass, wenn die öffentliche Verwaltung aufgrund knapper Haushaltsmittel gezwungen wird, Stellen abzubauen, dann auch die Vertretung des Personals ihrerseits einen Beitrag zu der dadurch eingetretenen Arbeitsverdichtung leistet.

Dennoch war es für die F.D.P.-Fraktion wichtig, die Funktionsfähigkeit der Personalräte in größeren Verwaltungen in Zukunft zu gewährleisten. Deshalb haben wir der maßvollen Erhöhung der Freistellung von Personalratsmitgliedern, die die beiden Koalitionsfraktionen in ihrem Änderungsantrag eingebracht haben, zugestimmt.

Der Gesetzentwurf sieht eine Verbesserung der Mitbestimmung der Personalräte der Sparkassen vor. Die Mitbestimmung wird aus Wettbewerbsgründen auf dem gleichen Niveau sein, wie das Betriebsverfassungsgesetz dies vorsieht, Frau Kohnle-Gros. Aber auch in den Bereichen, in denen die Mitbestimmung ausgeschlossen ist, haben wir dafür gesorgt,

dass die Dienststellenleitung den Personalrat umfassend zu den Auswirkungen der von ihr beabsichtigten Maßnahmen auf die Beschäftigten zu informieren hat.

Nicht zugestimmt haben wir den weitergehenden Forderungen der Personalräte der Sparkassen, die Mitbestimmung im Landespersonalvertretungsgesetz noch weiter auszudehnen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es trifft nicht zu, dass das Betriebsverfassungsgesetz in den genannten Fällen mehr Rechte einräumt.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

- Herr Altherr, Sie haben gar nichts anderes zu sagen, als diese blöden Worte! Sie sollten sich einmal mit dem Inhalt beschäftigen!

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Itzek, SPD: Das kann er nicht!)

Wenn Sie mir zuhören würden oder an der Sitzung des Innenausschusses teilgenommen hätten,

(Pörksen, SPD: Der versteht von vielem
nichts, aber davon gar nichts!)

hätten Sie gewusst, dass der Vertreter des Kommunalen Arbeitgeberverbands im Rahmen der Anhörung zum Landespersonalvertretungsgesetz gegenüber dem Innenausschuss Folgendes ausgeführt hat: „Den Sparkassen stehen, anders als es vielleicht nach außen erscheint, schwierige Zeiten bevor. Sie stehen vor der Frage der Rationalisierung, des Personalabbaus, der Zusammenlegung gewisser Arbeitsaufgaben und der Auslagerung bestimmter Aufgabenbereiche, um sie kostengünstiger, effektiver und im Wettbewerb schneller erledigen zu können. Es wäre fatal für die Sparkassen, wenn durch personalvertretungsrechtliche Vorschriften die Entscheidungsfreiheit der Sparkassenvorstände in bestimmten Bereichen so eingeschränkt würde, dass dadurch ein wettbewerbsrechtlicher Nachteil gegenüber den privaten Banken und Geldinstituten, die dem Betriebsverfassungsgesetz unterworfen sind, entstehen würde.“

Die F.D.P.-Fraktion schließt sich dieser Aussage an; denn - wie ich eingangs ausführte - in Streitfällen muss entschieden werden. Sparkassen, die im Wettbewerb stehen, müssen diesen bestehen können.

Auf Betreiben der F.D.P.-Fraktion wurde § 89 Abs. 1 Satz 3 des Landespersonalvertretungsgesetzes geändert. Bei der Anhörung im Innenausschuss wurden vonseiten des Kommunalen Arbeitgeberverbands rechtliche Bedenken gegen die beabsichtigte Regelung des Einigungsverfahrens vorgebracht. Demnach war im Gegensatz zum Landesbereich der Leiter der Dienststelle für den Fall, dass er sich mit dem Perso-

nalrat in einer mitbestimmungspflichtigen Angelegenheit nicht einigen konnte, gezwungen, ein politisches Gremium einzuschalten, wenn er die von ihm beabsichtigte Maßnahme durchführen wollte. Damit wurden die Angelegenheiten einer Dienststelle auf die politische Ebene gehoben, die nach der Kommunalverfassung - jedenfalls zu einem großen Teil - vom Leiter der Dienststelle ohne Einschaltung oder Zustimmung der Gremien entschieden werden konnten.

Diese Auffassung teilt die F.D.P.-Fraktion. Wir haben § 89 dergestalt verändert, dass die Vertretungskörperschaft oder das Beschlussorgan - also der Gemeinderat bzw. der Stadtrat - ihre Aufgaben als oberste Dienstbehörde nicht nur an einen Ausschuss delegieren, sondern auch an den Leiter der Dienststelle übertragen können.

Darüber hinaus hat die F.D.P.-Fraktion volles Verständnis für die Forderung gezeigt, dass anstatt eines Anspruchs auf eine volle Freistellung auch ein Anspruch auf Teilfreistellungen im Landespersonalvertretungsgesetz verankert wird. Damit wird es in Zukunft den Mitgliedern der Personalräte möglich sein, teilweise ihren Beruf auszuüben und teilweise als Mitglied des Personalrats die Belange der Kolleginnen und Kollegen zu vertreten. In einer sich immer rascher wandelnden Verwaltung macht es sehr viel Sinn, weiterhin in seinem Beruf tätig zu bleiben, um dort erworbene Sach- und Fachkompetenz in die Personalratsarbeit mit einbringen zu können.

Die im Landespersonalvertretungsgesetz vorgesehene Benachteiligung von Teilzeitkräften und Schichtdienstleistenden bei Schulungs- und Bildungsveranstaltungen war uns unverständlich.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Thomas, es war für uns unverständlich, dass man dies gemacht hat. Arbeitsmarktpolitisch muss es nach wie vor ein Ziel der Landesregierung sein, in den Bereichen, in denen es möglich ist, Teilzeitarbeit anzubieten. Dabei dürfen Teilzeitkräfte aber nicht benachteiligt werden, wenn sie sich als Mitglied eines Personalrats engagieren.

Durch den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wird es in Zukunft Teilzeitkräften und Schichtdienstleistenden möglich sein, einen Freizeitausgleich zu erhalten, wenn sie an Schulungs- oder Bildungsveranstaltungen außerhalb ihrer Arbeitszeit teilnehmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie lernen aber schnell!)

- Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Kollegin Bill und Frau Thomas, brauche ich nichts zu lernen. Ich arbeite noch, und in dem Unternehmen, in dem ich beschäftigt bin, ist es selbstverständ-

lich, dass, wenn Teilzeitarbeitskräfte an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen, ihnen diese Zeit voll angerechnet wird.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir uns gewundert, deshalb brauchen wir nichts zu lernen, und deshalb haben wir das geändert.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Betroffener Hund bellt!)

Wir sind der Meinung, dass wir mit den eingebrachten Änderungsanträgen eine qualitative Verbesserung des Landespersonalvertretungsgesetzes erreichen.

Abschließend stelle ich für die F.D.P.-Fraktion zusammenfassend fest:

1. Die vorliegende Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes hält sich an die Vorgaben, die das Bundesverfassungsgericht und der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz in ihren Urteilen gesetzt haben.
2. Der Gesetzentwurf trägt sowohl den Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie den Vertretungsorganen als auch den Anforderungen einer effizient zu führenden und an den Wünschen der Kunden - nämlich der Bürgerinnen und Bürger - orientierten Verwaltung Rechnung.
3. Die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes zwingt zu einem verstärkten Miteinander der Personalvertretungen mit den politisch verantwortlichen Leitungsebenen.

Deshalb stimmt die F.D.P.-Fraktion dem Landespersonalvertretungsgesetz mit den von den Koalitionsfraktionen beantragten Änderungen zu und lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Staatsminister Zuber das Wort.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kaum ein anderer Gesetzentwurf hat in den letzten Jahren so viele Emotionen und Diskussionen entfacht, wie die Novelle zum Landespersonalvertretungsgesetz. Dies ist eine Operation - ich bleibe dabei, Frau Abgeordnete Kohnle-Gros -, die mit Blick auf die

Vergangenheit vermeidbar gewesen wäre, hätten nicht Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, eine Klage vor dem Verfassungsgerichtshof initiiert.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Jetzt kommen auch Sie noch damit an!)

Meine Damen und Herren, für Ihren Geschmack wies das damalige Gesetz einfach zu viel Mitbestimmung auf. Umso bemerkenswerter ist es, heute festzustellen, mit welcher Selbstverständlichkeit Sie im Parlament, in den Ausschüssen oder bei öffentlichen Veranstaltungen auftreten und sich zum Hüter der Mitbestimmung und Wahrer der Personalvertretungsinteressen aufschwingen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Das will ich zum Abschluss dieser Diskussion meinerseits zur Klarstellung und zur Vermeidung von Legendenbildungen erwähnen. Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, das fortschrittlichste Personalvertretungsgesetz in dieser Republik zu Fall gebracht zu haben.

Meine Damen und Herren, ich habe bereits bei der Einbringung des Gesetzentwurfs angesprochen, dass die Landesregierung angesichts der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und insbesondere des das Land Rheinland-Pfalz direkt berührenden Urteils des Verfassungsgerichtshofs bei der Erstellung ihres Entwurfs kein Prozessrisiko eingehen konnte und mit der Vorlage dieses Gesetzentwurfs einen rechtssicheren Weg einschlagen musste. Dabei haben wir uns bei den vorgesehenen gesetzgeberischen Maßnahmen an Regelungen, die auch die Mehrheit der übrigen Bundesländer getroffen haben, orientiert. Hierbei diente insbesondere das niedersächsische Personalvertretungsgesetz, das bereits auf der Grundlage der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts novelliert wurde, als Richtschnur. Darüber hinaus wurden die Vorgaben des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshofs eingearbeitet.

Danach verlangen das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip, dass alle Bürgerinnen und Bürger, also auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, in gleichem Maß auf die Staatsgewalt einwirken können. Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit von einer bestimmten Ausübung von Staatsgewalt betroffen sind, dürfen über ihre Personalvertretungen keine besonderen, über die Einflussmöglichkeiten anderer Bürgerinnen und Bürger hinaus gehenden Mitentscheidungsbefugnisse eingeräumt werden. Entsprechend diesem Schutzzweck darf sich die Mitbestimmung nur auf innerdienstliche Maßnahmen erstrecken und nur so weit gehen, als die spezifischen Interessen der Beschäftigten sie rechtfertigen.

Andererseits muss wegen der Beachtung der Verantwortungsgrenze bei Entscheidungen von Bedeutung für die Erfüllung des Amtsauftrags die Letztentscheidung im Fall der Nichteinigung zwischen Dienststellenleitung und Personal-

vertretung von einem dem Parlament verantwortlichen Verwaltungsträger getroffen werden.

Schließlich stellen sowohl das Demokratieprinzip als auch das Rechtsstaatsprinzip Anforderungen an das Beteiligungsverfahren. Funktionsfähigkeit und Effektivität der Verwaltung müssen zur Erfüllung ihrer Aufgaben durch den Gesetzgeber gewährleistet werden. Die Landesregierung musste die jeweils strengeren Vorgaben der Verfassungsgerichte beachten. Hinsichtlich eines begrenzten Letztentscheidungsrechts der Einigungsstelle in personellen Angelegenheiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist das Bundesverfassungsgericht maßgebend.

Bezüglich der Zulässigkeit von Vereinbarungen einer obersten Landesbehörde mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften in ressortübergreifenden Mitbestimmungsangelegenheiten ist der Verfassungsgerichtshof bindend. Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags und die Aussagen des Vorsitzenden Richters am Bundesarbeitsgericht, Dr. Gerhard Etzel, in der parlamentarischen Anhörung am 8. Juni 2000 bestätigen die korrekte und verfassungsgemäße Umsetzung der Entscheidungen der Verfassungsgerichte.

Meine Damen und Herren, der Innenausschuss hat in seiner letzten Sitzung einige Änderungen beschlossen, die den Entwurf der Landesregierung in verschiedenen Bereichen optimieren.

(Mertes, SPD: Nachwürzen!)

Dafür sage ich in erster Linie den Fraktionen von SPD und F.D.P. Dank.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Die nunmehr vorgesehene Erweiterung des Initiativrechts auf organisatorische und wirtschaftliche Angelegenheiten begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken, da in diesen Fällen bereits die Dienststellenleitung endgültig entscheidet. Damit wird auch ein weiterer Schritt auf die Personalvertretungen und die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zugegangen, die von jeher ein Initiativrecht auch in diesem Bereich forderten. Das im Übrigen zum Stichwort „Motivation“, Frau Abgeordnete Kohnle-Gros.

Die Landesregierung bestimmte bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit einstufigem Aufbau, die der Aufsicht des Landes unterstehen, im Einigungsverfahren wie bereits bisher die Vertretungskörperschaft bzw. das Beschlussorgan zur obersten Dienstbehörde. Ferner stellte sie mit der Regelung, nach der die Dienststellenleitung grundsätzlich der Einigungsstelle anzugehören hat, sicher, dass sie in dieser Schiedsstelle ein Mitspracherecht hat.

Wenn nunmehr das Parlament den Kompromissvorschlag der kommunalen Spitzenverbände aufgreift, der obersten Dienstbehörde die Befugnis zu verleihen, ihre Kompetenzen auf die Dienststellenleitung zu übertragen, wird ein weiterer Interessenausgleich vorgenommen.

Die Verantwortung für die Haushalts- und Finanzlage veranlasste die Landesregierung, den Kreis der Wahlberechtigten im Hinblick auf die Beurlaubten, die Größe und Freistellungsmöglichkeit der Wahlvorstands- und Personalratsmitglieder unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Bundes und der Länder maßvoll einzuschränken. Wenn das Parlament als Haushaltsgesetzgeber finanziellen Spielraum sieht, für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihre Personalvertretungen günstigere Regelungen zu treffen, begrüßt das selbstverständlich die Landesregierung und sieht das nicht als eine Niederlage an. Frau Abgeordnete Thomas, Sie haben für meine Begriffe in diesem Zusammenhang ein seltsames Parlamentsverständnis zum Ausdruck gebracht.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

In den langen und leidenschaftlichen Debatten um die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes fanden bedauerlicherweise - das sollte man einmal zur Kenntnis nehmen - die über 30 gesetzgeberischen Maßnahmen zur Verbesserung der Rechte der Beschäftigten und ihrer Personalvertretungen nur selten oder überhaupt nicht Erwähnung.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Zusammen mit den jetzt noch vorgesehenen neuen Änderungen werden über 40 Regelungen zugunsten der Beschäftigten und ihrer Personalvertretungen getroffen:

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, damit versetzt der Gesetzentwurf die Personalvertretungen in die Lage, die Interessen der Gesamtheit der von ihnen vertretenen Beschäftigten in ausreichendem Maße wahrzunehmen, ohne andererseits die Funktionsfähigkeit und die Effektivität der Verwaltung zu gefährden.

Die Landesregierung nutzt die Gelegenheit, sich für die gründliche und zügige Beratung beim Parlament zu bedanken und hofft immer noch - vermutlich wird das aber nicht so sein - auf eine Mehrheit, die über die Koalitionsfraktionen hinaus geht.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zum Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Perso-

nalvertretungsgesetzes - Drucksache 13/5500 - in zweiter Beratung angelangt. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/6205 - ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. bei Stimmenthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen dann über die Beschlussempfehlung - Drucksache 13/6202 - ab. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung in zweiter Beratung über den Gesetzentwurf - Drucksache 13/5500 -. Wer diesem Gesetzentwurf in zweiter Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Gesetzentwurf in der zweiten Beratung angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! - Die Gegenprobe! - Damit ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen (SoAnG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 13/6119 -

Erste Beratung

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Staatsministerin Frau Dr. Götte das Wort.

Frau Dr. Götte,

Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Gesetzentwurf der Landesregierung geht es um die Frage, wie das Studium der Sozialpädagogik und Sozialarbeit künftig geregelt werden soll. Bisher waren für die staatliche Anerkennung sechs Semester Fachhochschule Voraussetzung, an die sich ein einjähriges Praktikum anschloss. Diese 1974 getroffene Rege-

lung entspricht als alleinige Möglichkeit nicht mehr dem, was bundesweit gefordert oder umgesetzt wird. Die Alternative, die nicht nur von den Fachhochschulen gewünscht wird, sieht ein achtsemestriges Studium vor, in das zwei Praxissemester integriert sind, also die einphasige Ausbildung.

In der Tat bekommt das theoretische Lernen nicht nur ein anderes Gewicht, sondern auch ein anderes Gesicht, wenn es von praktischen Alltagserfahrungen begleitet wird. Wir wissen aus vielen Berichten über den so genannten Praxisschock, dass es nicht gut ist, wenn Hochschule und Praxis zwei getrennte Welten sind.

Warum soll man nicht gleich die zweiphasige Ausbildung durch eine einphasige Ausbildung ersetzen, statt, wie es der Gesetzentwurf der Landesregierung vorsieht, beide Möglichkeiten zuzulassen? Das Anerkennungspraktikum von Leuten mit abgeschlossenem Studium hat im Gefüge der Sozialarbeit einen festen Platz und kann nicht von heute auf morgen durch Studenten, die ein Kurzpraktikum absolvieren, ersetzt werden. Außerdem haben die Studenten bei der zweiphasigen Ausbildung den Vorteil, dass sie für das Jahr des Anerkennungspraktikums ein kleines Gehalt bekommen, während sie bei der einphasigen Ausbildung auf BAföG angewiesen sind.

Wenn auch der Landkreistag in seiner Stellungnahme gesagt hat, er hofft, dass die zweiphasige Ausbildung ein auslaufendes Modell sei, hat dennoch diese zweiphasige Ausbildung gute Noten bekommen, sodass wir gut daran tun, beide Möglichkeiten zuzulassen. Daher dieser Gesetzentwurf.

Von den 16 Institutionen, die zur Anhörung und Stellungnahme eingeladen waren und diese Einladung angenommen haben, haben 15 dem Entwurf grundsätzlich zugestimmt und kleinere Änderungsvorschläge eingebracht, für die wir dankbar sind. Nur eine Institution hat gefordert, es bei der bisherigen Regelung zu belassen.

Dieser Gesetzentwurf ist das Ergebnis einer sehr erfreulichen Zusammenarbeit meines Ministeriums mit dem Wissenschaftsministerium wie auch mit dem Beirat. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten ganz herzlich. Er ist - nebenbei bemerkt - eine nicht unerhebliche Verwaltungsvereinfachung; denn statt Landesgesetz und Durchführungsverordnung wird nun alles in einem Gesetz geregelt und die notwendige Verwaltungsvorschrift deutlich verkürzt.

Ich möchte noch betonen, dass auf die Probleme junger Eltern in besonderer Weise Rücksicht genommen wurde. Wer zum Beispiel das Praktikum nach dem Studium nicht in Vollzeit absolvieren kann - beispielsweise junge Mütter -, hat die Möglichkeit des Teilzeitpraktikums bei entsprechender Verlängerung der Dauer des Praktikums. Außerdem kann häusliche Erziehungs- und Pflegeleistung bis zu sechs Wochen während des Praktikums schadlos angerechnet werden. Ich wün-

sche mir, dass dies auch analog für die Praxissemester bei der einphasigen Ausbildung gilt. Dies zu regeln, ist Sache der Fachhochschulen, die dafür zuständig sind.

Alles in allem handelt es sich um ein gutes Ergebnis. Ich kann Ihnen nur empfehlen, diesen Gesetzentwurf anzunehmen.

Ich bedanke mich.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart.

Ich erteile der Kollegin Frau Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Götte, ich habe mich deswegen zu Wort gemeldet, weil ich in die Geschichte zurückgehen muss. Vor fünf Jahren - ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern - haben wir in diesem Hause das Fachhochschulgesetz beraten. An dieser Stelle habe ich Sie angesprochen - man kann das im Protokoll nachlesen - und darauf hingewiesen, dass im Zusammenhang mit der Beratung des Fachhochschulgesetzes die Frage aufgekommen ist, ob wir in diesem Lande nicht einer bundesweiten Tendenz nachgehen, eine entsprechende Regelung herbeiführen und auch für die Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen in diesem Land ein einphasiges Studium mit Praxissemestern einführen.

Damals hat es bei den Ausschussberatungen geheißen - im Übrigen wurde unser Antrag von der Mehrheit abgelehnt -, es wäre so schwierig, eine Abstimmung zwischen Ihrem Hause und dem Wissenschaftsministerium herbeizuführen. Außerdem wollte man einer bundesweiten Regelung nicht vorgehen und abwarten. Das war totaler Quatsch. Man wollte das zu dem Zeitpunkt nicht, obwohl das damals schon von denjenigen begrüßt worden wäre, die davon betroffen sind, nämlich den vielen Frauen, die diese beiden Studiengänge studieren.

Das wollte ich einfach nur einmal sagen, damit es nicht so aussieht, als ob Sie etwas Neues erfunden hätten und auf dem neuesten Stand der Diskussion wären. Fünf Jahre ist es her, dass wir dieses Problem angesprochen haben. Wir beglückwünschen Sie dazu, dass Sie jetzt diesen Gesetzentwurf vorgelegt haben.

(Beifall der CDU -

Staatsminister Zuber: Ein bedeutender Beitrag!)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Hartloff, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ist es doch gut, wenn man gelobt wird, dass etwas getan wird. Das Lob sollte man annehmen. Es besteht auch große Einigkeit, dass dieses unterschiedene Sowohl-als-auch, was das Gesetz beinhaltet, nämlich eine einphasige und eine zweiphasige Ausbildung durchzuführen, von mir weise zu nennen ist. Ich halte es aus den Gründen, die Frau Ministerin Dr. Götte erläutert hat, für vernünftig, da in Rheinland-Pfalz beide Möglichkeiten bestehen, auch wenn es den bundesweiten Trend zur einphasigen Ausbildung eindeutig gibt.

Dies war vor fünf Jahren in Ansätzen vorhanden. Das war nicht zwischen den Ministerien umstritten, wie ich es bei der Vorbereitung dieser Rede aus den Unterlagen des Kollegen Dr. Schmidt erfahren konnte, sondern insbesondere bei den Fachhochschulen selbst gab es im Ausbildungsbereich sehr unterschiedliche Auffassungen, zum Beispiel, wo der Weg hingehen soll.

Bundesweit ist sicherlich der Trend auszumachen, dass es eine einphasige Ausbildung gibt. Gerade das Anerkennungsjahr mit den Möglichkeiten der Teilzeit, die herausgestellt wurde, bietet andere Chancen, eine solche Ausbildung zu absolvieren. Wenn auch die Gehälter, die es dort gibt, nicht groß sind, sind sie trotzdem nach einem Studium herzlich willkommen. Das weiß ich von vielen Praktikantinnen und Praktikanten. Man bekommt ein paar Mark für die Arbeit, die man sinnvoll in einer Einrichtung schon vorbereitet ausführen kann.

Insofern sind wir auf einem sehr guten Weg. Bei der Umsetzung und Berücksichtigung aller Belange gibt es dennoch einen kleinen Wermutstropfen. Die einphasige Ausbildung wird über BAföG finanziert, sodass es keine Gehälter gibt und ein entsprechender Kostenaufwand entsteht. Für die Studentinnen und Studenten besteht jedoch die Möglichkeit, beides zu machen. Es ist der anderen Fachhochschulausbildung angeglichen. Das sind alles positive Elemente, die wir im Ausschuss besprechen werden.

Die Redezeit beläuft sich auf fünf Minuten. Aus diesem Grund werde ich meine Ausführungen beenden und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.

(Vereinzelte Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Bill das Wort.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Ich werde etwas länger reden, weil wir auch im Landesjugendhilfeausschuss länger über das Thema diskutiert haben und es nicht ganz so einfach ist.

Auch wir begrüßen es, dass beide Möglichkeiten bestehen. Das finden wir sehr gut, da beide Möglichkeiten Licht- und Schattenseiten haben. Die einphasige Ausbildung wird natürlich auch von den Trägern sehr begrüßt, weil diese nicht mehr die Berufsanererkennungsjahre finanzieren müssen.

(Hartloff, SPD: Das Problem besteht!)

- Das Problem besteht. Aber es besteht natürlich auch für diejenigen, die studieren.

Dieses Problem möchte ich noch einmal aufgreifen, da es meiner Ansicht nach zu kurz kam. Gerade in diesem Bereich haben meines Wissens 46 % bereits eine Erstausbildung. Also, auch die Gewährung von BAföG ist nicht mehr so einfach möglich. Hinzu kommt, dass 70 % bis 75 % der Studierenden Frauen sind, deren Durchschnittsalter 27 Jahre beträgt. Dies hängt natürlich damit zusammen, dass diese Frauen zum Teil eine Erstausbildung haben. Das sind zum Teil auch Frauen mit Kindern.

Es ist schwierig, wenn in den Praktikumssemestern keine tarifliche Absicherung besteht, wie dies zuvor bei den Anerkennungsjahren der Fall war. Die Frauen sind zum Teil berufstätig und müssen quasi diesen Job aufgeben. Andererseits haben die Anerkennungsjahre mit sich gebracht, dass junge Leute in diesen Studienbereichen aus diesen Anerkennungspraktika heraus direkt in den Beruf gingen und von den Institutionen übernommen wurden. Ich danke, das ist heute ein Problem.

Deswegen bin ich froh, dass wenigstens zwei Möglichkeiten vorhanden sind; denn dieses Problem ist nicht aus der Welt zu räumen. Ich erachte es als Hauptproblem in dieser Sache, über das wir im Ausschuss noch einmal diskutieren müssten. In diesem Zusammenhang wäre es ganz sinnvoll, die Betroffenen anzuhören. Die Regierung hat eine Anhörung durchgeführt, und vielleicht wäre es gut, wenn Sie uns die Unterlagen zur Verfügung stellen könnten, wenn es keine ausschussinterne Anhörung geben sollte.

Ich hätte es für wichtig erachtet, dass beispielsweise eine Vertreterin oder ein Vertreter des Erzieherinnenverbands oder des Berufsverbands Stellung nehmen würde, der/die sich mit dem auskennt, was die Leute zumeist vorher gemacht haben. Es sind zum großen Teil Erzieherinnen, die nachher dieses Studium absolvieren.

Dies wurde im Landesjugendhilfeausschuss diskutiert, und es wurden auch Probleme junger Leute angesprochen, die Sozialarbeit oder Sozialpädagogik studieren. Mit 27 gehört

man eigentlich fast schon nicht mehr zu dieser Gruppe. Wohl gemerkt, 27 Jahre ist das Durchschnittsalter. Das heißt, es geht von 19 bis 40 oder älter. Es ist mein Hauptanliegen, noch einmal darüber nachzudenken.

Ich möchte darüber hinaus wissen, ob es Pläne gibt, wie die Entlohnung der Studierenden in den praktischen Semestern aussehen soll. Derzeit ist alles sehr vage geregelt. Auch die Inhalte der Praxissemester sind im Gegensatz zum Berufspraktikum, das im Gesetz bis ins Detail geregelt ist, nur sehr vage dargestellt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU:

Es gibt kein Geld!)

Diese Regelungen könnten möglich sein. Diese Praktika haben nichts mit Forschung und Lehre zu tun. Das heißt, wir könnten dies genauso regeln, wie dies auch bei den Anerkennungsjahren der Fall ist. Mich beschäftigt die Frage: Kann man das einfach so lapidar in den Raum stellen, dass es eine gleichwertige Ausbildung sein soll?

Praktische Studiensemester müssen dem Berufspraktikum insbesondere hinsichtlich des Abschlusses gleichwertig sein. Aber ich frage mich: Wer definiert die Kriterien der Vergleichbarkeit? - Das müsste aus meiner Sicht irgendwo festgeschrieben werden, da es ansonsten sehr problematisch ist. Frau Dr. Götte, vielleicht können Sie mir diese Fragen im Ausschuss beantworten.

Ich glaube, dass konkretere Regelungen für alle Seiten hilfreich wären. Mich würde auch interessieren, wie die Studierenden diese Neuregelung betrachten.

(Glocke des Präsidenten)

- Meinen Sie mich?

Vizepräsident Schuler:

Ja, selbstverständlich!

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich würde es für sinnvoll halten, eine eigene Anhörung durchzuführen, da dies einen sehr großen Bereich betrifft, oder aber dass wir die Anhörungsunterlagen der Regierung bekommen, um dies noch einmal im Detail zu diskutieren. Wenn, wie Sie sagen, nur einer dagegen gesprochen hat, die anderen jedoch dezidierte Änderungsvorschläge gemacht haben, so wäre es für den Ausschuss äußerst wichtig, sie zu kennen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Frau Pahler, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Frau Pahler, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bisher kennt die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen nur eine Voraussetzung, nämlich die der zweiphasigen Ausbildung. Dieses Ausbildungsangebot findet eine hohe Akzeptanz vor allem in der Praxis. Dennoch soll nun mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auch einer Entwicklung Rechnung getragen werden, die sich bundesweit hin zu einer einphasigen Ausbildung in den Studiengängen Sozialarbeit und Sozialpädagogik herauskristallisiert.

Maßgeblich dafür ist die stärkere Vernetzung von theoretischen und praktischen Aspekten innerhalb des Studiums. Dass man den Studenten und Studentinnen damit zwei Möglichkeiten der Ausbildung eröffnet, ist inhaltlich nachvollziehbar. Sie eröffnen jedoch die Frage, inwieweit zukünftige Studenten in einer Beratung Hilfestellung bekommen, welcher Weg für sie der sinnvollere sein kann. Inwieweit das Nebeneinander von ein- und zweiphasiger Ausbildung sich auch in Zukunft erhält, wird das Wahlverhalten der Studierenden von selbst entscheiden.

Es ist positiv zu vermerken, dass zwischen den Ausbildungszeiten der Ausbildungsstationen der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bzw. der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen keine Unterscheidung mehr vorgesehen ist. Mit dem Gesetzentwurf denkt man also bereits weiter in eine Richtung hin zu einer Entwicklung, die das Berufspraktikum für beide Studiengänge gleich gestalten soll, um möglicherweise zu Bestrebungen zu einem übergreifenden gemeinsamen Berufsbild zu kommen.

Dass sich der Gesetzentwurf bei der einphasigen Ausbildung darauf beschränkt, die Rahmenbedingungen für die praktischen Studiensemester und die staatliche Anerkennung festzulegen, ergibt sich ganz einfach aus dem Recht der Fachhochschulen, die inhaltliche Ausgestaltung selbst vorzunehmen. Mit dem Gesetzentwurf werden damit bewährte und bestehende landesrechtliche Regelungen fortgesetzt, und es wird gleichzeitig neuen Ansätzen für die Zukunft Rechnung getragen. Wir sind mit diesem Gesetzentwurf auf einem guten Weg.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Ministerin Frau Dr. Götte das Wort.

Frau Dr. Götte,

Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kohnle-Gros, wenn wir von der Regierung her Gesetzesänderungen veranlassen, so sorgen wir natürlich auch dafür, dass dies zu den Zeiten geschieht, wo auch eine Mehrheit dafür besteht. Es hat keinen Sinn, Gesetze gegen den Willen der Mehrheit der Beteiligten durchzusetzen. Nun ist die Zeit reif, nun ist der richtige Zeitpunkt, dies zu tun.

Frau Bill, die Stellungnahme des Berufsverbands der Sozialarbeiter liegt vor. Ich kann sie dem Ausschuss ebenso wie auch die Stellungnahmen der Studierenden zu den verschiedenen Fragen gern zur Verfügung stellen.

Was die Entlohnung der Studenten bei der einphasigen Ausbildung betrifft, so laufen derzeit Verhandlungen. Aber dies

wird auf freiwilliger Basis geschehen. Insofern ist es schon eine andere Situation als in der zweiphasigen Ausbildung.

Ich bedanke mich für die Beiträge.

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der ersten Beratung über das Landesgesetz über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen - Drucksache 13/6119 -. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Kultur, Jugend und Familie - federführend -, an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung und an den Rechtsausschuss zu überweisen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung. Ich lade Sie herzlich zur morgigen 117. Plenarsitzung, 9.30 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18.10 Uhr.